

## **RT DE: News, Analyse und Meinung**

### **Digest Februar 2023**

#### **Analyse**

#### **EU setzt Bosnien-Herzegowina unter Druck: Antirussische Außenpolitik muss übernommen werden**

<https://freecassange.rtde.life/europa/161463-eu-setzt-bosnien-herzegovina-unter-druck/>

01.02.2023

**Der Druck aus Brüssel auf Serbien und Bosnien-Herzegowina – die eine EU-Mitgliedschaft anstreben – sich in der Außenpolitik mit der EU "anzugleichen", wird immer größer. Nach Aufrufen, sofort Sanktionen gegen Moskau zu verhängen, nimmt man nun auch die Visafreiheit mit Russland ins Visier.**

*Von Marinko Učur*

Die EU-Verwaltung in Brüssel gibt ihre Absicht nicht auf, einzelne Balkanstaaten als EU-Beitrittskandidaten dazu zu drängen, "ihre Außen-, Sicherheits- und Handelspolitik vollständig mit der EU-Politik in Einklang zu bringen". Diese mehrfach wiederholte Warnung wurde zuletzt in jenem gegen Ende letzten Jahres veröffentlichten Bericht festgehalten, und es ist klar, dass sie sich in erster Linie auf die Kandidatenländer Serbien und Bosnien-Herzegowina bezieht, die eine EU-Mitgliedschaft anstreben.

Es stimmt, dass Bosnien und Herzegowina als eine dysfunktionale multinationale Gemeinschaft erst jüngst den Kandidatenstatus erhalten hat. Aber dieses Land, das von interethnischen Meinungsverschiedenheiten und systemischer Korruption belastet ist, ist mit unzähligen Bedingungen und Hindernissen konfrontiert, die die EU-Mitgliedschaft unwahrscheinlich und fragwürdig machen. In Serbien ist die Lage etwas günstiger, wenn es um europäische Normen geht, die größtenteils eingehalten werden, aber die Verhandlungskapitel werden nur langsam geöffnet. Es ist klar, dass Serbien vor neuen Herausforderungen, genannt Kosovo und Russland, steht.

Der Optimismus über den etwaigen Abschluss eines annehmbaren Abkommens mit Pristina schwindet, nachdem sich die von Brüssel und Washington gesteuerte Regierung von Premierminister Albin Kurti geweigert hatte, die Bedingungen aus dem 2013 unterzeichneten Abkommen zu erfüllen, die die Einrichtung einer Gemeinschaft serbischer Gemeinden im Norden der abtrünnigen serbischen Provinz Kosovo, die 2008 einseitig ihre Unabhängigkeit ausgerufen hatte, vorsehen. Andererseits widersetzt sich die Regierung in Belgrad unter Präsident Aleksandar Vučić dem immer stärkeren Druck, Russland den Rücken zu kehren und Sanktionen gegen Moskau zu verhängen. Schließlich ist Belgrad mit der Tatsache konfrontiert, dass über 80 Prozent der serbischen Bürger gegen die Einführung von Sanktionen gegen die Russische Föderation sind.

Tatsache ist, dass der frühere "Eurofanatismus" verfliegen und die serbische Gesellschaft mit

Misstrauen gegenüber den wirklichen Absichten Brüssels konfrontiert ist, wenn es um den EU-Erweiterungsprozess geht. Ziemlich klare Töne erreichen den Balkan, dass auch diese Region einen "Platz in der europäischen Staatengemeinschaft" habe, aber deklarative Botschaften werden zunehmend als Plattitüden wahrgenommen, die einer wirklichen Grundlage entbehren. Auf der anderen Seite stehen nicht wenige große europäische Länder der Erweiterung der Union skeptisch gegenüber, was im offiziellen Paris und Amsterdam überhaupt nicht verborgen wird.

Aus diesem Grund wurde die jüngste Botschaft europäischer Einrichtungen über die Notwendigkeit der "Angleichung an die Visapolitik der EU" als weiterer Druck wahrgenommen, der zu innerstaatlichen Meinungsverschiedenheiten führen wird, insbesondere in Serbien, das die Visafreiheit und einen regulären Flugverkehr mit der Russischen Föderation aufrechterhält. Ob dieser Druck Früchte tragen könnte und ob Serbien und Bosnien-Herzegowina diesem Druck in der kommenden Zeit nachgeben könnten, kann niemand vorhersagen. Es ist klar, dass eine solche Entwicklung den Volkswirtschaften beider Länder schaden würde. Wenn sich die Machthaber in Sarajevo von ihren eigenen Interessen leiten ließen und nicht von den Interessen Brüssels und Washingtons, wäre ein solches Szenario unmöglich.

Die russische Botschaft in Sarajevo erklärte, sie sei "überzeugt, dass der derzeitige Rechtsrahmen in erster Linie den Interessen von Bosnien und Herzegowina entspricht, einem offenen Land, das die EU versucht, in eine Kolonie zu verwandeln". Andererseits teilt die EU-Mission in Bosnien und Herzegowina mit, dass "für ein gutes Funktionieren des Visafreiheit mit der EU von Bosnien und Herzegowina die vollständige Anpassung an die EU-Visapolitik erwartet wird, die kein visumfreies Regime mit Russland vorsieht".

Ob russische Staatsangehörige künftig ohne Visum nach Bosnien und Herzegowina einreisen können, entscheiden der Ministerrat sowie die für die Außenpolitik zuständige Präsidentschaft von Bosnien und Herzegowina. Bedenkt man, dass auch die Republika Srpska in diesen gemeinsamen Institutionen ihre Aufgaben mit Vetorecht wahrnimmt, ist zu erwarten, dass eine Änderung der derzeitigen Visapolitik gegenüber Russland nicht einfach sein wird.

*"Die Republika Srpska wird ihre außenpolitischen Positionen gegenüber Russland nicht ändern, und Russland bleibt ein wichtiger Partner der Republika Srpska", erklärte Präsident Milorad Dodik kürzlich und hob damit deutlich die Position einer der beiden Entitäten in Bosnien und Herzegowina hervor.*

Seit Beginn der russischen Sondermilitärintervention in der Ukraine hat Bosnien und Herzegowina über seine Mission in Brüssel für mehrere Sanktionspakete der EU gegen Russland gestimmt.

Die Sanktionen sind jedoch in der Praxis nicht wirksam, da die Entscheidung über ihre Durchsetzung vom Ministerrat von Bosnien und Herzegowina aufgrund der Verweigerungshaltung der Minister der Republika Srpska nicht bekräftigt wurde. Daher sind beide Länder, Bosnien und Herzegowina sowie Serbien, aus jeweils eigenen Gründen noch weit von der Einführung von Sanktionen gegen Russland und einer Änderung der Visapolitik zu ihren eigenen Lasten entfernt.

\* \* \*

## **US-Denkfabrik schlägt Washington Änderung der Ukraine-Politik vor**

<https://freeassange.rtde.life/international/161621-us-denkfabrik-schlaegt-washington-aenderung/>

02.02.2023

**Die Denkfabrik RAND hat einen Bericht veröffentlicht, laut dem eine Verlängerung des Ukraine-Konflikts den USA weit mehr Nachteile als Vorteile bringen werde. Deshalb raten die**

## **Experten der US-Führung, Kiew zu Verhandlungen mit Moskau drängen und den Neutralitätsstatus der Ukraine zu garantieren.**

*Von Aleksej Latschew und Aljona Medwedewa*

Die Verzögerung des Konflikts in der Ukraine wird den USA mehr Nachteile als Vorteile bringen. Diese Meinung äußerten die Autoren eines Berichts, der vom amerikanischen Thinktank RAND Corporation erstellt wurde. Zu den wichtigsten Kosten, die mit einem langfristigen Szenario verbunden sind, nennen die Experten das Risiko eines Atomwaffeneinsatzes und des Kriegsausbruchs zwischen der NATO und Russland.

Darüber hinaus würde eine weitere Unterstützung Kiews nach Ansicht der US-Analysten immer größere Ressourcen des Westens verschlingen. Angesichts dieser Entwicklung werden die Energie- und Lebensmittelpreise weltweit weiter steigen und der globale wirtschaftliche Wachstum wird sich verlangsamen, wovon auch die USA betroffen sein werden. Zudem kann sich Washington wegen der Ukraine nicht auf andere Prioritäten in seiner Außenpolitik konzentrieren.

Diese Faktoren sind für Washington nach Ansicht von RAND von größerem Gewicht als die möglichen Vorteile einer Verlängerung des Konflikts. Zu den letzteren zählen die Analysten eine Schwächung Russlands, eine mögliche Zunahme der Kontrolle Kiews über die Territorien und eine Verringerung der Energieabhängigkeit der Ukraine von Russland derjenigen Länder, welche die Ukraine unterstützen

"Kurz gesagt, die Folgen eines anhaltenden Konflikts – von der ständigen Präsenz eines erhöhten Eskalationsrisikos bis hin zum wirtschaftlichen Schaden – überwiegen bei weitem die möglichen Vorteile", schreiben die Autoren des Berichts.

Dabei ist man bei RAND der Meinung, dass weder Moskau noch Kiew im Moment einen absoluten Sieg auf dem Schlachtfeld erringen können. Am wahrscheinlichsten seien ein Waffenstillstand, Verhandlungen über eine politische Lösung oder etwas dazwischen, um die Konfrontation zu beenden, so das Zentrum für Analytik.

RAND stellt jedoch fest, dass "trotz der monatelangen Kämpfe sowohl Russland als auch die Ukraine den weiteren Verlauf des Konflikts optimistisch betrachten" und daher nicht zu einer friedlichen Lösung bereit sind.

Unter anderem rechnet die Ukraine nach Ansicht der Experten der Denkfabrik mit einem Erfolg auf dem Schlachtfeld, weil sie glaubt, dass die westliche Unterstützung "qualitativ und quantitativ unbegrenzt wachsen wird". Russland hingegen rechnet damit, dass die USA und die EU das Kiewer Regime wegen der steigenden Kosten einer solchen Politik in Zukunft nicht mehr unterstützen werden.

Darüber hinaus lässt das gegenseitige Misstrauen der Konfliktparteien die Verfasser des Dokuments befürchten, dass ein eventueller künftiger Frieden nicht von Dauer sein wird. Dieser Umstand wirkt sich ebenfalls auf die mangelnde Verhandlungsbereitschaft der Konfliktparteien aus, meinen die Analysten.

## **Ratschläge für das Weiße Haus**

Um dem Beginn eines Friedensabkommens näher zu kommen, schlägt RAND vor, dass Washington eine Reihe von Maßnahmen ergreift. So könne das Weiße Haus, heißt es in dem Bericht, "die Verpflichtung der Ukraine zu Verhandlungen als Bedingung für weitere militärische Unterstützung

stellen".

Gleichzeitig, so die Experten, sollten die USA klare Pläne für weitere Waffenlieferungen an die Ukraine aufzeigen, um ein Signal an Russland zu senden.

Zudem könnten die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten "in Erwägung ziehen, langfristige Verpflichtungen in Bezug auf die Sicherheit der Ukraine einzugehen, zu denen sie bereit sind, wenn Kiew eine gemeinsame Sprache mit Moskau findet", heißt es in dem Papier. Dieser Schritt würde nach Ansicht der Analysten die Sorgen der Ukraine um ihre eigene Sicherheit in der Zukunft zerstreuen.

Zusätzlich könnten die USA die Ukraine ermutigen, den neutralen Status zu akzeptieren.

"Im Rahmen des Communiqués von Istanbul würde Russland eine völkerrechtliche Verpflichtung der Vereinigten Staaten und mehrerer NATO-Länder in Bezug auf den neutralen Status der Ukraine erhalten, zusätzlich zur eigenen Verpflichtung der Ukraine diesbezüglich. (...) Solch ein Versprechen könnte aus russischer Sicht Fragen der Glaubwürdigkeit zunichte machen", glauben die Autoren des Berichts.

Die USA sollten auch das Verfahren zur teilweisen Aufhebung der Sanktionen gegen Russland aufzeigen, so RAND.

"Möglicherweise beruht Russlands Pessimismus in Bezug auf eine Friedensregelung zum Teil auf der Überzeugung, dass die internationalen Sanktionen auch dann in Kraft bleiben, wenn es ein Ende des Konflikts in der Ukraine aushandelt. Folglich könnte ein Schritt, der die Verhandlungen wahrscheinlicher macht, darin bestehen, einen Weg zur teilweisen Aufhebung der Sanktionen aufzuzeigen", heißt es in dem Papier.

Alle diese Maßnahmen dürften nach Ansicht von US-Experten den Beginn des Friedensprozesses näher rücken lassen.

"Die Erarbeitung dieser Instrumente und ihre Erörterung mit der Ukraine und den Verbündeten der USA könnte dazu beitragen, den definitiven Anfang eines Prozesses herbeizuführen, der diesen Konflikt innerhalb eines Zeitrahmens, der den Interessen der USA entspricht, auf dem Verhandlungswege beendet. Die Alternative dazu ist ein lang anhaltender Konflikt mit erheblichen Herausforderungen für die Vereinigten Staaten, die Ukraine und den Rest der Welt", heißt es in dem Bericht.

Die Denkfabrik räumt aber auch ein, dass solche Entscheidungen für Washington nicht einfach zu treffen sein werden. Unter anderem in der Frage der antirussischen Sanktionen könnte das Weiße Haus auf politischen Widerstand innerhalb der USA selbst stoßen. Des Weiteren müssten die USA um die Unterstützung ihrer Verbündeten werben, die Washington bereits davon überzeugt hat, Sanktionen gegen Russland zu verhängen.

### **"Ein Kompromiss ist nicht zu erwarten"**

Laut Wladimir Bruter, einem Experten am Internationalen Institut für Geisteswissenschaften und politische Studien, sind Vorschläge der RAND-Analysten nichts weiter als "Anregungen zum Nachdenken".

"Die Vorschläge von RAND beinhalten kein Multi-Szenario, sondern man geht davon aus, dass das Szenario in seiner Gesamtheit günstig für Washington sein wird. Und die USA werden in der Lage

sein, den Prozess der Beendigung der Kampfhandlungen auf die eine oder andere Weise zu steuern", erklärte der Experte gegenüber RT.

Darüber hinaus merkte er an, dass US-Analysten zwar die Frage der Garantien gegenüber Russland ansprechen, doch davon ausgehen, dass Washington über die Art dieser Garantien entscheiden wird. "Sie gehen nicht davon aus, dass die Interessen Russlands in Zukunft respektiert werden", fügte der Analyst hinzu.

Der Expertenmeinung zufolge könnten einige der RAND-Vorschläge den Konflikt tatsächlich einem Ende näher bringen. Zum Beispiel wäre die Einführung eines wirklich neutralen Status für Kiew ein wichtiger Schritt. Noch im Dezember 2021 schlug Moskau in einem Entwurf für ein Dokument über Sicherheitsgarantien vor, dass der Westen auf die NATO-Erweiterung, einschließlich der Aufnahme der Ukraine in das Bündnis, verzichtet und sich weigert, militärische Aktivitäten auf dem Territorium osteuropäischer, transkaukasischer und zentralasiatischer Staaten durchzuführen.

Gleichzeitig weisen die Analysten auf eine Reihe erheblicher Verzerrungen in dem Bericht hin. So schreibt RAND, dass beide Seiten anscheinend an keinem Dialog interessiert sind. Obwohl die russische Regierung wiederholt ihre Bereitschaft erklärt hat, mit der Ukraine zu verhandeln.

Beispielsweise im Juni 2022, als der russische Außenminister Sergei Lawrow in einem Interview mit Republika Srpska daran erinnerte, dass Moskau und Kiew sich im Frühjahr auf Parameter für eine Beilegung des Konflikts geeinigt hätten, die Ukraine aber im letzten Moment auf Druck des Westens auf weitere Verhandlungen verzichtet habe. Später erließ das Kiewer Regime ein gesetzliches Verbot für Verhandlungen mit der russischen Staatsführung.

Die Politologen weisen die Aufmerksamkeit darauf, dass die Logik des Berichts weitgehend auf der Annahme beruht, der Ausgang des Konflikts hänge hauptsächlich von der westlichen Unterstützung ab. Die Versorgung mit ausländischer Ausrüstung wirkt sich sehr wohl auf die Kampfsituation aus, jedoch ist die Russische Föderation in der Lage, die Ziele der Sonderoperation unabhängig von der Unterstützung der USA und der NATO für die Ukraine zu erreichen.

"Man sollte unter anderem berücksichtigen, dass diese Unterstützung sehr begrenzt ist. Das hängt mit finanziellen Gründen und dem banalen Mangel an modernen Waffen in den westlichen Ländern zusammen", sagte Wladimir Batjuk, Leiter des Zentrums für militärische und politische Studien am Institut für die USA und Kanada der Russischen Akademie der Wissenschaften (RAS), im Gespräch mit RT.

Konstantin Blochin, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Sicherheitsstudien der RAS, wies seinerseits auf einen weiteren gravierenden Mangel des RAND-Berichts hin: Das Dokument enthält kein Wort über die Bedingungen, unter denen der Frieden erreicht werden soll.

"Auf der einen Seite ist die Konflikt-Entschärfung gut. Doch unter welchen Bedingungen wird der Waffenstillstand geschlossen? Das ist eine Schlüsselfrage. Hier ergeben sich viele Probleme, z. B. die Frage, welche Position die Ukraine und die USA zur Krim und zum Donbass einnehmen werden. Offensichtlich sollte man hier keine Kompromisse erwarten", sagte der RT-Gesprächspartner.

Ferner unterstrich er, dass ein mangelndes Vertrauen zwischen dem Westen und Russland die Beilegung des Konflikts erschwert. Den Worten des Experten zufolge gibt es keine Garantien dafür, dass Washington und Kiew die unterzeichneten Vereinbarungen einhalten werden.

"Die Verhandlungen können so lange dauern, wie man will, sie können sich über Wochen oder Monate hinziehen, das ist jedem klar. Man kann mit Russland einen Vertrag unterzeichnen und in der Zwischenzeit die Ukraine mit Waffen vollpumpen und seine Verpflichtungen vergessen. Man würde dasselbe erleben, was bei den Minsker Vereinbarungen der Fall war", sagte Blochin.

Malek Dudakow, ein Politikwissenschaftler mit Fokus auf die Vereinigten Staaten, hält es für unwahrscheinlich, dass die US-Behörden in diesem Stadium auf die Vorschläge von RAND eingehen werden.

"Die Berichte dieser Organisation werden sowohl im Weißen Haus als auch im Pentagon gelesen. Allerdings gibt es keine Garantie dafür, dass sie diesen Berichten Gehör schenken werden. Das Dokument dient vielmehr dazu, die Meinung der politischen Klasse vorzubereiten, was kein schneller Prozess ist", so der Experte gegenüber RT. Und auch er glaubt, dass man in absehbarer Zeit keine Änderung der Politik Washingtons gegenüber der Ukraine erwarten sollte.

"Im Moment hat die Regierung von Joe Biden keinen besonderen Wunsch nach Friedensgesprächen über die Ukraine-Problematik. Niemand im Westen hat die Absicht, seine Position zu ändern. Deshalb werden sie weiterhin Waffen nach Kiew liefern", so der Analyst abschließend.

*Übersetzung aus dem Russischen* (<https://russian.rt.com/world/article/1103271-ssha-doklad-ukraina>).

\* \* \*

## **Rentenreform in Kriegszeiten – Frankreich erlebt die größte Protestbewegung seit Jahrzehnten**

<https://freeassange.rtde.life/europa/161830-rentenreform-in-kriegszeiten-frankreich-erlebt/>

04.02.2023

**Nach Schätzung der Gewerkschaften gehen in Frankreich bis zu 2,5 Millionen Menschen gegen die Anhebung des Rentenalters von 62 auf 64 Jahre auf die Straße. Linke mit Rechten, in Städten und auf dem Land. Mit der Rentenreform könnte die Regierung unter Macron 10 Milliarden sparen. Zuletzt hat Macron die Lieferung von Kampffjets an Kiew erwogen.**

*Eine Analyse von Pierre Lévy*

Bereits am 19. Januar hatte es bezüglich der Zahl der Demonstranten im ganzen Land und der Streiks in vielen Bereichen eine beachtliche Mobilisierung gegen die Rentenreform, die die Regierung von Emmanuel Macron durchzusetzen versucht, gegeben.

Die Mobilisierung jedoch, die am 31. Januar zustande kam, ging über die erste Etappe hinaus: Das Innenministerium selbst räumte ein, dass fast 1,3 Millionen Menschen auf die Straße gegangen waren; die Gewerkschaften ihrerseits schätzen diese Gesamtzahl auf über 2,5 Millionen. Man muss fast drei Jahrzehnte zurückgehen, um eine soziale Bewegung von solchem Ausmaß zu finden.

Noch bemerkenswerter als die Gesamtzahl der Demonstranten ist ihre Verteilung. Die Demonstrationen in den großen Städten und insbesondere in Paris hatten natürlich einen Rekordandrang. Was aber die Beobachter und auch die Gewerkschaften selbst beeindruckte, war das, was in mittelgroßen Städten und sogar in Gemeinden mit einigen zehntausend Einwohnern geschah. Dazu kommt noch die Tatsache, dass eine hohe Zahl von Arbeitnehmern zum ersten Mal in ihrem Leben demonstrierte.

Während die linken Parteien die Mobilisierung unterstützten, stellten einige Analysten fest, dass die Beteiligung von Bürgern in mittleren und kleinen Städten den Gebieten entsprach, in denen Marine Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2022 am stärksten abgeschnitten hatte. Dies sind sehr oft Orte, an denen die Bürger am stärksten das Gefühl haben, aufgrund von Deindustrialisierung und besonders hoher Arbeitslosigkeit vergessen und zurückgelassen zu werden.

Zwei der Faktoren, die zum Erfolg dieses Tages, den manche bereits als historisch bezeichnen, beigetragen haben, verdienen besonders hervorgehoben zu werden. Der erste betrifft natürlich die zentrale Stellung der Rente im Rahmen der sozialen Errungenschaften. Für Millionen von Arbeitnehmern, die während ihres Arbeitslebens beschwerlichen, belastenden oder sich wiederholenden Aufgaben ausgesetzt sind, ist die Aussicht darauf, endlich aufatmen und das Leben genießen zu können, bevor man völlig "kaputt" ist, von größter Bedeutung.

Die geplante Reform – die eine Anhebung des Renteneintrittsalters auf 64 Jahre vorsieht und die Anzahl der für den Eintritt in den Ruhestand erforderlichen Arbeitsquartale schneller als erwartet erhöht – wird daher als Diebstahl und Verrat empfunden. Einer offiziellen Studie zufolge sind Frauen besonders betroffen, da ihre Karrieren "unterbrochener" oder unsicherer sind.

Aber auch ein zweiter Faktor trägt zum Erfolg des derzeitigen Mobilisierungsklimas bei: der durch die Inflation verursachte Kaufkraftverlust, insbesondere bei Energie und Lebensmitteln. Die Folgen sind für Geringverdiener oft dramatisch, aber auch diejenigen, die sich zur Mittelschicht zählen, bleiben nicht verschont.

Kann die Bewegung zu einem Sieg führen, d. h. zur Rücknahme des Gesetzentwurfs? Die von Élisabeth Borne geführte Regierung verfügt in der Nationalversammlung nicht über eine absolute Mehrheit von Macron-freundlichen Abgeordneten – ein in Frankreich sehr seltener Fall. Die Abgeordneten aller linken Parteien sowie der Rassemblement National (RN, wird oft als rechtsextrem oder "populistisch" eingestuft) haben entschiedenen parlamentarischen Widerstand angekündigt. Die RN-Abgeordneten haben sogar einen Antrag auf ein Referendum über den Gesetzesentwurf gestellt, aber viele linke Abgeordnete, die einen ähnlichen Antrag stellen wollten, zögern, sich einem Text anzuschließen, weil er "von der extremen Rechten vorgelegt" wird.

Auf parlamentarischer Ebene wird also viel von der Haltung der Partei Les Républicains (LR, klassische Rechte) abhängen. Grundsätzlich stimmen diese der Reform zu, wollen aber Änderungsanträge zur Abmilderung der Reform durchsetzen; und einige ihrer Abgeordneten könnten unter dem Druck ihrer Wähler gegen den Entwurf stimmen.

Selbst einige macronistische Abgeordnete könnten in diesem Zusammenhang abtrünnig werden. Die Parlamentsdebatten dürften in den nächsten Wochen auf Hochtouren laufen. Die Regierung verfügt über eine verfassungsrechtliche Waffe: Diese ermöglicht eine Verabschiedung ohne Abstimmung, wobei die Oppositionen dann mit absoluter Mehrheit einen Misstrauensantrag verabschieden müssten, um den Text zu Fall zu bringen (Artikel 49.3 der Verfassung).

Vieles wird also davon abhängen, ob die derzeitige Bewegung noch an Stärke gewinnt. Die nächsten Demonstrationen sind bereits für den 7. und 11. Februar geplant. Aber auch wenn die Mobilisierung stark ist, hat sie zwei Schwachpunkte, die mit der Positionierung der Gewerkschaftsführungen zusammenhängen. Keine von ihnen weist auf die Verbindung zwischen der Reform und der Rolle der Europäischen Union hin. Es ist, als hätte der französische Präsident ganz allein eine plötzliche Laune gehabt.

Die Europäische Kommission erinnerte jedoch kürzlich daran, dass der Rat der Europäischen Union

Frankreich am 12. Juli 2022 empfohlen hatte, das Rentensystem zu reformieren. Und sie ließ eine gewisse Ungeduld durchblicken: "Bisher wurden noch keine konkreten Maßnahmen genannt." Darüber hinaus strebt der französische Präsident eine Führungsrolle in der Union an, muss dafür aber gegenüber seinen Amtskollegen glaubwürdig sein und möchte daher als erfolgreicher Reformers erscheinen.

Das andere "Versäumnis" der Gewerkschaftsführungen betrifft den Krieg: Frankreich ist nicht das letzte Land, das immer raffiniertere Waffen an die Ukraine liefert. Der Herr des Élysée-Palastes hat sogar die Verlegung von Kampfflugzeugen nach Kiew in Erwägung gezogen ("nichts ist ausgeschlossen"). Wenn man die militärische, wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung zusammenzählt, gewinnt die Rechnung schnell an Umfang. Einigen Schätzungen zufolge sollen andererseits mit der Rentenreform 10 Milliarden Euro "eingespart" werden, und zwar auf Kosten der Arbeiter. Zur Erinnerung: Die EU plant, die ukrainische Regierung allein im Jahr 2023 mit weiteren 18 Milliarden zu unterstützen.

Offiziell befindet sich Frankreich – wie seine westlichen Partner – nicht im Krieg. De facto befindet es sich jedoch in einem solchen. Es ist eine uralte Erfahrung der Gewerkschaftsbewegung, dass eine kriegslüsterne Regierung keine Politik des sozialen Fortschritts betreiben kann, ganz im Gegenteil.

Es wäre gut, dies heute in Erinnerung zu rufen.

\* \* \*

## **Die befremdlichen Äußerungen des deutschen Bundeskanzlers in Brasilien**

<https://freeassange.rtde.life/international/162017-befremdlichen-aeusserungen-deutschen-bundeskanzlers-in/>

06.02.2023

**Die Erklärungen, die Bundeskanzler Olaf Scholz bei seiner Reise nach Brasilien vor der Presse abgab, waren befremdlich, wenn nicht düster. Die Selbstverständlichkeit, die Unverfrorenheit und der Opportunismus, mit denen er sich an Lateinamerika wendet, um die von seiner Außenministerin geäußerte Kriegserklärung an Russland zu erweitern und Kriegsallianzen in Chile, Argentinien und Brasilien zu erzwingen, sind alarmierend für die Welt.**

*Eine Analyse von Sara Vivacqua*

Wenn Annalena Baerbock von den Grünen sagt, dass sich ihr Land zusammen mit anderen im Krieg mit Russland befinde, demontiert sie das Argument der bloßen militärischen Unterstützung der Ukraine. Es ist nicht einmal mehr möglich, von einem Stellvertreterkrieg zu sprechen. Der Krieg der NATO-Länder gegen Russland ist damit offiziell. Ich frage mich, ob sie dafür ein Mandat des deutschen Volkes hat und warum Scholz sie nicht sofort entlassen hat.

Die offenen Positionen von Scholz zum Ukraine-Krieg stimmen völlig überein mit dem zerstörerischen Drang der NATO und der wahnwitzigen Unersättlichkeit Wladimir Selenskijs nach immer mehr Waffen und nicht nach Friedensgesprächen.

Scholz' völlige Übereinstimmung mit der NATO-Rhetorik ist beunruhigend und hat mich zu der Frage veranlasst, ob Baerbocks offene Kriegserklärung tatsächlich fahrlässig gewesen sein könnte oder zumindest von einer Bereitschaft der deutschen Regierung gedeckt ist.



Scholz hat gesagt und wiederholt, dass Russland seine Niederlage eingestehen, sich zurückziehen und die eroberten Gebiete an die Ukraine zurückgeben müsse. Diese Aussage ist weit entfernt von der militärischen und politischen Realität vor Ort und von jeglicher Möglichkeit, eine diplomatische Lösung des Konflikts herbeizuführen. Sie kann daher nur als offenes Signal verstanden werden, dass Deutschland über nichts verhandeln wird und nur eine vollständige russische Kapitulation, einschließlich der Rückgabe des Donbass akzeptiert. Der Krieg wird dauern, solange er dauert.

Die Erklärung von Scholz ist im Kontext der geografischen Nähe seines Landes zu Russland, der historischen Beziehungen und der aktuellen wirtschaftlichen Gegebenheiten sowie der Gefahr einer Eskalation völlig unverantwortlich. Die NATO hat noch nie etwas von Diplomatie gehört, aber Scholz sollte zumindest in seinem Wortschatz und seiner öffentlichen Rhetorik diplomatisch sein. Wenn man sie zusammenkürzt, könnte es sich um eine Rede eines beliebigen Pentagon-Sprechers handeln ...

Es ist armselig für den Sohn zweier deutscher Angestellter der Textilindustrie, der mit 17 Jahren in die Sozialdemokratische Partei eintrat und sich als "Jungsozialist" verstand, sich von seiner Vergangenheit und der Vergangenheit seiner Partei zu distanzieren. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) spielte eine zentrale Rolle in der deutschen Revolution von 1918 bis 1919, die Deutschland zur Republik erklärte und dabei half, Deutschland in seiner Verfassung zu einem sozialdemokratischen Staat zu machen.

Was den Rahmen gänzlich sprengte, war das Ersuchen von Scholz, dass Lula Munition in die Ukraine schickt. Lula wies das öffentlich und deutlich zurück. In seiner scharfsinnigen Art forderte er dagegen, dass mehr von "Frieden" gesprochen werden und eine Verhandlungsgruppe geschaffen werden sollte, der Deutschland, Frankreich und "chinesische Freunde, die eine wichtige Rolle spielen können", angehören.

Dieses Ersuchen um Munition aus Brasilien für den Krieg in Europa ist ein Akt der politischen Entfremdung oder der Unredlichkeit von Scholz, wenn man bedenkt, dass einer der Hauptpunkte auf der Tagesordnung der gemeinsame Kampf gegen den Aufstieg der Ultrarechten ist.

Die Länder, die nicht an diesem Krieg beteiligt sind, hatten es im Gegensatz zu Deutschland nicht nötig, die Propagandamaschine zu füttern, indem sie das Wissen über das Ausmaß der Neonazi-Gruppen in der Ukraine (die die gelieferten Waffen ebenfalls bekommen) gezielt unterdrückten. Aber darüber hinaus erkennen wir, dass sie Teil des ukrainischen Staatsapparates sind. Wir belügen uns nicht selbst und sind in der Lage, die Realität zu erfassen.

Es ist keine strittige Sache, dass die Ukraine Neonazi-Milizen auf der Gehaltsliste der Regierung hat, die als Teil ihrer regulären Armee agieren und Zivilisten töten, wobei sie Folter als Methode einsetzen, russische Minderheiten seit mehr als acht Jahren terrorisieren und einen Bürgerkrieg im Donbass entfesselten. Wie viel näher kann man 1933 kommen?

Nicht zuletzt haben die USA, mehrere europäische Länder und die Europäische Union Neonazi-Milizen in der Region finanziert. Die britische Regierung hat sie sogar ausgebildet. Ein alter Modus Operandi, denn sie sind die rücksichtslosesten, um den Feind zu schlagen. Ob Russland das Recht hat, einzumarschieren, ist eine andere Sache und schließt die Aufnahme von Friedensverhandlungen nicht aus.

Scholz schien auch das Umfeld, in dem er sich befand, nicht zu erfassen. Historisch haben die brasilianische Arbeiterpartei PT und die lateinamerikanische Linke die Einmischung der USA im Ostblock und ihre Behauptung, dieser sei eine "Zone des amerikanischen Einflusses", immer kritisiert.

Auf den Seiten der gemeinsamen Geschichte dieses Subkontinents ist es mit Blut geschrieben und auch in der aktuellen Welle justizieller Kriege deutlich, wie die USA ihr eigenes internationales Recht schaffen und bilaterale Abkommen aushebeln. Mit Russland war es nicht anders, seit der zweiten Bush-Regierung wurde jeder einzelne der diplomatischen Verträge, die das Ende des Kalten Krieges garantierten, von den USA einseitig aufgekündigt.

Hier ist man sich sehr bewusst, dass Selenskij das Produkt einer Regierung ist, die in einer Farbrevolution (Staatsstreich) unter der Führung der neoliberalen "Neokonservativen" der USA gebildet wurde und als verlängerte Interessenvertretung der USA im Ostblock fungiert. Die brasilianische Linke hat die direkte Beteiligung des Justiz- und des Außenministeriums der USA in den parlamentarischen Putsch gegen Dilma Rousseff nicht vergessen und dass die Verhaftung Lulas ein Geschenk der CIA war. Das ist kein historischer Zufall oder Zeitgeist, das ist US-Staatspolitik.

Scholz war demütigend in seiner Arroganz, da er die neue Position von Ländern wie Brasilien in der Welt und die weniger komfortable Position Deutschlands und der Nationen, die sich bisher auf den Mythos der Hegemonie stützten, ignorierte. Die neuen geopolitischen Realitäten stützen den Kult der hegemonialen Ideen der sogenannten "westlichen Welt" (des kollektiven Westens) nicht mehr.

Und obwohl Gesellschaften, die seit Jahrhunderten auf den Pfeilern der Ausbeutung gegründet und in der Vorstellung von kultureller Überlegenheit verhaftet sind, darauf beharren, diese Rolle und den Kalten Krieg mit Russland fortzusetzen, zeigt die Realität bereits, dass die kulturelle Ignoranz und die Herrschsucht dieser Nationen nicht sehr viel Rückhalt oder Einfluss haben. Sie sind nicht mehr die Herren und die anderen sind nicht mehr die Sklaven. Das Schachbrett der alten Mächte ist zusammengebrochen.

In diesem Kontext ist Lulas Diskurs ausgezeichnet, wenn er den Multilateralismus als Realität einführt, wenn er erklärt, dass die Vereinten Nationen nicht mehr der politischen Realität entsprechen und anachronistisch agieren, als gäbe es einen Kalten Krieg. Und dass Brasilien und die afrikanischen Länder sich an einem Weltsicherheitssystem der UNO beteiligen wollen. Er kündigt neue Rollen an.

Diese Botschaft scheint einfach, aber für mich trifft sie den Kern dieses Krieges und der neuen Realität, die wir aufbauen; eine Realität, die den Kalten Krieg und seine internationalen Mechanismen begräbt und die Herausbildung einer neuen Weltordnung aufzeigt. Lula hat die imperialistische und von neoliberalen Ideen vereinnahmte Linke Europas entlarvt. Scholz kann von Lula lernen, die Chance bleibt bestehen.

*Übersetzt von Olga Espín.*

*Sara Vivacqua ist Anwältin im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais.*

\* \* \*

## **Ukraine-Krieg: Bennett offenbart, wie der Westen eine Verhandlungslösung verhinderte**

<https://freeassange.rtde.life/europa/162248-ukraine-krieg-bennett-offenbart-wie/>

08.02.2023

**Israels Ex-Premier Bennett hat mit seinen Aussagen die Rolle der westlichen Länder bei der Friedenslösung im Ukraine-Konflikt massiv erschüttert. Laut Bennett war ein Friedensplan im März 2022 in Reichweite – der Westen habe diese Verhandlungslösung aber blockiert.**

*Von Alexander Männer*

Vor wenigen Wochen waren es die Aussagen der ehemaligen deutschen, französischen und ukrainischen Staatsoberhäupter Angela Merkel, François Hollande und Petro Poroschenko gewesen, die die Rolle des "kollektiven Westens" im Ukraine-Konflikt in einem neuen Licht hatten erscheinen lassen. Die beiden westlichen Politiker hatten nämlich offen zugegeben, dass das im Jahr 2015 unterzeichnete "zweite Minsker Friedensabkommen" zur Lösung des Donbass-Konflikts von der Kiewer Führung und deren westlichen Unterstützern zur Kriegsvorbereitung genutzt worden war. Dies hatte auch der ukrainische Ex-Präsident Poroschenko bestätigt, dem zufolge die Minsker Vereinbarungen die Modernisierung der ukrainischen Armee und die Bildung einer internationalen Koalition gegen Russland ermöglicht hatten.

Nun wurde ein weiteres Beispiel für das fragwürdige Vorgehen des Westens bekannt: Er torpedierte offenbar die Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine über eine Friedensregelung im März des vergangenen Jahres. Laut dem israelischen Ex-Ministerpräsidenten Naftali Bennett, der nur wenige Wochen nach dem russischen Einmarsch nach Moskau gereist war, um einen Waffenstillstand zwischen den beiden Konfliktparteien zu vermitteln, hatten die westlichen Länder die besagten Friedensbemühungen blockiert, wobei ein entsprechendes Abkommen zwischen Moskau und Kiew in Reichweite gewesen war.

Wie Bennett dem israelischen Sender *Channel 12* am Samstag in einem Videointerview erklärte, waren die Gespräche damals relativ weit fortgeschritten und zudem "mit den USA, Deutschland und Frankreich abgestimmt" gewesen. Demnach waren Russland und die Ukraine sogar zu erheblichen Zugeständnissen bereit: Der Kreml soll die sogenannte "Entnazifizierung" sowie die Entmilitarisierung der Ukraine als Voraussetzungen für einen Waffenstillstand fallen gelassen haben. Die Führung in Kiew ihrerseits habe zugesichert, keine Mitgliedschaft in der NATO anzustreben, so Bennett.

Im Klartext: Russland hätte sich auf die Positionen zurückgezogen, die es vor Beginn seiner Invasion in der Ukraine eingenommen hatte. Dafür hätte die Ukraine am Ende auf eine Mitgliedschaft in der NATO verzichtet und Sicherheitsgarantien von einer Reihe von Ländern erhalten.

Doch ungeachtet dessen und trotz der Tatsache, dass man dem israelischen Politiker zufolge mindestens 17 Entwürfe für ein Friedensabkommen ausgearbeitet hatte, haben die westlichen Länder letzten Endes darauf bestanden, die Verhandlungen zu stoppen. Auf die Frage, ob die westlichen Akteure die Friedensinitiative "blockiert" hätten, antwortete Bennett: "Im Grunde genommen ja. Sie haben es blockiert, und ich fand, dass sie falsch lagen. Ich behaupte, dass es eine gute Chance auf einen Waffenstillstand gab, wenn sie ihn nicht verhindert hätten."

### **Ist der Westen am Frieden nicht interessiert?**

Damit bestätigte er die Hinweise auf westliche Sabotage der im März stattfindenden Friedensverhandlungen, die in den Medien schon seit Längerem kursieren. So wurde etwa schon mehrfach darüber berichtet, dass der damalige britische Premierminister Boris Johnson die Bemühungen, ein Ende der Kampfhandlungen zwischen den beiden Ex-Sowjetrepubliken herbeizuführen, zunichtegemacht haben soll. Offenbar sollte der Kampf gegen Russland unbedingt fortgesetzt werden, selbst wenn dabei die Zerstörung der Ukraine voranschreitet und ihre Truppen folgeschwere Verluste erleiden.

Zugleich können Bennetts Aussagen als ein weiteres wichtiges Indiz dafür gelten, dass es eben die

westlichen Länder sind, die an der Weiterführung des Ukraine-Krieges interessiert sind. Verbunden mit der Tatsache, dass schon die Minsker Abkommen für sie nichts weiter als ein Mittel zum Zweck gewesen waren, um die Kiewer Führung auf eine gewaltsame Lösung des Donbass-Konflikts vorzubereiten, erscheint es durchaus plausibel, dass einzig und allein der Krieg der Ukraine mit Russland das eigentliche Anliegen des "kollektiven Westens" ist.

Dass die Ukrainer also sorgfältig und von langer Hand auf den Krieg mit ihrem Nachbarland vorbereitet worden waren, spricht eindeutig dafür, dass der Westen im Grunde zu keinem Zeitpunkt an einem echten, langfristigen Frieden zwischen Moskau und Kiew interessiert war. Stattdessen betrachtete er die Ukraine von Anfang an lediglich als ein Instrument im Kampf gegen die Russen und nicht als einen souveränen Akteur oder Partner.

Denn das Ziel nach dem blutigen Machtwechsel in Kiew 2014 war es und ist es nach wie vor, meinen zahlreiche Experten, die Ukraine massiv zu bewaffnen und das Land einen Krieg mit Russland führen zu lassen, um die Russen am Ende auszubluten und wirtschaftlich zu ruinieren. Zugleich sollten NATO-Staaten wie die USA und Großbritannien ihre militärische Präsenz auf dem ukrainischen Territorium weiter ausbauen, was vor allem die Modernisierung und den Ausbau der ukrainischen Häfen einschloss und somit die dauerhafte Präsenz von NATO-Kriegsschiffen nahe der Krim ermöglicht hätte.

Man muss kein ausgewiesener Militär- oder Sicherheitsexperte sein, um zu begreifen, dass diese Strategie ein gewaltiges Konfliktpotenzial in der Schwarzmeerregion birgt und definitiv keine guten Aussichten für eine friedliche Koexistenz verheißt. Inzwischen aber sollten alle begriffen haben, dass Russland bereit ist, einen hohen Preis zu zahlen, um eine Ausdehnung der NATO in Richtung der russischen Grenze zu verhindern.

\* \* \*

## **mRNA-Wirkstoff in Muttermilch: Bedenklich oder Förderung "wirksamer Antikörper gegen Corona"?**

<https://freeassange.rtde.life/inland/162278-mrna-wirkstoff-in-muttermilch-bedenklich/>  
09.02.2023

**Eine Streitfrage in der Coronakrise lautete, ob der verabreichte mRNA-Wirkstoff in die Muttermilch gelangt. Warnungen zu unbekannten möglichen Auswirkungen des neuartigen Wirkstoffs, auch in Bezug auf geimpfte stillende Mütter, galten als Verschwörungsmythen. Nun heißt es, dass die Milch geimpfter Mütter die Babys explizit schützt.**

*Von Bernhard Loyen*

Mit Beginn der Einführung eines neuartigen mRNA-Wirkstoffs im Dezember 2020, in Verbindung mit der darauf folgenden millionenfachen COVID-Impfungen in Deutschland, wurden kritische Diskussionen hinsichtlich der Bedenken unbekannter Folgeereignisse und Auswirkungen der Präparate auf den menschlichen Organismus medial-politisch verweigert und unterbunden.

Wissenschaftler und Ärzteschaft, die sich diesbezüglich besorgt zeigten, dementsprechende Warnungen aussprachen und erwähnt wissen wollten, wurden in einem aggressiven manipulativen Framing über die mehrheitliche Medienlandschaft der Unwahrheit bezichtigt. Sogenannte Faktenchecker sorgten für die unmittelbare Unterstellung von Verschwörungstheorien und Fehlinformationen.

Das *ZDF* informierte im Juni 2021 seine Leser über einen "Faktencheck" mit dem wertenden

Hinweis: "Falschinformationen im Netz: Warum mRNA-Impfstoffe nicht "toxisch" sind (...) Es besteht kein Risiko für Säuglinge durch die Muttermilch von Geimpften". Die gleiche inhaltliche Positionierung findet sich auf der Rechercheplattform Correctiv. Bezüglich der "Behauptung", dass das "durch eine mRNA-Impfung produzierte Spike-Protein in den Blutkreislauf und in die Muttermilch gelangen könnte", heißt es in dem Beitrag vom 18. Juni 2021, nach entsprechender Darlegung durch eine subjektive Studienauswahl:

*"Das Ergebnis: Die mRNA des Impfstoffes von BioNTech/Pfizer kann nicht über die Muttermilch an Kinder übertragen werden."*

Dementsprechend lautete der Twitter-Beitrag (hier ein Link zu einem YouTube-Kampagnenvideo) des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) vom 26. September 2021:

*"Sie können nach der Impfung gegen das Coronavirus wie gewohnt weiter stillen. Die mRNA des Impfstoffes konnte in der Muttermilch nicht nachgewiesen werden."*

Auf der Regierungswebseite "Zusammen gegen Corona", heißt es zudem im Jahre 2021: "Aktuell ist noch nicht bekannt, ob die Antikörper der Mutter auch das Kind vor einer COVID-19-Erkrankung schützen können, aber einige Studien deuten darauf hin, dass Babys von der COVID-19-Impfung der Mütter profitieren". In "bisherigen Studien" seien zum damaligen Zeitpunkt "keine schweren unerwünschten Nebenwirkungen bei stillenden Frauen in der Stillzeit oder deren Kindern nach der Corona-Schutzimpfung" aufgetreten. Weiter heißt es unmissverständlich:

*"Es gibt keine Hinweise, dass die Impfung ein Risiko für die Mutter oder den Säugling darstellt."*

Im Oktober 2022 meldete die *Pharmazeutische Zeitung* dann:

*"Werden stillende Mütter mit einem mRNA-Impfstoff gegen Covid-19 geimpft, kann die ImpfmRNA in Spuren in die Muttermilch übergehen. Die Autoren einer aktuellen Publikation, die das nachgewiesen haben, halten es für unbedenklich."*

In Deutschland empfiehlt die Ständige Impfkommission (STIKO) seit September 2021 offiziell die Impfung von stillenden Frauen mit zwei Dosen eines mRNA-Impfstoffs. Laut einer US-Studie, veröffentlicht im September 2022, wäre nun jedoch ersichtlich, dass "möglicherweise Nanopartikel, die die mRNA enthalten, über die Blutbahn oder das Lymphsystem zu den Brustdrüsen gelangten", so die Forscher laut dem Ärzteblatt am 4. Oktober 2022. Weiter heißt es in dem Artikel:

*"Ob die mRNA noch aktiv war, also theoretisch zur Bildung von Proteinen führen könnte, prüfte die Arbeitsgruppe nicht."*

Die Seite *apotheker-adhoc* titelte am 1. Oktober 2022: "Keine Sicherheitsbedenken – Impfstoff-mRNA in Muttermilch". Dabei wäre keine der positiv auf mRNA-Spuren getesteten Milchproben "mehr als 45 Stunden nach der Impfung genommen worden", so die Aussagen der diesbezüglichen US-Studie. Bereits im Februar 2022 informierte die Webseite "Frauenärzte im Netz" mit folgender Information:

*"US-Studie bestätigt erstmals: Mit mRNA-Impfstoffen gegen COVID-19 geimpfte Mütter übertragen mit der Muttermilch schützende Antikörper auf ihre Säuglinge. Hierfür rekrutierten die Forscher 30 stillende Frauen, die sich zwischen Januar und April 2021 ihren Piecks mit Biontech- oder Moderna-Impfstoff abholten."*

Demnach enthielt "die Milch von 26 der 30 geimpften Mütter nach der zweiten Impfdosis neutralisierende IgG-Antikörper gegen alle untersuchten (Corona-)Varianten". Immunglobulin G (IgG) ist der Hauptbestandteil der sogenannten "Gammaglobulin-Fraktion der Serumelektrophorese", stellen also die Antikörper der Klasse G, die vor allem gegen Viren und Bakterien wirken. Am 13. Januar 2023 heißt beim *mdr* für die Leser:

*"SARS-COV-2 Milch geimpfter Mütter schützt Babys mit wirksamen Antikörpern gegen Corona."*

Die US-Forschenden hätten jedoch "nicht erhoben, wie gut der Schutz vor einer Infektion war. Das sei eine Aufgabe für kommende Studien, so die Autorinnen und Autoren". Im September 2021 behauptete der *mdr* im Rahmen der medialen Einheitsbildung demgegenüber noch: "Stillende, die gegen COVID-19 geimpft wurden, geben die Wirkstoffe (v.a. die mRNA) nicht über die Muttermilch an ihr Kind weiter".

Die amerikanische "Nationalbibliothek für Medizin" (NIH) berichtet am 19. Januar 2023 in einem Beitrag zum thematischen Gesamtkomplex geimpfter Mütter und mRNA-Übertragungen durch die Muttermilch auf Neugeborene:

*"Mütter, die einen mRNA-Impfstoff erhalten haben, weisen einen deutlichen Anstieg der Antikörper in der Milch auf, der ähnlich hoch oder höher ist als nach einer COVID-19-Infektion. Mütter, die während der Schwangerschaft eine COVID-19-Infektion hatten und nach der Geburt eine Einzeldosis des Impfstoffs von Pfizer-BioNTech erhielten, wiesen in einer kleinen Studie höhere Antikörperspiegel in der Milch auf als diejenigen, die entweder nur eine Infektion oder zwei Impfstoffdosen während der Schwangerschaft hatten."*

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass aktuelle weltweite Studien ihren Fokus weiterhin alleinig auf potenzielle Antikörper-Reaktionen nach mRNA-Wirkstoff-Impfungen legen, dies in Bezug auf mögliche Folgedynamiken bei stillenden geimpften Müttern und deren Babys. Es existieren demgegenüber noch keine Studien oder Daten zu möglichen, also existierenden Auswirkungen betreffend, ob die über die Muttermilch weitergegebene mRNA "noch aktiv war", also entsprechende Auswirkungen auf den Neugeborenen-Organismus des gestillten Babys ausübte oder mit unbekanntem Zeitfaktor ausführt, also entsprechend "weiterwirkt". Diesbezüglich heißt es im jüngsten *mdr*-Beitrag:

*"Dabei zeigte sich zudem ein interessanter Effekt: In der Muttermilch nahm die Menge der Antikörper zwar im Zeitverlauf ab, allerdings verbesserte sich zugleich ihre Neutralisationsfähigkeit. Es kam also zur Affinitätsreifung der vorhandenen Antikörper, die Kinder wurden so mit immer wirksameren Schutzmolekülen versorgt."*

Dadurch könnte sich der mRNA-Wirkstoff als unmittelbarer verantwortlicher Faktor und weiterer "Effekt" für mögliche Auswirkungen auf die Entwicklung eines Kindes, dessen Organe, dessen Blutbild und daraus resultierende Beeinträchtigungen im Wachstum herausstellen. Die mehrheitliche Behauptung, dass mRNA-Wirkstoffe via entsprechender Impfungen vor oder während einer Schwangerschaft keinerlei negative Effekte für Mutter und Kind hervorrufen, bleibt damit weiterhin ein eher theoretisches Argument. Das Robert Koch-Institut informierte am 7. Februar 2023 themenbezogen in einer jüngsten Gesamteinschätzung:

*"Jüngst publizierte Daten belegen die Sicherheit der mRNA-Impfung in der Schwangerschaft und zeigen kein erhöhtes Risiko für Aborte, intrauterinen Fruchttod, Frühgeburten und kongenitale Fehlbildungen als Folge der Impfung. Schwangere und ihre ungeborenen"*

*Kinder sind durch eine vollständige COVID-19-Impfung (d.h. Grundimmunisierung und 1. Auffrischimpfung) gut vor schweren Krankheitsverläufen und damit auch vor COVID-19-assoziierten Tot- und Frühgeburten geschützt."*

\* \* \*

## **Acht Gründe, warum die USA kein Interesse an Frieden in der Ukraine haben**

<https://freeassange.rtde.life/international/162516-acht-gruende/>

10.02.2023

**Washingtons Priorität ist es, Russland einzudämmen und möglichst ausbluten zu lassen. Wie sich die Kämpfe in der Ostukraine entwickeln und wie sie enden werden, bleibt nebensächlich.**

*Von Andrei Suschenzow*

Es scheint nun, dass die USA nicht einmal im Entferntesten daran interessiert sind, eine friedliche Lösung des Ukraine-Konflikts anzustreben, und es vorziehen, die militärische Kampagne fortzusetzen. Insgesamt machen sich die strategischen Planer in Washington wenig Gedanken über die Parameter zur Beendigung der Krise: ob die Ukraine innerhalb ihrer derzeitigen Grenzen bestehen bleibt, ihre Territorien im Osten und im Süden endgültig verliert oder ganz von der Landkarte verschwindet.

Trotz steigender Verluste und anhaltender Vernichtung des ukrainischen Militärs hat der Appetit auf militärische Aktionen nicht nachgelassen, weder in Kiew noch in Washington. Viele internationale Experten bezeichnen die USA zu Recht als den Hauptakteur in einer großen Koalition, die sich für eine Fortsetzung der Feindseligkeiten in der Ukraine einsetzt. In weniger als einem Jahr der Krise hat Kiew seine eigenen militärischen Ressourcen und die Mittel, sie aus eigener Kraft zu ersetzen, weitgehend erschöpft und ist vollständig auf externe Hilfe angewiesen.

Obwohl die USA die Führung bei der Koordinierung und die Strategie der Unterstützung des Westens übernehmen, wäre es falsch, ukrainische und US-amerikanische Interessen gleichzusetzen. Während man weiterhin Lippenbekenntnisse zu den politischen Forderungen Kiews ablegt, schätzt Washington sorgfältig den richtigen Zeitpunkt für die Aufnahme von Verhandlungen mit Russland ein. Die Notwendigkeit diplomatischer Bemühungen zur Lösung des Konflikts wird von hochrangigen US-Militärs, insbesondere vom Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs Mark Milley, zunehmend betont. In der britischen Presse kursiert weiterhin die Vorstellung, die US-amerikanische Taktik bestehe darin, den Konflikt eskalieren zu lassen, um ihn später zu deeskalieren: Russland mit einer Welle groß angelegter Lieferungen von militärischer Ausrüstung an die Ukraine unter Druck zu setzen, um Kiew in eine günstigere Verhandlungsposition zu bringen.

Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass die Fortsetzung der militärischen Krise in der Ukraine im Einklang mit den militärischen und politischen Interessen der USA steht. Insgesamt acht Argumente sprechen dafür, dass die US-Amerikaner diesen Konflikt verlängern wollen.

Erstens ist da die relative Schwächung Russlands, das beträchtliche Ressourcen aufwenden muss, um die militärische Bedrohung durch die Ukraine zu eliminieren und die gesetzten politischen Ziele zu erreichen, damit ein gleichberechtigter Status in der europäischen Sicherheitsarchitektur erlangt werden kann. Das Narrativ der westlichen Medien, dass Russland am Rande einer Niederlage steht, erweckt, obwohl es weit von der Realität entfernt ist, den Eindruck, dass der Westen nur eine abwartende Haltung einnehmen muss. Die Absenz entscheidender und spektakulärer russischer

militärischer Siege führt zu der Wahrnehmung, dass die Ukraine gewinnt.

Zweitens haben die USA ein berechtigtes Interesse daran, die Energiekooperation zwischen der EU und Russland endgültig zu unterbinden. Diese hat sich über viele Jahrzehnte entwickelt, beginnend während des Kalten Krieges. Die Sabotage der Nord-Stream-Pipelines, die, wie es scheint, mit Unterstützung eines anderen NATO-Staates durchgeführt wurde, war der Höhepunkt einer langfristigen US-Strategie, die umfangreichen Verbindungen zwischen Moskau und den wichtigsten westeuropäischen Volkswirtschaften zu kappen. Die US-Amerikaner wollen den europäischen Energieverbrauch weg von Russland verlagern und ein schwierigeres Umfeld für die breitere europäische Industrie schaffen, damit die US-Wirtschaft weniger Konkurrenz hat und so die eigene Position stärken kann.

Drittens wollen die USA jeden Impuls für strategische Autonomie zwischen den EU-Staaten ausschalten. Die Ukraine-Krise bietet dafür eine hervorragende Gelegenheit, da es den USA und ihren Verbündeten in Osteuropa gelungen ist, im Informationsraum ein Momentum moralischer Panik zu erzeugen, der jede Reflexion über die Ursachen und Folgen dieser Krise verhindert. Strategische Entscheidungen über Waffenlieferungen werden unter dem Druck der Medien und eines radikalisierten Teils der Öffentlichkeit getroffen, ohne dabei die Folgen zu analysieren. Staatslenker und Eliten, die in der Lage gewesen wären, distanziert und nüchtern über die Folgen des Abgleitens der Beziehungen zwischen der EU und Russland in eine tiefe Krise nachzudenken, sind jetzt zahlenmäßig unterlegen und im Wesentlichen mundtot gemacht worden.

Viertens wollen die USA keine Niederlage der Ukraine erleben, nachdem im vergangenen Jahr sehr viel finanzielles, politisches und symbolisches Kapital investiert wurde. In den Augen des Westens ist die Ukraine ein "Vorkämpfer". Das alte Narrativ einer europäischen Zivilisation im Kampf gegen einen barbarischen Osten, das bis in die Zeit des antiken Griechenlands und seiner Konfrontation mit den persischen Horden zurückreicht, spielt sich hier erneut ab. Eine Niederlage der Ukraine wäre eine sensible symbolische Niederlage für den Westen und würde in den Köpfen vieler Intellektueller eine "offene Wunde" hinterlassen.

Fünftens haben sich die USA nicht von dem ideologischen Imperativ zurückgezogen, das zu verteidigen, was sie als "Freiheit" interpretieren. In der Situation um die Ukraine gibt es eine manichäische Darstellung eines Kampfes für "Freiheit gegen Unfreiheit". Washington sieht diesen ideologischen Imperativ auch in der innenpolitischen Situation in der Ukraine manifestiert, was natürlich nur möglich ist, wenn man die politischen Prozesse in Kiew "ohne Skepsis" betrachtet. Indem sie mit diesem Narrativ spielt, versucht die Regierung von Wladimir Selenskij, sich dem Westen in solchen ideologischen Kategorien zu präsentieren.

Sechstens besteht das US-Ziel darin, Westeuropa zur Remilitarisierung zu ermutigen. Washington ist sich bewusst, dass eine längere militärische Auseinandersetzung mit US-Streitkräften allein nicht möglich ist. Darüber hinaus sind sich die USA der wachsenden Bedrohung durch China bewusst und erkennen, dass ihre Ressourcen bald auf eine Konfrontation im Pazifik umgeleitet werden müssen. Auf der europäischen Bühne sucht Washington daher nach Wegen, den militärisch-industriellen Komplex (MIK) der EU zu stärken, damit die nationalen Verteidigungsbudgets auf mindestens zwei Prozent des BIP angehoben werden können.

Siebtens versuchen die USA, ihre europäischen Verbündeten um eine gemeinsame Plattform zur Bekämpfung ihrer "aufstrebenden" Gegner wie Russland, China und Iran zu konsolidieren. Hier versuchen die USA einfallsreich beim Aufbau von Koalitionen zu sein, die bereit sind, teure Hightech-Waffen herzustellen und zu verkaufen.

Achtens verfolgen die USA auch ihre eigene Reindustrialisierung via die Ukraine. Der Ausbau des



militärisch-industriellen Komplexes wird als wichtiges Ziel Washingtons angesehen. Nach dem Kalten Krieg wurde der westliche MİK neu ausgerichtet, um eine begrenzte Anzahl von Hightech-Waffen herzustellen, während die moderne konventionelle Kriegsführung die Massenproduktion von relativ kostengünstigen Artillerie-, Panzer- und Flugzeugsystemen erfordert.

All dies macht die USA äußerst desinteressiert, sich zeitnah für eine friedliche Lösung des Konflikts in der Ukraine einzusetzen. Die US-Amerikaner glauben, dass die Zeit auf ihrer Seite ist und dass die oben aufgeführten acht Ziele erreicht werden können. Dies macht ihre Strategie ziemlich flexibel und zeigt, dass Washingtons Priorität darin besteht, Russland einzudämmen und möglichst ausbluten zu lassen, anstatt die zukünftige Sicherheit und den Wohlstand der Ukraine zu sichern.

*Aus dem Englischen (<https://www.rt.com/news/571220-eight-reasons-us-war-ukraine/>).*

*Andrei Suschenzow ist assoziierter Professor am staatlichen Institut für Internationale Beziehungen in Moskau und Programmdirektor beim Waldai-Club.*

\* \* \*

## **Warum wird die Erforschung des Massakers auf dem Maidan im Westen unterdrückt?**

<https://freeassange.rtde.life/international/162400-warum-wird-erforschung-massakers-auf/>  
12.02.2023

**Die Morde durch Scharfschützen auf dem Maidan waren für den Regierungsumsturz in Kiew im Februar 2014 ausschlaggebend. Aber die Beweise für die Beteiligung externer Kräfte werden aus "politischen Gründen" unterdrückt.**

*Eine Analyse von Felix Livschitz*

Der Politikwissenschaftler Ivan Katchanovski von der Universität von Ottawa hat enthüllt, dass eine von ihm erstellte wissenschaftliche Arbeit von einer akademischen Zeitschrift aus "politischen Gründen" nicht veröffentlicht wurde. Diese Arbeit führt die Beweise aus, dass das Massaker an ukrainischen Demonstranten durch Scharfschützen im Februar 2014 ein entscheidender Moment bei dem vom Westen unterstützten Regierungsumsturz in Kiew war.

### **"Die Beweise sind solide"**

In einem längeren Twitter-Beitrag, der am 6. Januar veröffentlicht wurde, legte Katchanovski zunächst die Umstände im Hintergrund der Ablehnung seiner Publikation und die darin enthaltenen bombensicheren Beweise dar. Die Arbeit wurde zunächst mit geringfügigen Überarbeitungen aufgrund eines Kreuzgutachtens akzeptiert, und der Herausgeber der Fachzeitschrift äußerte sogar eine begeisterte Bewertung dieser Arbeit, indem er schrieb:

*"Es besteht kein Zweifel, dass dieses Papier in vielerlei Hinsicht außergewöhnlich ist. Es liefert Beweise, die das Narrativ des Mainstreams über den Regierungsumsturz in der Ukraine im Jahr 2014 entkräften. Mir scheint, dass die Beweise, die ihre Studie liefert, solide sind in Bezug auf die Interpretation darüber, wer hinter dem Massaker an den Demonstranten und an Polizeibeamten während der Massenproteste des "Euromaidan" in der Ukraine vom 18. bis 20. Februar 2014 steckt. Auch hierüber herrscht zwischen den beiden Gutachtern Konsens."*

Wie der Herausgeber festhält, war das Massaker eine "politisch entscheidende Entwicklung", die

zum "Machtübergang in dem Land" vom demokratisch gewählten Wiktor Janukowitsch zur illegitimen und fanatisch nationalistischen Regierung von Alexander Turtschinow führte, einem ehemaligen hochrangigen Beamten aus dem Sicherheitsapparat.

Das Massaker wurde in den westlichen Medien unisono als Symbol für die Brutalität der ukrainischen Regierung und als nicht provozierte Angriff auf unschuldige prowestliche Maidan-Demonstranten präsentiert, die angeblich nichts anderes als Demokratie und Freiheit anstrebten. Gerüchte, dass die Morde unter falscher Flagge erfolgten, um die Spannungen in der riesigen Menschenmenge, die den Maidan bevölkerte, zu schüren und Gewalt gegen die Behörden zu provozieren, begannen danach umgehend zu kursieren.

Von den westlichen Medien wurde jedoch niemals eine ernsthafte Untersuchung des Geschehens durchgeführt, und alle Behauptungen, dass die Scharfschützen ein Insider-Job gewesen wären, wurden als "Desinformation" des Kremls abgetan. Doch selbst der Atlantic Council als publizistisches Anhängsel der NATO gestand 2020 ein, dass das Massaker wohl ungelöst bleibe und dass dies "einen Schatten auf die Ukraine wirft".

## **Man frage die Zeugen**

Aufgrund eines laufenden Gerichtsprozesses gegen Polizisten, die an diesem schicksalhaften Tag am Ort des Geschehens im Einsatz waren, wird dieses Rätsel jedoch möglicherweise nicht mehr lange "ungelöst" bleiben. Der Prozess läuft seit weit über einem Jahr und hat außerhalb der Ukraine überhaupt kein Echo in den Mainstream-Medien gefunden. Katchanowski stützte sich in seinem unterdrückten Papier stark auf Zeugenaussagen und Videobeweise, die im Laufe dieses Prozesses vorgelegt wurden.

Beispielsweise sagten 51 während des Vorfalls verwundete Demonstranten in diesem Prozess aus, dass sie von Scharfschützen aus den von der Maidan-Bewegung kontrollierten Gebäuden beschossen wurden und/oder dort sogar Scharfschützen beobachtet haben. Viele sprachen auch von Schüssen der Scharfschützen aus den Gebäuden unter Kontrolle der Maidan-Aktivisten auf die Polizei. Dies steht im Einklang mit anderen von Katchanowski gesammelten Beweisen, wie etwa mit jenen 14 voneinander unabhängig entstandenen Videos, in denen Scharfschützen in von Aktivisten kontrollierten Gebäuden zu sehen sind und von denen 10 Videos eindeutig bewaffnete rechtsextreme Männer im Hotel Ukraina zeigen, die durch die Fenster hinunter auf die Menschenmassen zielen.

Insgesamt haben 300 Zeugen mehr oder weniger dieselbe Darstellung ausgesagt. Miteinander synchronisierte Videos zeigen, dass die genaue Zeit und Richtung der von der Polizei abgefeuerten Schüsse nicht nur nicht mit der Tötung bestimmter Maidan-Demonstranten übereinstimmten, sondern dass die Beamten auf Mauern, Bäume, Laternenpfähle und sogar auf den Boden zielten, einfach um möglichst die Menschenmassen zu zerstreuen.

Unter denjenigen, die anscheinend von den Scharfschützen anvisiert wurden, waren auch Journalisten der deutschen Sendeanstalt *ARD*. Sie waren zu dieser Zeit nicht der einzige westliche Nachrichtensender in der Stadt. Da waren etwa auch belgische Journalisten, die nicht nur Maidan-Demonstranten filmten, die in Richtung des Hotels Ukraina schrien, dass die Scharfschützen nicht auf sie schießen sollten, sondern auch Teilnehmer, die aktiv in die Todeszone gelockt wurden. Dieses aufwühlende Filmmaterial wurde nie öffentlich ausgestrahlt.

*CNN* filmte ebenfalls rechtsextreme Elemente, die hinter Maidan-Barrikaden stehend auf die Polizei schossen und anschließend im 11. Stock des Hotels Ukraina nach geeigneten Schusspositionen suchten, nur Minuten bevor die *BBC* Scharfschützen filmte, die aus einem Zimmer eines

rechtsextremen Abgeordneten auf Demonstranten schossen. Der Sender entschied sich damals, darüber nicht zu berichten.

Wir müssen uns gar nicht allein auf das Videomaterial verlassen. Im Verlauf des Prozesses sagten nicht weniger als 14 bekennende Mitglieder der Maidan-Scharfschützen aus, dass sie ausdrückliche Befehle erhalten hätten, behauptet Katchanovski. Im Gegensatz dazu hat keiner der am Tatort diensthabenden Polizisten ausgesagt, dass sie angewiesen worden wären, auf unbewaffnete Demonstranten zu schießen, auch kein Regierungsbeamter habe sich gemeldet und ein solches Vorgehen gefordert, und ebenso seien nie Beweise dafür aufgetaucht, dass Janukowitsch diese Morde gebilligt hätte.

Abgesehen vom Gerichtsprozess haben die Spitzen der rechtsextremen Partei Swoboda offen erklärt, westliche Regierungsvertreter hätten ihnen vor dem Massaker ausdrücklich gesagt, sie würden beginnen, den Sturz von Janukowitsch zu fordern, sobald die Zahl der Opfer unter den Demonstranten eine bestimmte Anzahl erreicht haben würde. Und sogar diese magische Zahl wurde zwischen beiden Seiten intensiv diskutiert: reichten fünf – oder besser 20? Oder gar 100? Die letzte Zahl war dann die tatsächlich berichtete Zahl von Todesopfern und führte tatsächlich auch zu den Rufen aus dem Westen nach einem Rücktritt der ukrainischen Regierung.

Katchanovski veröffentlichte bereits früher, so auch im Jahr 2021 eine wegweisende Studie über das Maidan-Massaker, die auch bereits über hundert Wissenschaftler und Experten zitierten, was ihn laut Google Scholar bereits zu einem der meistzitierten Politikwissenschaftler mit einer Spezialisierung auf die Ukraine macht.

Unabhängig von der Art und Quelle, wie auf die akademische Zeitschrift politischer Druck ausgeübt wurde, der zur Zensur der Publikation führte, könnte dieser Schritt im Sinne eines Streisand-Effekts massiv nach hinten losgehen. In der Tat könnte er dazu beitragen, dass die Wahrheit ans Licht kommt darüber, was in diesen tödlichen Tagen wirklich passierte, und das könnte dazu beitragen, dass die Verantwortlichen für die Morde vor Gericht gestellt werden. Es sollte auch zu einer umfassenderen Neubewertung der Natur dieser Maidan-Bewegung und der durch sie hervorgebrachten Regierung führen. Das Verbot von Oppositionsparteien, die Angriffe auf die Orthodoxe Kirche, die Schließung regierungskritischer Medien und der Krieg gegen die russische Kultur und Sprache, all das sind Folgen dessen.

*Übersetzt aus dem Englischen (<https://www.rt.com/russia/570921-maidan-sniper-killings-censorship/>).*

\* \* \*

## **Zeichen an den Westen: Irans Präsident reist nach China und sucht Integration in Asien**

<https://freeassange.rtde.life/asien/162753-nach-gescheiterter-unruhestiftung-in-iran/>  
14.02.2023

**Nachdem Iran wieder zur Ruhe gekommen ist, reist der iranische Präsident nach China, um die Integration seines Landes in Asien zu stärken. Die NATO zielt zunehmend auf die Destabilisierung von Staaten in Asien ab, um dem Erstarken der Volksrepublik China durch deren Mega-Projekt "Seidenstraße" entgegenzutreten.**

*Von Seyed Alireza Mousavi*

Auf dem letzten Gipfeltreffen der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) rief Chinas

Staatspräsident Xi Jinping die Mitgliedstaaten der Gruppe dazu auf, sich gegenseitig in der Abwehr gegen den Einfluss westlicher Mächte zu unterstützen. Sein Appell kam zum richtigen Zeitpunkt, denn wenige Tage nach seiner Rede gingen Horden wütender Randalierer in Teheran und anderen Städten Irans auf die Straßen und verübten Gewalt und Vandalismus.

Iran wurde fast drei Monate lang von der Gewalt eines Mobs erschüttert, während der Westen dazu eine groß angelegte Medienkampagne gegen den iranischen Staat unter dem Stichwort "iranische Revolutionsbewegung" orchestrierte. Das Thema "Revolution in Iran" ist aber nun erst einmal vom Bildschirm der westlichen Propaganda-Medien verschwunden, nachdem das Unruhestiften in Iran krachend gescheitert war.

Iran wurde auf dem Gipfeltreffen der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) im September 2022 zu einem Vollmitglied dieser eurasischen Organisation. Damit sandte Teheran ein Warnsignal vor allem an die USA, nachdem die Atomverhandlungen mit Iran längst ins Stocken geraten waren. Daraufhin hatte der Westen Mitte September eine drei-monatige beispiellose Medienkampagne gestartet, um ein völlig falsches Bild über die Reichweite und die Form der Proteste in Iran zu vermitteln, nachdem eine 22-jährige Iranerin – angeblich in Polizeigewahrsam – in Teheran verstorben war.

Nachdem wieder Ruhe in Iran eingekehrt ist, reist nun der iranische Präsident Ebrahim Raisi am Dienstag in die Volksrepublik China, um die asiatische Integration Irans zu stärken. Beide Länder haben angespannte Beziehungen zu den USA und versuchen neben Russland, ein Gegengewicht zur US-Hegemonie aufzubauen. In Washington, D.C. hat man Iran außerdem beschuldigt, Hunderte von Kampfdrohnen an Russland für einen Einsatz in der Ukraine verkauft zu haben. Russland ist zugleich auch zu einem der größten Rohöl-Lieferanten Chinas aufgestiegen, womit Moskau angeblich seine Militäroperation in der Ukraine finanziert.

China ist auch ein wichtiger Abnehmer von iranischem Öl und eine wichtige Investitionsquelle für das Land im Mittleren Osten. Im Jahr 2021 unterzeichneten Iran und China ein 25-jähriges strategisches Kooperationsabkommen, das wichtige wirtschaftliche Aktivitäten in verschiedensten Bereichen abdecken wird, vom Öl und Bergbau bis hin zur Industrie, zum Transport und zur Landwirtschaft.

Mit immer größerem Tempo beansprucht China die Rolle einer Weltmacht, während die USA infolge ihrer Schwäche von der Weltbühne zurückgedrängt werden. In gewisser Weise erlebt der Westen die Wiederkehr alter Verhältnisse und eine neue Realität der multipolaren Welt, vor allem seit Europa im Zuge des Krieges in der Ukraine selbst ein Krisenkontinent geworden ist. USA wollen nun den Aufstieg Chinas bremsen, indem sie das Ziel anstreben, Chinas Neue Seidenstraße auszuhebeln.

Der Westen setzt nämlich auf die gezielte Destabilisierung von Staaten in Asien, um sich damit einen Zeitgewinn zu erkaufen und Chinas Machtausbau entgegentreten zu können. Durch eine Destabilisierung Afghanistans und den Sturz Irans in ethnische Konflikte sowie durch geschürte Grenzkonflikte zwischen postsowjetischen Staaten könnten die schon existierenden und noch geplanten chinesischen Transportkorridore zwischen Asien und Europa lahmgelegt werden. Aus diesem Grund kündigte die chinesische Führung jedoch bereits an, Beijing werde in den kommenden fünf Jahren eine Ausbildungsstätte mit dem Schwerpunkt Terrorismus-Bekämpfung einrichten und dort 2.000 Sicherheitsbeamte aus den SOZ-Ländern ausbilden.

\* \* \*

## **Russland sperrt die Kurilen für Japaner – Wie wird Tokio reagieren?**

<https://freeassange.rtde.life/international/162988-russland-sperrt-kurilen-fuer-japaner/>

16.02.2023

**Die Diskussion zum Thema Friedensvertrag mit Japan ist für Russland abgeschlossen. Dennoch ist man in Tokio gewillt, die "Kurilen-Problematik" zu bewältigen. Ist der Wunsch Japans ein Risiko für Russland? Unter welchen Umständen würde Moskau einer Wiederaufnahme der Verhandlungen zustimmen?**

*Von Olesja Otrokowa und Andrei Restschikow*

Am letzten Freitag während des wöchentlichen Briefings bezeichnete die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, das Gesprächsthema Friedensvertrag mit Japan von der russischen Seite als abgeschlossen. "Was das Thema Friedensvertrag betrifft, so ist es für uns, wie Sie wissen, abgeschlossen", sagte Sacharowa. Damit hat auch Moskau, Tokio folgend, am dem Tiefpunkt der russisch-japanischen Beziehungen festgehalten.

Vorausgegangen war diesem Schritt der Entschluss der Regierung von Fumio Kishida, antirussische Sanktionen zu verhängen. Dabei nicht nur ein Paket, sondern gleich fünfzehn. Im Außenministerium bezeichnete man Japan diesbezüglich als "Vorreiter", weil es den Initiativen seiner Verbündeten in Sachen Sanktionen vorausseile. Unter anderem setzte Tokio den Status "Most Favoured Nation" (MFN) für Russland außer Kraft, wies eine Gruppe von Diplomaten aus und verhängte Beschränkungen für den bilateralen Handel, die Zentralbank und leitende Beamte.

Die Reaktion Moskaus erfolgte umgehend. Noch im März letzten Jahres hatte Russland die Verhandlungen über einen Friedensvertrag und über den Status der Südkurilen abgesagt. Wenig später wurde den Japanern die Visumfreiheit für die Kurilen entzogen. Daraufhin hat sich Moskau aus dem Dialog über den Aufbau gemeinsamer wirtschaftlicher Aktivitäten in der Region zurückgezogen.

Außerdem wurden die Verhandlungen über die Fischerei Japans in der russischen Wirtschaftszone eingestellt. Das Außenministerium der Russischen Föderation begründete dies mit den "antirussischen Maßnahmen Tokios, die dem Geist und dem Wortlaut des Abkommens aus dem Jahr 1998 über die Stärkung und Entwicklung der guten Nachbarschaft zuwiderlaufen".

Dennoch wird die japanische Führung ihren Standpunkt in der Territorialfrage mit Russland auch nach der heutigen Deklaration des russischen Außenministeriums weiter vertreten, ist Alexander Panow, Leiter der Abteilung für Diplomatie am MGIMO und ehemaliger russischer Botschafter in Japan, überzeugt.

"Japans Führung hat eine klare Stellung, die kürzlich von Premierminister Fumio Kishida bekräftigt wurde: Tokio beabsichtigt nach wie vor, Moskau zur Herausgabe der vier Kurilen-Inseln an den japanischen Staat zu bewegen", erläuterte Panow und fügte hinzu, dass die Stellung Russlands bezüglich eines Friedensvertrags "in naher Zukunft" ebenfalls unverändert bleiben wird.

Oleg Kasakow, Experte am Zentrum für Japanstudien am Institut für China und modernes Asien der Russischen Akademie der Wissenschaften, erinnerte seinerseits daran, dass man in Moskau während der Sowjetära auch die Notwendigkeit eines Friedensvertrags mit Japan verneinte, doch mit der Zeit habe sich die Einstellung zu diesem Thema geändert. "Gleichwohl wird Japan seine Forderung nicht aufgeben. Sobald sich eine Gelegenheit dazu ergibt, wird Tokio eine solche auf jeden Fall wahrnehmen", so Kasakow.

Die russisch-japanischen Beziehungen sind von den Entwicklungen in der Geopolitik abhängig, erklärte der Experte. Unter bestimmten Bedingungen können beide Seiten daher jederzeit wieder über den Friedensvertrag diskutieren. "Ist die Diskussion zum Vertrag für heute abgeschlossen, so wird sie in Zukunft wieder zur Tagesordnung gehören", prophezeit der Gesprächspartner.

Dabei bedauerte der Premierminister Japans, Fumio Kishida, kurz zuvor das Fehlen eines Friedensvertrags mit Russland. Des Weiteren hat die japanische Regierung den Begriff der "illegalen Okkupation" in Bezug auf den südlichen Teil des russischen Territoriums wieder eingeführt. Diese Formulierung erschien in der Abschlusserklärung der "Nationalen Kundgebung für die Wiedererlangung der nördlichen Territorien".

Die Veranstaltung selbst fand am 7. Februar statt, auf der Kishida folgende Erklärung abgab: "Es ist äußerst bedauerlich, dass 77 Jahre nach dem Ende des Krieges die Frage der nördlichen Territorien weiterhin ungelöst ist. Allerdings ist die japanische Regierung entschlossen, die Territorialfrage zu lösen und einen Friedensvertrag zu schließen."

Zur Erinnerung sei gesagt, dass Japan auf vier Inseln des Kurilen-Archipels Anspruch erhebt, obwohl diese infolge des Zweiten Weltkriegs sowjetisches Hoheitsgebiet wurden. Der Standpunkt Moskaus ist leicht verständlich: Die Hoheit Russlands über die Inseln ist unumstritten. Trotzdem führten Moskau und Tokio während der Amtszeit von Shinzo Abe mehrere Jahre lang einen aktiven Dialog, um den Streit friedlich beizulegen.

Im November 2018 fand ein denkwürdiges Treffen zwischen den Staats- und Regierungschefs von Russland und Japan statt. Infolgedessen kündigte Abe an, den Verhandlungsprozess über einen Friedensvertrag auf der Grundlage der Gemeinsamen Erklärung von 1956 zu beschleunigen. Laut diesem Dokument erklärte sich die Sowjetunion bereit, nach dem Abschluss des Friedensvertrags die Übergabe von Habomai und Shikotan an Tokio in Erwägung zu ziehen, während das Schicksal von Kunashir und Iturup unangetastet blieb. Die Vereinigten Staaten haben die Umsetzung des Abkommens verhindert.

In Anbetracht der sich verschärfenden Beziehungen zwischen den Staaten mehren sich die Berichte, dass Japan eine Aufrüstung seiner Raketenkapazitäten mit der Unterstützung Washingtons vornimmt und dadurch eine neue Bedrohung für Russland im Fernen Osten schafft. Am 10. Februar wurden die Pläne der USA bekannt, Hyperschall-Langstreckenraketen (LRHW) und bodengestützte Marschflugkörper (Tomahawk) in Japan zu stationieren (Reichweiten von 2.700 km und 1.600 km entsprechend).

In einer Antwort warnte Maria Sacharowa, dass solche Aktionen der Vereinigten Staaten und Japans für Russland "eine qualitative Veränderung der regionalen Situation auf dem Gebiet der Sicherheit bedeuten würden, was sich auf die globale strategische Stabilität auswirken wird".

Gleichzeitig sind sich die Experten nicht darüber sicher, dass Tokio eine militärische Konfrontation mit Moskau anstrebt.

"Selbst wenn man sich theoretisch vorstellt, dass die japanische Flotte die Meerengen auf den Kurilen blockieren könnte, so ist dies eine Kriegserklärung. Außenpolitisch hat Tokio dringendere Sorgen in Form von militärischen Bedrohungen aus China und Nordkorea. Dennoch stellen sämtliche militärischen Aktivitäten Tokios und Washingtons ein Risiko für uns dar", ergänzte der Experte.

Laut der Prognose von Panow könnte es fünf bis zehn Jahre dauern, bis der Dialog zwischen den

beiden Ländern wieder aufgenommen wird, und die Verhandlungen über einen Friedensvertrag seien "ganz und gar im Bereich des Udenkbaren". Allerdings, so Kasakow weiter, "ist die Tendenz der militärischen Erstarkung Japans gegeben, und das wird mit der Zeit ihre Früchte tragen".

In diesem Kontext sollte Russland den Aufbau einer Pazifikflotte in Erwägung ziehen, und zwar nicht so sehr wegen der hypothetischen Aktionen Japans (das in seiner Verfassung eine "Friedensklausel" enthält), sondern wegen des Wunsches von Moskau die Führungsrolle in einer sich wandelnden multipolaren Welt zu beanspruchen. In Kombination mit einer Steigerung der Wirtschaftskraft und dem Wohlstand der Bürger wäre eine solche Maßnahme nicht überflüssig, schlussfolgerte Kasakow.

*Zuerst erschienen bei Wsgljad. Übersetzt aus dem Russischen  
(<https://vz.ru/politics/2023/2/13/1198777.html>).*

\* \* \*

## **Was genau bedeutet der "Spionage-Ballon" in den Beziehungen zwischen den USA und China?**

<https://freeassange.rtde.life/international/163168-was-genau-bedeutet-spionage-ballon-in-den-beziehungen-zwischen-den-usa-und-china/>

17.02.2023

**Der Handel zwischen den USA und China hat zugenommen, während die militärischen Spannungen eskalieren. Was genau ist los und wohin soll das alles führen? Und warum taucht hier, wie bestellt, ein "chinesischer Spionage-Ballon" am amerikanischen Himmel auf?**

*Von Fjodor Lukjanow*

Wir leben in interessanten Zeiten. In Zeiten, in denen alle über eine weitere politische Eskalation zwischen Washington und Peking debattieren und in denen ein Ballon über amerikanischem Territorium zur Absage des Besuchs von US-Außenminister Antony Blinken in Peking führt. Währenddessen meldet das amerikanische Amt für Statistik einen Handelsumsatz in Rekordhöhe zwischen den beiden Ländern. Im Jahr 2022 überstieg die Bilanz die Marke von 690 Milliarden US-Dollar.

Es ist wohl an der Zeit, sich an Paradoxien zu gewöhnen. Um zeitgenössische Prozesse zu beschreiben, werden häufig Ableitungen des Begriffs "Hybrid" verwendet – etwas, das aus der Begriffswelt der Kreuzung verschiedener Rassen, Sorten oder Arten stammt. Warum sollte also nicht die normale Wirtschaftslogik mit widersprüchlichen – hybriden – Motiven geopolitischer Rivalität kombiniert werden? Die Frage ist jedoch: Wie lange kann diese Koexistenz Fortbestand haben?

Die Beziehung zwischen den USA und China ist eines der interessantesten Phänomene des letzten halben Jahrhunderts. Im vergangenen Jahr jährte sich die Wende von Richard Nixon und Henry Kissinger zum fünfzigsten Mal, als die Vereinigten Staaten das kommunistische China diplomatisch anerkannten, das zuvor ein Symbol des roten Radikalismus galt. In Peking hatte es keinerlei Reformen gegeben, abgesehen von der immer noch tobenden Kulturrevolution. In einem Washington, dem die heutige Besessenheit von "Werten" fremd war, dachte man: Wenn das maoistische China sich gegen Breschnews UdSSR stellt, warum sich dann nicht mit China zusammenschließen? Es wäre übertrieben zu behaupten, dass die chinesisch-amerikanische Normalisierung den Ausgang des Kalten Krieges zugunsten der USA entschieden hat, aber sicherlich hat sie die Position der Sowjetunion im globalen Wettbewerb erheblich erschwert.



Die Konvergenz der geopolitischen Interessen zu dieser Zeit wurde jedoch nicht durch wirtschaftliche Interaktion ergänzt –, Washington und Peking befanden sich in unterschiedlichen Universen. Erst nach Maos Tod geschah das chinesische Wirtschaftswunder –, das damals zweitwichtigste sozialistische Land der Welt begann mit einer Markttransformation.

Die politische Verständigung zwischen den USA und China erwies sich als vorteilhaft –, die USA wurden für das asiatische Land zum fürsorglichen und sanften Pfadfinder durch den kapitalistischen Dschungel. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die um die Wende der 1980er-Jahre begann, wurde zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu einer finanziellen und industriellen Symbiose. Noch wichtiger ist, dass dies zum Rückgrat der Weltwirtschaft wurde, als es sich am Ende des Jahrhunderts zu bilden begann.

Nachdem Chinas Aufstieg sich ungebremsst fortgesetzt hatte, wurde die Frage eines möglichen Konflikts mit den USA zwar allgegenwärtig, aber nicht erstrangig. Einerseits glaubten die Amerikaner nicht, dass die beeindruckenden Wachstumsraten China in absehbarer Zeit zu einem gleichberechtigten Mitspieler machen würden. Andererseits wurde die amerikanische intellektuelle Diskussion lange Zeit – fast bis in die 2010er-Jahre – von der Ansicht dominiert, dass sich das chinesische politische System mit fortschreitender kapitalistischer Transformation und wachsender Mittelschicht einer "westlichen Inspiration" zuwenden und sich an ihr ausrichten würde.

Mit anderen Worten, man erwartete als Resultat so etwas wie Japan – zwar mit eigenen Besonderheiten, aber allgemein empfänglich und loyal zu den politischen Strukturen der USA. Die Tatsache, dass amerikanische Truppen in Japan und Südkorea stationiert waren, als jedes dieser Länder "transformiert" wurde und dass der gesamte Prozess unter externer Kontrolle stattfand, wurde zwar als wichtig, aber nicht als entscheidend angesehen. Im Falle von China glaubte man, es würde genauso funktionieren wie im Falle von Japan und Südkorea, nur würde es etwas länger dauern.

In den vergangenen zehn Jahren wurde jedoch eine Stopp-Linie in den Sand gezogen. Der Aufstieg von Xi Jinping an die Partei- und Staatsspitze hat eindeutig gezeigt, dass China – aus Sicht Washingtons – in die falsche Richtung driftet. Donald Trump hat den unverhohlenen antichinesischen Kurs legitimiert, den Barack Obama implizit bereits in seiner Amtszeit eingeschlagen hatte. Und jetzt ist zum ersten Mal seit vierzig Jahren eine politische Unvereinbarkeit mit wirtschaftlicher Interdependenz in Konflikt geraten.

Alle aktuellen strategischen Planungen in den Vereinigten Staaten basieren auf einer bevorstehenden Konfrontation mit China in den kommenden Jahren oder vielleicht in den kommenden Jahrzehnten. Darüber herrscht in den USA überparteilicher Konsens, und diese Szenarien werden offen und unumwunden diskutiert. Taiwan, das die USA, wenn man Biden glauben darf, um jeden Preis vor einer Übernahme durch das Festland schützen will, wird als Vorwand für eine direkte Konfrontation genommen.

Bemerkenswert ist, dass die Anerkennung des maoistischen China tatsächlich mit einem Abkommen über Taiwan begann: Washington würde die Einheit des Landes unter Peking nicht infrage stellen, und China würde keine Schritte unternehmen, um die Vereinigung in die Praxis umzusetzen. Beide Seiten bekennen sich zu dieser Jahrzehnte alten "zweideutigen Zurückhaltung". Doch nun platzen die Rahmenbedingungen aus allen Nähten, und man kann durchaus sagen, dass es die Amerikaner waren, die als erste diese Zauberformel aufgegeben haben.

Gleichzeitig belegen die USA die chinesische Wirtschaft mit Sanktionen, die auf chinesische Waren und Unternehmen abzielen. Einige dieser Maßnahmen sind kommerzieller und protektionistischer



Natur, die meisten sind jedoch politisch und strategisch. Ziel ist es, die technologische Entwicklung Chinas zu bremsen und im Idealfall zu blockieren. Dies geht einher mit Bemühungen, die gesamte Region zu militarisieren und die bewaffnete Präsenz der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten dort auszuweiten.

Doch vor diesem Hintergrund wächst der Handel zwischen beiden Ländern, und die Vorteile der Zusammenarbeit bleiben stark. Und es scheint sogar Ende vergangenen Jahres eine Aufweichung der Verhärtungen gegeben zu haben, was manche Beobachter als Rückbesinnung auf den Pragmatismus interpretieren. Der Besuch von Antony Blinken in Peking hätte dies festigen sollen. Aber dann kam der "Spionage-Ballon" angeflogen. Ein scheinbar triviales Ereignis, aber ernsthaft genug, um den Besuch in Peking zum Scheitern zu bringen.

Aber was genau bedeutete dieser Spionage-Ballon –, war er ein Warnsignal oder ein Unfall? Und welchen Platz nimmt er in einem hybriden Zeitalter ein?

\* \* \*

## **NATO beschuldigt ukrainische Artillerie, Munition zu verschwenden**

<https://freeassange.rtde.life/international/163216-nato-beschuldigt-ukrainische-artillerie-munition/>  
19.02.2023

**Die Munitionsversorgung des ukrainischen Militärs wird für den Westen zunehmend schwieriger. NATO-Vertreter klagen über "sowjetische Kriegsführung" und fordern Kiews Truppen auf, den Munitionsverbrauch zu reduzieren. Wie realistisch sind solche Pläne und was bedeuten sie für Russland?**

*Von Darja Wolkowa und Jewgeni Posdnjakow*

Vor dem Hintergrund der Munitionsknappheit beim ukrainischen Militär hat Estland beschlossen, Geschosse im eigenen Land zu produzieren. Wie der Kanzler des Verteidigungsministeriums Kusti Salm berichtete, soll Tallinn einen Produktionsumfang von mindestens 700.000 Geschossen pro Jahr erreichen. Doch wird über dieses Problem nicht nur in Estland nachgedacht.

Darüber, dass das ukrainische Militär alle Rüstungsvorräte aufbrauche, sprach man jüngst in Washington. Pentagon wird gezwungen sein, die Militärausgaben zu erhöhen, weil Munition teuer sei, zitierte die Zeitung *Financial Times* den US-Generalstabschef Mark Milley [Artikel hinter Bezahlschranke].

Seinerseits bemerkte die Zeitung *Wall Street Journal* unter Verweis auf Analytiker, dass die Ukraine die vom Westen gelieferte Artilleriemunition schneller verbrauche, als die USA und ihre Verbündeten diese herstellen. Dies könne nach Angaben der Zeitung einen kritischen Munitionsmangel bereits im Sommer oder Herbst dieses Jahres hervorrufen.

Während die Geberstaaten das Problem der Munitionsknappheit lösen, empfehlen sie den ukrainischen Streitkräften, Granaten sparsamer zu verwenden. Eine entsprechende Ankündigung machte der britische Verteidigungsminister Ben Wallace. Er sagte:

*"Die russische oder sowjetische Art der Kriegsführung besteht in einer Anwendung von sehr schwerer Munition und massivem Artilleriebeschuss. Wir im Westen und bei der NATO kämpfen nie auf eine solche Weise ... Wir bringen ihnen bei, den Kampf nach westlichem Muster zu führen."*

Washington plant, den ukrainischen Streitkräften beizubringen, Artilleriegeschosse weniger intensiv zu verwenden, berichtete die Zeitung *Politico*. Der US-Verteidigungsminister Lloyd Austin bemerkte, dass das ukrainische Militär hierfür lernen müsse, besser zu manövrieren.

Insgesamt verbrauchen die ukrainischen Streitkräfte nach Angaben von *Financial Times* fünf- bis sechstausend Artilleriegeschosse täglich, was mit dem jährlichen Bedarf eines kleinen europäischen Landes zu Friedenszeiten vergleichbar ist [Artikel hinter Bezahlschranke]. Dabei produzierten die USA vor Beginn des russischen Militäreinsatzes 14.400 nichtsteuerbare Geschosse pro Monat. Später gelang es ihnen, die Produktion auf 90.000 Stück pro Monat zu steigern.

Der wissenschaftliche Mitarbeiter des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der russischen Akademie der Wissenschaften Ilja Kramnik berichtete der Zeitung *Wsgljad*:

*"Dass es den ukrainischen Streitkräften an Munition mangeln wird, wurde noch im Herbst bekannt, als die USA versuchten, neue Möglichkeiten zu ihrer Produktion in Europa zu finden. Heute übergab Washington dem ukrainischen Militär Geschosse, die 20 Jahre lang produziert wurden, doch wurden sie innerhalb von weniger als einem Jahr aufgebraucht. Nun müssen sie gleichzeitig die Ukraine unterstützen und die eigenen Vorräte aufstocken."*

"Um der Ukraine so viel Munition zu geben, wie sie jetzt verbraucht, muss die Produktion um ein Zehnfaches gesteigert werden. Wird es den USA gelingen? Das ist eine strittige Frage. Dennoch würde ich die Idee eines Produktionsaufbaus in Estland nicht zu leichtsinnig nehmen", bemerkte er.

"Offensichtlich werden die Kosten dafür die USA und andere führende NATO-Staaten tragen. Sie verfügen über eine Reihe von Programmen zur Unterstützung von Rüstungsproduktion in Partnerländern. Neben Estland wird die Produktion in Bulgarien, Pakistan und anderen Staaten organisiert. Insgesamt wird das Ergebnis für den kollektiven Westen nicht schlecht", vermutete Kramnik.

"Trotzdem wird die Munitionsknappheit bei den ukrainischen Streitkräften wohl zu einer Verminderung der Intensität der Kämpfe führen, was für uns zweifellos von Vorteil ist. Russland wird die Möglichkeit erhalten, Munitionsvorräte aufzustocken und ihre Produktion zu steigern", bemerkte der Experte.

Der Vorsitzende des Instituts für aktuelle internationale Probleme der Diplomatischen Akademie des russischen Außenministeriums Wadim Kosjulin erklärte:

*"Munitionsknappheit ist ein echtes Problem für alle westlichen Verbündeten der Ukraine, deren Wurzeln in die Zeiten des Kalten Krieges zurückgehen. Damals rechneten die USA während der Vorbereitung auf eine Konfrontation mit der UdSSR, dass der Konflikt unter Einsatz konventioneller Waffen wenige Wochen dauern wird und danach in die nukleare Phase übergeht."*

"Ausgehend davon hörte die NATO auf, langfristige Munitionsvorräte anzulegen. Doch dieses Vorgehen scheiterte vollständig. Heute werden Geschosse in riesigen Mengen verbraucht, deswegen waren weder US-amerikanische noch europäische Produktionskapazitäten dazu bereit. Das räumen sie selbst öffentlich ein", bemerkte der Experte. Er betonte:

"Deswegen sind die Folgen der Munitionsknappheit sowohl für die ukrainischen Streitkräfte als auch für die NATO spürbar. Der Gegner begann, seltener zu schießen. Russland hat einige Monate bis ein halbes Jahr dafür, diese Situation zu nutzen."

Die Pläne der USA und Großbritanniens, dem ukrainischen Militär beizubringen, Granaten sparsamer zu verschießen, sind indessen zweifelhaft. Diese Ansicht äußerte Sergei Chatylew, der ehemalige Kommandant der Flugabwehrraketentruppen des Spezialkommandos der russischen Luftstreitkräfte. Er bemerkte:

*"Da der Gegner keine vollwertige Luftwaffe hat, ist die Artillerie seine einzige Möglichkeit, unsere Angriffe irgendwie abzuwehren und die Offensive aufzuhalten. Vor diesem Hintergrund steigt der Munitionsverbrauch ständig und übersteigt selbst jene Zahlen, die von westlichen Medien veröffentlicht werden."*

"In diesem Zusammenhang ist der Plan der USA und Großbritanniens absurd. Um unsere Armee ernsthaft abzuwehren und dabei den Artillerieeinsatz zu minimieren, muss der Gegner die Luftüberlegenheit gewinnen, das heißt, zwei bis dreimal so viele Flugzeuge wie wir einzusetzen. Doch Kampfflugzeuge bekommen sie nicht", erklärte der Experte.

"Doch ist die Munitionsknappheit beim ukrainischen Militär und der NATO kein Grund, sich zu entspannen. Man sollte sich davon nicht beeindrucken lassen. Unsere Front zieht sich über mehr als tausend Kilometer, die Intensität des Beschusses wird im Fall unseres Vordringens steigern. Deswegen ist Russlands Schlüsselaufgabe heute, die Chance, die wir bekommen zu nutzen, und die eigene Produktion zu steigern", schlussfolgerte Chatylew.

*Übersetzt aus dem Russischen und zuerst erschienen bei Wsgljad  
(<https://vz.ru/world/2023/2/16/1199574.html>).*

\* \* \*

## **Ohio-Zugunglück: US-Gesundheitsbehörde entschärft nach Katastrophe Gefahrenhinweise zu Vinylchlorid**

<https://freecassange.rtde.life/international/163376-ohio-zugunglueck-us-gesundheitsbehoerde-entschaerft/>

20.02.2023

**Details zur Toxizität des giftigen Gases werden wenige Tage nach den Wassertestungen umformuliert und abgemildert oder modifiziert. Der erste Biden-Beamte nach zehn Tagen vor Ort möchte kein lokales Grundwasser trinken. Im Oktober des Vorjahres startete in der Kleinstadt die Planung der "MyID"-App, einem digitalen Gesundheitscheck.**

*Eine Analyse von Bernhard Loyen*

Die undurchsichtigen Ereignisse rund um die Zugkatastrophe in der Kleinstadt East Palestine reißen nicht ab. Nach der Entgleisung am 3. Februar wurde die umgehende Evakuierung betreffender Anwohner des Unglücksortes in einem Radius von 1,5 Kilometern angeordnet. Am 5. Februar erfolgte die behördliche Erlaubnis zur Rückkehr auf ihre Grundstücke. Laut der offiziellen Mitteilung vom 6. Februar wurde dann eine kontrollierte Entlüftung und Verbrennung des Vinylchlorids aus den betroffenen Waggons angeordnet und durchgeführt.

Mittlerweile wurde zudem bekannt, dass zwanzig der insgesamt fünfzig entgleisten Waggons mit gefährlichen Stoffen beladen waren, davon wiederum zwölf, gegenüber zuerst fünf bezifferten, mit dem gesundheitsgefährdenden Vinylchlorid. In der Behördenmitteilung vom 8. Februar heißt es bezüglich getätigter Luft- und Wasserproben, dass das von der Eisenbahn beauftragte "unabhängige Unternehmen" CTEH "auch kostenlose Tests des Wassers aus privaten Brunnen in dem betroffenen Gebiet anbiete". "In der Zwischenzeit" würde denjenigen, "die über private Brunnen verfügen,

empfohlen, Wasser in Flaschen zu verwenden, das von Norfolk Southern geliefert wird".

Hinsichtlich der kontrollierten Verbrennung des ausgetretenen Vinylchlorids, dem versickernden Löschwasser und einer dadurch forcierten Verunreinigung des Grundwassers sowie der Bäche in East Palestine zeigen sich jetzt mehr als auffällige Korrekturen auf der Webseite der US-Gesundheitsbehörde CDC zum Thema "ToxFAQs™ für Vinylchlorid". In der Chronologie der Bewertung der Chemikalie auf der CDC-Webseite finden sich bis zum 12. Februar, also rund neun Tage nach dem Zugunglück, folgende Details:

- Es gibt zwölf Unterpunkte zur Gesamthematik.
- Der Punkt "Wie kann sich Vinylchlorid auf Kinder auswirken?" besagt: Es ist nicht erwiesen, dass Vinylchlorid beim Menschen Geburtsfehler verursacht, aber Studien an Tieren deuten darauf hin, dass Vinylchlorid Wachstum und Entwicklung beeinträchtigen könnte. Tierstudien deuten auch darauf hin, dass Säuglinge und Kleinkinder anfälliger für Vinylchlorid-induzierten Krebs sind als Erwachsene.
- Der Punkt: "Hat die Bundesregierung Empfehlungen zum Schutz der menschlichen Gesundheit abgegeben?" besagt:  
Vinylchlorid wird im Trinkwasser, in Lebensmitteln und in der Luft reguliert. Die EPA schreibt vor, dass **die Menge an Vinylchlorid im Trinkwasser 0,002 Milligramm pro Liter (mg/l) Wasser nicht überschreiten darf**. Die Occupational Safety and Health Administration (OSHA) hat einen Grenzwert von einem Teil Vinylchlorid pro eine Million Teile Luft (1 ppm) am Arbeitsplatz festgelegt (...).

Am 13. Februar wurde dann nachweislich der Inhalt des "ToxFAQs™" wesentlich umformuliert:

- Es gibt nur noch sieben Unterpunkte, es fehlen:
- Höhepunkte
- Wie können Familien das Risiko einer Exposition (Ausgesetztsein von Lebewesen) gegenüber Vinylchlorid verringern?
- Wie kann sich Vinylchlorid auf Kinder auswirken?
- Gibt es einen medizinischen Test, um festzustellen, ob ich Vinylchlorid ausgesetzt war?
- Referenzen.

Des Weiteren erfolgten Modifizierungen, genauer gesagt Umformulierungen von Unterpunkten:

- **Alte Version:** Gibt es einen medizinischen Test, um festzustellen, ob ich Vinylchlorid ausgesetzt war?
- **Neue Version:** Kann ich einen medizinischen Test auf Vinylchlorid durchführen lassen?
- **Alte Version:** Wie können Familien das Risiko einer Exposition gegenüber Vinylchlorid verringern?
- **Neue Version:** Wie kann ich meine Familie und mich vor Vinylchlorid schützen?

In dem Absatz "Wie kann Vinylchlorid meine Gesundheit beeinträchtigen?" findet sich folgende Modifizierung:

- **Alte Version:** Tierstudien haben gezeigt, dass eine langfristige Exposition gegenüber Vinylchlorid die Spermien und Hoden schädigen kann.
- **Neue Version:** Der oben zitierte Satz fehlt, dafür heißt es:  
Tierstudien haben gezeigt, dass die Exposition gegenüber Vinylchlorid während der Schwangerschaft das Wachstum und die Entwicklung des Fötus beeinträchtigen kann. Stark exponierte Arbeitnehmer haben auch eine bestimmte Art von Krebs entwickelt, das

sogenannte Angiosarkom der Leber.

Zur Thematik Wasserbelastung und mögliche Auswirkungen heißt es in der neuen Fassung der "ToxFAQs™":

*"Flüssiges Vinylchlorid verdampft leicht. Vinylchlorid in Wasser oder Boden verdunstet schnell, wenn es sich in der Nähe der Oberfläche befindet. In der Luft zerfällt Vinylchlorid innerhalb weniger Tage in andere Stoffe, von denen einige schädlich sein können. Kleine Mengen von Vinylchlorid können sich in Wasser lösen. Es ist unwahrscheinlich, dass sich Vinylchlorid in Pflanzen oder Tieren anreichert, die Sie essen könnten."*

*Sie können Vinylchlorid einatmen, das aus Kunststoffherstellungsanlagen, Sondermülldeponien und Mülldeponien freigesetzt wurde. Sie können auch durch Zigaretten- und Zigarrenrauch belastet werden. **Sie können sehr geringen Mengen von Vinylchlorid im Trinkwasser ausgesetzt sein.** Arbeitnehmer können durch das Einatmen von Vinylchlorid in der Luft oder durch Haut- oder Augenkontakt am Arbeitsplatz exponiert werden."*

Neu eingefügt ist zudem der Satz: "Arbeiter, die Vinylchlorid verwenden oder herstellen, sollten Schutzbrillen, Schutzkleidung, Handschuhe und bei Bedarf einen Atemschutz tragen". Die alte FAQs-Version war gültig vom 21. März 2021 bis zum 12. Februar 2023. In einem anderen CDC-Infoblatt heißt es zum Thema Wasserbelastung ebenfalls: "Flüssiges Vinylchlorid verdunstet leicht. Vinylchlorid in Wasser oder Boden verdampft schnell, wenn es sich in der Nähe der Oberfläche befindet."

Rund dreizehn Tage nach dem Ereignis war nachweislich am 16. Februar das erste Mal ein höherer zuständiger Beamter der Biden-Regierung in East Palestine. Dabei handelte es sich um Michael S. Regan, seit März 2021 Direktor der US-Umweltschutzbehörde Environmental Protection Agency (EPA). Laut Twitter-Beitrag eines freien US-Journalisten weigerte sich Regan während seines Besuches ein ihm offeriertes Glas Wasser aus der Gemeinde East Palestine zu probieren:

Der gleiche Journalist belegte mit einem Video von dem Tag der EPA-Visite die jetzt schon schockierende Belastung der örtlichen Gewässer von East Palestine durch die Chemikalien.

Eine andere Twitter-Userin fragte: "Was befindet sich in diesem Wasser in East Palestine?"

US-Amerikaner diskutieren die jüngsten Dynamiken in einem Vergleich mit den Ereignissen der sogenannten Flint-Wasserkrise (Flint water crisis) in den Jahren 2014 bis 2016, als sich aufgrund industriell bedingter überhöhter Bleikonzentrationen im Wasser von Flint in Michigan eine regionale Gesundheitskrise entwickelte. Final starben zwölf Menschen und es kam zu einem 626 Millionen Dollar Vergleich für Opfer der durchlebten Bleivergiftungen.

Zu all den genannten Auffälligkeiten gesellt sich ein weiteres "East Palestine-Ereignis" aus dem Vorjahr. So heißt es bei dem US-Sender *WKBN* am 17. Oktober 2022: Lokale Nachrichten: East Palestine wechselt zu 'MyID' Notdienst". Laut dem Artikel sei die Kleinstadt in Ohio mit ihren 4750 Einwohnern "bekannt als 'The Place to Be'". Nun würde die Stadt "mit einem Programm zur besseren Behandlung von Menschen in Notfällen weit voraus" sein. Die "MyID"-App biete "schnelle medizinische Informationen für Rettungskräfte", so der Artikel erläuternd. Dieser "Service" ist auch in Deutschland erhältlich.

Gegründet wurde das Projekt bereits im Jahr 2009 in Denver im US-Bundesstaat Colorado von einem Geoffrey Arone. Arone ist ein amerikanischer Blockchain-Investor und -Berater und hat Verbindungen zum MIT, dem Massachusetts Institute of Technology, welches die Entwicklung von

"MyID" auch finanziell förderte. Das MIT wiederum wurde in den vergangenen Jahren regelmäßig mit mehreren Millionen Dollar von der Bill und Melinda Gates Foundation finanziert und kooperiert seit November 2022 im Rahmen einer "Datenplattform zur Nutzung landesweiter tragbarer Datensätze" mit dem National Institutes of Health (NIH), der Wirkungsstätte von Dr. Anthony Fauci. Zudem existiert ein Foto von Arone nach einem Meeting mit dem aktuell inhaftierten FTX-Anlagebetrüger Sam Bankman-Fried in Singapur, einem ehemaligen Studenten des MIT. Zu den "MyID"-Details heißt es wörtlich im Artikel des Senders *WKBN*:

*"MyID funktioniert, indem man ein Fotohandy nimmt und es auf einen QR-Code richtet. Er liefert wertvolle medizinische Informationen zu Allergien, Atembeschwerden oder anderen Erkrankungen, damit Sie die richtige Behandlung und Pflege erhalten."*

Am 26. Januar 2023 informierte das Morning Journal, dass "'MyID' sowohl den Einwohnern von East Palestine als auch von Unity Township zur Verfügung gestellt werde: "Die Veranstaltung zur Anmeldung findet am Sonntag (dem 1. Februar) von 12 bis 19 Uhr im East Palestine Community Center im öffentlichen Park statt." Zwei Tage später erfolgte die fatale Zugentgleisung mit den bekannten und nicht absehbaren Folgen für die Umwelt und den daraus resultierenden gesundheitlichen Belastungen für die Menschen in der Kleinstadt – der Ausgang bedenklich, ungewiss und unbekannt.

\* \* \*

## **Geschichtsvergessene Grüne Jugend: Operation Barbarossa "Höhepunkt" russischer Eroberungspolitik**

<https://freeassange.rtde.life/inland/163910-geschichtsvergessene-gruene-jugend-operation-barbarossa/>

25.02.2023

**Einem gängigen Vorurteil zufolge ist die Partei Bündnis 90/Die Grünen eine politische Organisation der sogenannten Intelligenz. Die Grüne Jugend München hat per Instagram den Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion 1941 zum Höhepunkt jahrhundertelanger russischer "Siedlungseroberung" erklärt.**

*Von Mirko Lehmann*

Seit vor einem Jahr Russland seine militärische Sonderoperation in der Ukraine begonnen hat, überschlagen sich in den NATO-Ländern Politik und Medien mit Vorwürfen an die Adresse Russlands. Dabei werden oft längst überwunden geglaubte Klischees und Geschichtsbilder aufgewärmt – wobei historische Sachverhalte, Ereignisse und Prozesse häufig verfälscht, durcheinander gebracht, geradezu auf den Kopf gestellt werden. Zeitliche Reihenfolge und Begriffe geraten dabei oft durcheinander.

Am Samstag hat die Jugendorganisation von Bündnis 90/Die Grünen in München, die Grüne Jugend München, auf Instagram eine Kostprobe ihres vermeintlichen geschichtlichen Wissens gegeben. Die Nachwuchs-Grünen fühlten sich berufen, per Instagram ihre neuesten "Erkenntnisse" über die Geschichte Russlands in die weite Welt zu verbreiten. Unter einer Grafik mit der russischen Trikolore und dem propagandistischen Schriftzug "Russland ist ein Kolonialstaat" schrieben die jungen Grünen:

*"Russland wollte ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in die 'Riege der europäischen Großmächte' aufsteigen. Das große russische Reich konnte seine damalige Größe nur durch Siedlungseroberung erreichen, wobei die Expansion nicht nach Übersee sondern auf den*

*Norden, asiatische Nachbarländer und die indigene Bevölkerung im Süden abzielte. Den damaligen Höhepunkt stellte 1941 die 'Operation Barbarossa' dar."*

Daraufhin gab es Nachfragen, und ein geistesgegenwärtiger Nutzer sicherte die bemerkenswerten Aussagen der jungen Grünen.

Diese twitterten daraufhin schmallippig:

*"Bei dieser Recherche ist und ein Fehler unterlaufen. Das tut uns leid. Wir haben den Post gelöscht."*

Dass die Nachwuchsgrünen ihre Schwierigkeiten mit der Zählung der Jahrhunderte haben, verbindet sie mit der Bundesaußenministerin und ehemaligen Grünen-Parteivorsitzenden.

Allerdings zeugen die stümperhaften Bemerkungen zur Rolle Russlands im 19. Jahrhundert von keinen angeeigneten Kenntnissen, noch nicht einmal von abgeschriebenem Handbuchwissen. Die betreffenden zwei Sätze lesen sich wie ein schlecht vorbereiteter Spickzettel eines Schülers, der zum wiederholten Male durch die Prüfung zu rasseln droht.

Wie die Grüne Jugend München auf den Begriff "Operation Barbarossa" kommt, ist die nächste und möglicherweise interessantere Frage. Denn im Deutschen heißt der Angriffs-, Eroberungs- und Vernichtungskrieg Nazideutschlands auf die Sowjetunion "Unternehmen Barbarossa". Hat man vielleicht zu viel 'gegoogelt' und maschinell aus dem Englischen übersetzt? Gab es eine englischsprachige Vorlage? Der "Kolonialstaat" erinnert an die sogenannten "Post-Colonial Studies". Hier könnte man sich an einer – noch dazu sehr platten – Übertragung des dahinterstehenden Konzepts auf die russische Geschichte versucht haben.

Das größte Rätsel gibt jedoch die Frage auf, wie man bei der grünen Nachwuchsgruppe in München darauf verfallen konnte, den deutschen Überfall auf die UdSSR Russland in die Schuhe zu schieben. Ist man bei der "Recherche" durcheinandergekommen, weil man zu viel geschichtsrevisionistische Machwerke konsumiert hat? Dem heutigen Zeitgeist entspricht allerdings diese beispiellose Geschichtsklitterung, bei der aber auch alles verdreht und verkehrt ist. Einzig erkennbar ist der sehnliche Wunsch, das Menschheitsverbrechen des deutschen Eroberungs- und Vernichtungskrieges nun Russland anzuhängen – wider alle historischen Tatbestände. Die Grüne Jugend demonstriert mit diesem Fauxpas geradezu ein Musterbeispiel historischer Schuldumkehr.

\* \* \*

## **"Aufstand für den Frieden" – Der Beginn einer neuen Friedensbewegung**

<https://freeassange.rtde.life/inland/163947-aufstand-fuer-frieden-beginn-neuen-friedensbewegung/>  
26.02.2023

**Über 50.000 Menschen versammelten sich in Berlin beim "Aufstand für den Frieden". Neben den Initiatorinnen Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht appellierte auch Ex-Bundeswehrgeneral Erich Vad für Diplomatie statt Waffenlieferungen. Dass man Pazifisten als rechts oder "rechtsoffen" beschimpfe, sei eine verlogene Debatte, weil die Politik vor einer neuen Friedensbewegung Angst habe.**

*Von Felicitas Rabe*

Es waren mindestens 50.000 Menschen, die am Samstag dem Aufruf von Sahra Wagenknecht und



Alice Schwarzer gefolgt waren und sich vor dem Brandenburger Tor zu einer Friedenskundgebung unter dem Motto "Aufstand für den Frieden" versammelt hatten. Dabei forderten sie den sofortigen Stopp von Waffenlieferungen an die Ukraine und den sofortigen Beginn von Friedensverhandlungen.

Diese Initiative sei ganz kurzfristig zustande gekommen, erklärten Wagenknecht und Schwarzer bei der Eröffnung der Kundgebung. Anlässlich der Debatte um die Panzerlieferungen im Januar, habe Alice Schwarzer eine Mail an Sahra Wagenknecht geschrieben und an die linke Politikerin appelliert, dass man jetzt etwas unternehmen müsse. Daraufhin hätten die beiden das "Manifest für den Frieden" veröffentlicht, welches inzwischen von über 600.000 Menschen unterschrieben worden sei. Zudem habe eine aktuelle Forsa-Umfrage ermittelt, so Schwarzer in ihrer Rede, dass in Deutschland 56 Prozent der Menschen gegen Waffenlieferungen seien, in den östlichen Bundesländern, sogar 73 Prozent.

Nach Veröffentlichung ihres Manifests – tatsächlich hätten sie sich am Tag vor der Veröffentlichung zum ersten Mal persönlich getroffen – kamen sie zu dem Entschluss, dass man in dieser Situation als Friedensbewegung auch auf die Straße müsse, erklärten die beiden prominenten Frauen.

Vor Beginn der Kundgebung, musste der Veranstaltungsanmelder die von der Berliner Polizei vorgegebenen Auflagen verlesen, die nach § 14, Absatz 1 "aus Gründen der öffentlichen Sicherheit" verfügt worden seien. Unter anderem war auf der Kundgebung das Tragen aller möglichen russischen Abzeichen und Symbole wie das Sankt-Georgs-Band oder der Buchstabe "Z" verboten. Untersagt wurden auch viele im Einzelnen aufgelisteten Flaggen, etwa aus bestimmten ehemaligen Sowjetrepubliken, oder auch das Singen und Abspielen des russischen Liedes "Der Heilige Krieg", weder in deutscher noch in russischer Sprache. Die detaillierte Beschreibung aller Symbole, Flaggen und so weiter, die verboten wurden, würde den Rahmen des Berichts sprengen.

Anschließend wurde zunächst die Grußbotschaft des hochrangigen US-Ökonomen Jeffrey Sachs per Video von der Bühne ausgestrahlt. Sachs war ehemals wirtschaftlicher Sonderberater des UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon. Ebenfalls war er als Berater für den IWF, die Weltbank, die OECD, die WTO und das UNDP tätig.

Der mit vielen internationalen Ehrungen dekorierte US-Wirtschaftsexperte hatte im Juni 2022 einen offenen Brief unterzeichnet, in dem er zu einem Waffenstillstand aufrief und die anhaltende militärische Unterstützung der westlichen Länder für die Ukraine infrage stellte.

"Dieser Krieg begann mit der Einmischung der NATO und der Beteiligung der USA an einem Staatsstreich in der Ukraine und an der massiven Aufrüstung der Ukraine", erklärte der frühere UN-Berater. Sachs mahnte:

*"Dieser Krieg muss beendet werden, bevor er uns alle in ein atomares Armageddon hineinzieht."*

In seiner Rede ging er auch auf die Rolle der USA bei der Zerstörung der Nord-Stream-Pipelines ein und stellte fest: "Es gibt überwältigende Beweise, dass die USA die Zerstörung der Nord-Stream-Pipelines angeführt haben."

Auf seine aufrüttelnde Video-Botschaft eröffneten Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht zusammen mit ihren Mitstreitern Hans-Peter Waldrich und Erich Vad die Veranstaltung. Sie seien glücklich, dass trotz der Kurzfristigkeit, trotz Schneeregens und Kälte 50.000 Menschen ihrem Aufruf gefolgt seien. Die Schauspielerin Corinna Kirchhof vom Berliner Ensemble verlas das von Wagenknecht und Schwarzer verfasste "Manifest für den Frieden". Das Manifest endet mit dem



Appell an den deutschen Bundeskanzler, die Waffenlieferungen in die Ukraine einzustellen:

*"Wir fordern den Bundeskanzler auf, die Eskalation der Waffenlieferungen zu stoppen. Jetzt! Er sollte sich auf deutscher wie europäischer Ebene an die Spitze einer starken Allianz für einen Waffenstillstand und für Friedensverhandlungen setzen. Jetzt! Denn jeder verlorene Tag kostet bis zu 1.000 weitere Menschenleben – und bringt uns einem 3. Weltkrieg näher."*

Es folgte die Rede des langjährigen Friedensaktivisten Hans-Peter Waldrich. Im Rahmen des Widerstands gegen die sogenannte Nachrüstung hatte der Politologe im Jahr 1983 den "Friedenskreis Karlsruhe e.V." gegründet. Waldrich erinnerte an die Vision des letzten Präsidenten der ehemaligen Sowjetunion Michail Gorbatschow von einem gemeinsamen Haus Europa. In dieses Haus sei jetzt eingebrochen worden, so Waldrich. Nun gleiche das europäische Haus einem Pulverfass, was jederzeit hochgehen könne. Mit den Waffenlieferungen wolle der Westen austesten, wann man die rote Linie Russlands überschreite. Dann bestehe die Gefahr, dass sich der Krieg auf ganz Europa und vielleicht auf die ganze Welt ausweiten würde. Das müsse eine neue Friedensbewegung verhindern.

Im Anschluss sprach der ehemalige Bundeswehrgeneral Erich Vad. Eine tragfähige Friedensordnung könne es nur mit Russland geben, erklärte der militärische Berater der früheren Bundeskanzlerin Angela Merkel. Man müsse einen Interessenausgleich über Diplomatie erreichen. Nicht Waffenlieferungen, sondern Verhandlungen seien der einzige Weg, um zum Frieden zu kommen. Die Mehrheit der Deutschen seien gegen Waffenlieferungen und als Vertreter des Deutschen Volkes hätten die Politiker den Willen des Volkes umzusetzen. Die Europäer hätten eine Mitverantwortung für die Ukraine, daher sollten sie auch mehr Mitspracherecht bekommen. Vad fragte sich, wieso die Friedensinitiativen aus Brasilien und China kämen. Der ehemalige Bundeswehrgeneral stellte fest, dass aktuell die politische Gestaltungskraft Europas fehle. In dieser Situation müsse Europa ein eigenständiger, interessengeleiteter Akteur werden.

Schließlich sprach die Initiatorin und wohl bekannteste Abgeordnete der Linkspartei, Sahra Wagenknecht. In ihrer Rede verbat sie sich die "verlogene Debatte über Querfront und Rechtsoffenheit", mit der versucht würde, die Friedensbewegung "in die Nähe der extremen Rechten zu rücken". "Die Kriegstrommler sollten sich an die eigene Nase packen", weil sie in der Ukraine mit echten Nazis kooperierten, konterte Wagenknecht. Schließlich würde der ukrainische Vizeaußenminister, Andrei Melnyk, mit dem die Bundesregierung kooperierte, den ehemaligen Nazi-Kollaborateur Stepan Bandera offen als Helden verehren. Die Abgeordnete der Linkspartei wurde deutlich:

*"Seit wann ist der Ruf nach Frieden, der Ruf nach Diplomatie und Verhandlungen rechts und Kriegsbesoffenheit ist dann wohl links? Einige haben ja offenbar völlig ihren politischen Kompass verloren!"*

Und nur um das, was eigentlich völlig selbstverständlich sei, für alle klarzumachen, stelle sie an dieser Stelle noch einmal fest, "dass Neonazis und Reichsbürger auf unserer Friedenskundgebung nichts zu suchen haben". Dafür sei jeder, "der ehrlichen Herzens mit uns für Frieden und für Verhandlungen demonstriere, hier willkommen." Das Risiko einer Ausweitung des Krieges auf Europa, womöglich auf die ganze Welt, müsse gebannt werden. Man würde uns erzählen, das sei Putin-Propaganda. Dem widersprach Wagenknecht:

*"Auch UN Generalsekretär Guterres hat vor kurzem sehr deutlich davor gewarnt, dass die Welt gerade sehenden Auges dabei ist, in einen großen Krieg hinein zu gehen."*

Tatsächlich hätte die Politik Angst vor einer neuen Friedensbewegung. Und "wenn sie Angst haben,

ist das ein Kompliment für uns alle", stellte die Abgeordnete fest. Ihre Mitstreiterin, die Feministin und Journalistin Alice Schwarzer empörte sich über die Beschimpfung von Friedensaktivisten:

*"Pazifist ist zu einem Schimpfwort geworden – und zwar von links – das muss man sich einmal vorstellen!"*

Hier würde ein Stellvertreterkrieg der beiden Weltmächte USA und Russland auf dem Rücken der Ukraine ausgetragen und "unsere Kritiker spotten", dass wir nur Angst hätten, so Schwarzer.

*"Aber dem Atomtod waren wir nach Hiroshima noch nie so nah wie heute und wer in dieser Situation keine Angst hat, ist entweder ein Zyniker oder ein Dummkopf."*

Am Ende ihrer Rede bat Alice Schwarzer all diejenigen, die das Manifest noch nicht unterschrieben hätten, dies nachzuholen. Man wolle noch mehr werden. Sie seien überwältigt von der hohen Beteiligung und bedankten sich bei allen Menschen, die sich dem Friedensmanifest angeschlossen und an der Kundgebung beteiligt hätten, erklärten Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht am Ende der Veranstaltung

*"Was wir heute sehen, ist der Beginn einer neuen Friedensbewegung" fügte Wagenknecht noch hinzu.*

Im Anschluss an die Kundgebung schlossen sich noch einige Tausend Demonstranten einer ebenfalls für diesen Tag angemeldeten Friedensdemonstration an, die um 17:00 Uhr vom Potsdamer Platz über die Friedensstraße zum Stern lief.

\* \* \*

## Meinung

### **Berlin hat den Nachkriegspazifismus aufgegeben: Die "deutsche Frage" ist wieder aktuell**

<https://freeassange.rtde.life/meinung/161554-berlin-hat-den-nachkriegspazifismus-aufgegeben-die-deutsche-frage-ist-wieder-aktuell/>

01.02.2023

**Was Bundeskanzler Olaf Scholz mit seiner "Zeitenwende" in Wahrheit verkündet hat, ist die Remilitarisierung Deutschlands. Die Rückkehr des europäischen Störenfrieds hat tiefgreifende Konsequenzen für ganz Europa, meint der Experte für internationale Politik Fjodor Lukjanow.**

*Von Fjodor Lukjanow*

Nach langem Hin und Her hat sich die deutsche Regierung bereit erklärt, der Ukraine Leopard-Panzer zu liefern, und zwar sowohl eigene als auch solche, die bei anderen NATO-Staaten im Einsatz sind. Wir überlassen es den Militärexperten zu beurteilen, wie sich dies auf die Kampffähigkeiten der Ukraine und den Verlauf der Operationen auswirken wird. Für uns stellt sich die Frage, was dies in politischer Hinsicht bedeutet.

Deutschland und seine militärische Macht bereiteten vielen Europäern seit mindestens eineinhalb Jahrhunderten Unbehagen.

Die "deutsche Frage", die sich auf den Platz und die Rolle Berlins auf dem Kontinent bezieht, hat schon vor den beiden Weltkriegen, insbesondere aber in ihnen, zu blutigen und opferreichen militärischen Auseinandersetzungen geführt. Der Zweite Weltkrieg schien sie gelöst zu haben, indem er den deutschen Einheitsstaat auflöste und seine Regionen unter externe Kontrolle stellte.

Darum rief die Wiedervereinigung des Landes im Jahr 1990 zunächst vorsichtige Reaktionen der westlichen Verbündeten der damaligen westdeutschen Hauptstadt Bonn hervor, bei denen die Erinnerung an deutsche Ambitionen auf ein größeres "Reich" noch frisch war. Die Ironie der Geschichte ist, dass es das sowjetische Moskau war, das sich am meisten für die Wiedervereinigung begeisterte.

Interessanterweise lassen sich die Wurzeln der gegenwärtigen gefährlichen Krise der europäischen Sicherheit bis in diese Zeit zurückverfolgen. Die Idee, die NATO zu erweitern, entstand im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Garantien für den Fall der deutschen Wiedervereinigung. Die USA, Frankreich, Großbritannien, Italien, Westdeutschland und seine kleineren Nachbarn glaubten (nicht zu Unrecht), dass der Verbleib eines wiedervereinigten Landes in dem von den USA geführten Militärblock der hypothetischen Rückkehr Deutschlands auf den Pfad des Großmachtstrebens vorbeugen würde.

Washington, London, Paris und Bonn gingen davon aus, dass sich die Sowjetunion dagegen wehren würde, doch der Kreml verfolgte einen unkonventionellen Ansatz und lehnte den Verbleib Deutschlands in der NATO nicht ab. Es stellte sich jedoch heraus, dass die Ausdehnung der Zuständigkeit des Blocks auf das Gebiet der ehemaligen DDR zu einem Präzedenzfall für alles andere wurde. Schließlich war der Grundsatz des Rechts eines jeden Staates, seine Mitgliedschaft in

einem Verband selbst zu wählen, im ideologischen und rechtlichen Rahmen verankert. Der Weg von diesem Prinzip zur Frage der NATO-Mitgliedschaft der Ukraine war zwar nicht unmittelbar, aber doch geradlinig.

Der Pazifismus, der den Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg aufgezwungen wurde, implizierte, dass Deutschland (zunächst nur der Westen, dann das gesamte Land) ein vorbildlicher Verbündeter innerhalb des Militärblocks sein konnte und sollte, aber keine führende Rolle spielen würde. Dies war auch nach Ende des Kalten Kriegs der Fall – die Einsätze in Jugoslawien und Afghanistan, an denen die Bundeswehr beteiligt war, wurden nicht von Berlin initiiert, und ihre Beteiligung war eher zurückhaltend.

Die von Bundeskanzler Olaf Scholz im Februar 2022 verkündete "Zeitenwende" implizierte den Beginn einer neuen Ära, ausdrücklich wurden in derselben Rede große Investitionen in die Modernisierung der Verteidigung angekündigt. Verglichen mit der allgemeinen Begeisterung für das Militärische, insbesondere in Osteuropa, behielt Berlin jedoch trotz markiger Worte zunächst ein eher gemächliches Tempo bei. Die Verbündeten murrten, aber bis zu einem gewissen Punkt versuchten die meisten von ihnen auch, eher vorsichtig zu agieren, um keine Eskalation zu provozieren. Seit dem Herbst scheinen jedoch alle Beschränkungen aufgehoben worden zu sein – vor allem in Washington und London (Warschau hatte nie welche). Das Ziel, Russland militärisch zu besiegen, wird seitdem offen auf allen Ebenen artikuliert.

Hier stand Deutschland vor einer schicksalhaften Entscheidung, die in dem Panzerplan ihren konkreten Ausdruck fand. Angesichts der vorherrschenden Stimmung im Westblock war sofort klar, dass Berlin sich der Lieferung von Leopard-Panzern nicht würde widersetzen können. Der Haken an der Sache war wohl die Erkenntnis, dass die Entscheidung Deutschlands seine Verwicklung in den Konflikt auf eine qualitativ neue Stufe heben und den Weg für weitere Rüstungsforderungen freimachen würde. Das nächste Treffen der Kontaktgruppe in Ramstein wurde bereits als "airborne" (der Luftwaffe gewidmet – d. Red.) bezeichnet. Je moderner die Ausrüstung ist, die Kiew erhält, desto wahrscheinlicher ist es, dass die Streitkräfte des Landes nicht mehr in der Lage sein werden, sie zu warten.

Wenn wir uns des geradlinigen Weges von den Bedingungen der deutschen Wiedervereinigung zu den Voraussetzungen der aktuellen Krise vergegenwärtigen, ist die Schlussfolgerung paradox.

Vor 33 Jahren galt die NATO als die sicherste Garantie gegen ein hypothetisches Wiederaufleben der deutschen Kriegslust.

Die Mitgliedschaft in diesem Bündnis ist jedoch der Hauptgrund für die zunehmende Verwicklung Berlins in einen militärischen Konflikt. Aus westlicher Sicht besteht keine Gefahr, da Deutschland nicht aus eigenem Antrieb handelt und sich dem allgemeinen Trend anschließt. Aber das ist reine Theorie.

Was ist mit Polen, das Deutschland gegenüber offen feindlich eingestellt ist? Ganz zu schweigen von Frankreich, dessen historische Identität weitgehend von den Folgen der deutschen militärischen Aufrüstung geprägt ist? Können wir von einer starken und selbstbewussten Einheit sprechen?

Niemand wagt es, den Ausgang der Ukraine-Krise vorherzusagen, dazu sind die Umstände zu unterschiedlich. Aber ihre transformative Wirkung auf alle Aspekte der europäischen Sicherheit ist unbestreitbar. Die unmittelbar an dem Drama Beteiligten werden sich unterschiedlich entwickeln, und je tiefer die Einbindung, desto bedeutender die Veränderungen. Während die USA wie immer den Vorteil der physischen Distanz zum Kriegsschauplatz und die Möglichkeit haben, den Großteil der Kosten auf ihre Verbündeten abzuwälzen, wird es auf der Linie Moskau–Kiew–Warschau–

Berlin–Paris wahrscheinlich zu qualitativen Veränderungen kommen. Jeder der Akteure auf dieser Achse wird seine eigene Strategie im geopolitischen Spiel haben.

Von denjenigen Männern und Frauen, die einst die Grundlagen für das "neue Europa", wie es in der Charta von 1990 genannt wurde, legen wollten, lebt heute niemand mehr. Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass sie von dem Zustand, zu dem der vor über 30 Jahren beschrittene Weg den Kontinent geführt hat, überrascht wären.

*Übersetzt aus dem Englischen (<https://www.rt.com/news/570704-berlin-has-abandoned-pacifism/>).*

\* \* \*

## **Von Klimaklebern, ihrem PR-Desaster und dem Schweigen zur Ukraine**

<https://freeassange.rtde.life/meinung/161879-von-klimaklebern-ihrem-pr-desastern-und-dem-schweigen-zur-ukraine/>

05.02.2023

**Die Letzte Generation ist durch einen Langstreckenflug zweier Aktivisten Opfer des eigenen PR-Konzepts geworden. Der Versuch, es per Pressemitteilung auszubügeln, machte es nur schlimmer. Ihr Schweigen zur Eskalation in Richtung Nuklearkrieg entlarvt ihre Sorge ums Klima als lediglich vorgeschoben.**

*Von Gert Ewen Ungar*

Selbst jenen, die alles auf medialen Effekt und auf Außenwirkung setzen, passieren PR-Desaster. Eine Gruppierung, die sich wie kaum eine andere der Instrumente der PR bedient und ganz virtuos auf der Klaviatur der öffentlichen Wirkung herumklimpert, ist die Letzte Generation. Alle ihre Aktionen zielen auf Effekt, auf Show, auf das ganz große Publikum. Die Letzte Generation arbeitet vor allem mit dem Mittel des kalkulierten Skandals, um uns alle wachzurütteln und um so das Klima zu retten – vorgeblich.

Die Letzte Generation macht auch jene zu Zuschauern und zum Teil der Inszenierung, die gar keine sein und die am Spektakel auch nicht teilhaben wollen. Autofahrer auf dem Weg zu Arbeit beispielsweise. Der dadurch ausgelöste Ärger, die Empörung und Wut – all das gehört zum PR-Konzept.

Jetzt ist den selbst ernannten Klimarettern ein kleines PR-Desaster widerfahren, denn zwei ihrer Aktivisten traten eine Fernreise nach Thailand an. Ungestört wohlgemerkt, denn es waren keine Aktivisten vor Ort, die die Reisenden auf die Konsequenzen ihres Tuns hinsichtlich des Klimas aufmerksam machten. Sie durften einfach so, ohne moralisch angeklagt zu werden, ohne Flugscham zeigen zu müssen, in den Flieger steigen. Ein solch unbeschwertes Reiseerlebnis gönnt die Letzte Generation allerdings nicht allen, denn Störaktionen an Flughäfen gehören ins Repertoire der Klimaschützer.

Die Reise flog auf, die *Bild* hat berichtet, und die Letzte Generation ist jetzt das Spottobjekt der Republik. Nicht ganz zu Unrecht, denn zum PR-Konzept gehört eben auch diese zur Schau gestellte moralische Empörung. Dazu gehört auch ganz viel Überheblichkeit und noch mehr Egozentrik. Man drängt sich auf und glaubt sich dazu im Recht. Wer es kritisiert, wird von oben herab belehrt, oft auch einfach beschimpft und verunglimpft. Es gibt für die Letzte Generation nichts Wichtigeres als ihr Anliegen. Das macht die Bewegung für alle, die ihr nicht angehören, extrem unsympathisch.

Auch die Pressemeldung, die den Langstreckenflug der beiden Aktivisten dann ins rechte Licht

rücken sollte, macht es nicht besser. Darin heißt es:

*"Individuelles Verhalten ist nicht unwichtig, im Gegenteil. Hier in Deutschland gehört ein großer Teil der Menschen zu den reichsten Prozenten der Welt, die am meisten zur Klimakrise beigetragen haben und beitragen. Dass sich das verändert, muss politisch beschlossen werden. Der entschlossene, friedliche und gemeinsame Protest hierfür ist in Anbetracht der Kürze der Zeit unabdingbar, um die Katastrophe aufzuhalten. Sich politisch gegen den Klimakollaps zu engagieren, geht oft damit einher, das eigene Leben umzustellen. Es ist jedoch keine Voraussetzung, dies zu tun."*

Moment mal! Die Klimakleber wollen gar nicht, dass all die Autofahrer, die sie mit ihren Aktionen behindern, aufs Autofahren verzichten, weil der Verzicht keine Voraussetzung dafür ist, auch ganz doll fürs Klima zu sein? Es ist alles extrem widersprüchlich.

Was aber vor allem erstaunt, ist, dass sich die Letzte Generation und ihre Pendants Greta Thunberg und Luisa Neubauer von Fridays for Future zum Thema Ukraine-Krieg und seiner Entwicklung völlig bedeckt halten. Auf mehreren Seiten Pressemeldungen zu allem Möglichen fällt bei der Letzten Generation kein Wort zur Ukraine.

Das ist nicht nur angesichts der Tatsache merkwürdig, dass ein Leopard II im Mittel 410 Liter Diesel auf 100 Kilometer verbraucht. Auch die absehbare Verwendung von abgereicherter Uranmunition durch die ukrainische Armee wird dem Land eine Umweltkatastrophe bescheren. Das wäre für Umweltaktivisten ein Thema. Aber diese beiden Aspekte sind natürlich noch nicht das eigentliche Problem.

Das eigentliche Problem ist, dass die Eskalation im Ukraine-Konflikt das Potenzial hat, sich zu einem Nuklearkrieg zu entwickeln. Die Letzte Generation wäre dann tatsächlich die letzte, allerdings nicht in 30 Jahren, sondern unter Umständen schon in diesem. Vor diesem Hintergrund wirkt das Schweigen der Letzten Generation und anderer Klimaaktivisten zur Ukraine bizarr und entlarvt ihren lautstarken Protest in anderen Kontexten eben als das, was er ist: reine PR ohne jede eigentliche Ambition.

Angesichts der sich immer weiter entwickelnden Gefahr in der Ukraine und den immer umfassenderen Waffenlieferungen, die den Konflikt mit jeder Runde auf eine neue Ebene heben, gäbe es Grund zur Sorge, Anlass für Weckrufe und zu Protestaktionen. Auch hysterische Ausbrüche aus Angst und Verzweiflung vor dem, was da am geschichtlichen Horizont gerade aufscheint, wären verständlich. Aber von all dem gibt es nichts. Was die Ukraine angeht, wirken zentralen Protagonisten der Klimaproteste ganz ruhig und gelassen. Das ist einigermaßen erstaunlich. Vor allem aber entlarvt dieses Schweigen die laut vorgetragene Sorge um die weitere Existenz der Menschheit als billige und aufgesetzte PR.

Dieses Schweigen angesichts einer wesentlich direkteren, einer unmittelbaren Bedrohung, verbunden mit der Doppelmoral, die im PR-Desaster hinsichtlich des Langstreckenfluges zum Ausdruck kommt, belegt, es geht den Organisatoren der Klimaproteste um irgendetwas anderes. Um's Klima geht es ihnen aber nicht.

\* \* \*

## **Christian Lindner in Ghana: Buhlen gegen die Chinesen**

<https://freeassange.rtde.life/meinung/161900-christian-lindner-in-ghana-buhlen/>

05.02.2023

**Erst Annalena Baerbock, jetzt Christian Lindner – afrikanische Staaten sind zurzeit ein beliebtes Reiseziel deutscher Politiker. Und nicht nur deutscher. Lindner flog nach Ghana. Die im letzten Jahr angepflanzte Schuldenkrise ist gewachsen, und die westliche Politik reist an zur Ernte.**

*Von Dagmar Henn*

Der deutsche Finanzminister Christian Lindner reiste nach Ghana, um dort zu "helfen"; wie viele andere afrikanische Länder ist Ghana derzeit überschuldet. Die *Süddeutsche*, die über den Besuch berichtet, begründet das, eingeleitet von der Bemerkung, Ghana habe lange als Vorzeigeland gegolten, so: "Mittlerweile jedoch hat sich ein Schatten über das Vorzeigeland gelegt, denn mit dem wirtschaftlichen Erfolg kamen auch Überschwang, Staatsverschuldung und wirtschaftliche Probleme, die durch den globalen Konjunkturabschwung, die weltweit steigenden Zinsen und die Kapitalflucht ausländischer Investoren noch zusätzlich angeheizt werden."

Deutschland sei immerhin mit 755 Millionen Dollar der zweitgrößte staatliche Kreditgeber nach China. Insgesamt betragen die Schulden 65 Milliarden Dollar; aber nur ein Drittel davon stammt überhaupt von staatlichen Kreditgebern. Lindner will das ghanaische Schuldenproblem im Rahmen des IWF verhandelt sehen, mit dem Ghana bereits im Dezember Sonderziehungsrechte vereinbart hatte, deren erste Tranche im April ausgezahlt werden soll. Sein Ziel ist nun, dass auch China einen Teil der Schulden abschreiben soll; die chinesische Regierung trage die Verantwortung für Verzögerungen bei der Restrukturierung der Schulden.

Die chinesische Forderung ist schlicht, auch private Kreditgeber an einer Umstrukturierung zu beteiligen, und das Ziel auf die Möglichkeit weiterer wirtschaftlicher Entwicklung zu legen. China hat in Ghana bisher vor allem in Infrastruktur investiert; das Bui-Wasserkraftwerk, das 2013 in Betrieb genommen wurde, wurde zur Hälfte mit staatlichen, zur Hälfte mit kommerziellen chinesischen Krediten finanziert. Ein Beispiel dafür, dass es bei dieser Forderung nicht schlicht darum geht, die Verluste auf andere Länder zu schieben, sondern darum, nicht mit staatlichen Mitteln der beteiligten Länder und den Auflagen, die Wirtschaftskraft aus dem Nehmerland abziehen, die privaten Investoren risikofrei zu stellen.

Ein anderes Beispiel für die chinesischen Projekte ist eine Finanzierung von Bahntrassen, Straßen und Brücken in Höhe von zwei Milliarden US-Dollar im Tausch gegen fünf Prozent der Bauxit-Reserven in Ghana, die 2019 vereinbart wurde. Klar ist, ohne diese Infrastrukturmaßnahmen könnte es den Bauxitabbau nicht geben.

Eine Studie, die gemeinsam von zwei Lehrstühlen in Columbia und Oxford erarbeitet wurde, und die sich unter dem Titel "Politik durch Pleiten: China und die globale Verwaltung afrikanischer Schulden" mit der Zusammensetzung dieser Schulden und deren möglichem Risiko für die Nehmerländer befasst, kommt zu dem Schluss, dass die Behauptung einer chinesischen Schuldenfalle schlicht Teil der US-Strategie gegen den Rivalen sei.

"Was afrikanische Staatsmänner nachts wach hält, sind keine chinesischen Schuldenfallen. Es sind die Eskapaden des Anleihemarktes." Harry Verhoeven, einer der Autoren, sagte: "Das ist nicht das am schnellsten wachsende Segment der Schulden. Andere Kreditlinien sind in den letzten Jahren deutlich stärker ausgeweitet worden, vor allem jene von kommerziellen Kreditgebern. Das sind Anleihekäufer, Leute aus London, Frankfurt und New York, die afrikanische Schulden kaufen."

Für die Überschuldung ist Ghana allerdings nur zu einem sehr geringen Teil selbst verantwortlich. Schließlich lagen noch im vergangenen Jahr die Schulden deutlich niedriger. Der Grund? Die Schulden sind in Dollar nominiert, und der ghanaische Cedi ist heute im Verhältnis zum Dollar nur

noch halb so viel wert.

Ein Problem, das Ghana mit vielen anderen afrikanischen Ländern teilt, und das, zusammen mit den weltweit gestiegenen Getreidepreisen, nötige Importe wesentlich verteuert und gleichzeitig die Tilgung von Schulden durch die eigenen Produkte wesentlich erschwert. Der Anstieg des Dollars wiederum ist die Auswirkung der Zinserhöhungen, die in den USA stattfanden, um – zumindest dem Bekunden nach – die Inflation zu bekämpfen, die selbst wiederum zur Hälfte Produkt der Spekulation war; eine Situation, die exakt der Lateinamerikakrise der 1980er entspricht, die ganz nebenbei die kolonialen Ketten erneuerte.

Die Inflation in Ghana lag im Dezember bei 54 Prozent; im vergangenen Sommer waren es noch 29,8 Prozent gewesen. Unter diesen Bedingungen sind die Vorgaben des IWF, die in der Regel aus Kürzung der öffentlichen Ausgaben, Privatisierungsvorgaben und Exportorientierung bestehen, verheerend. Und eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion würde voraussetzen, dass die Klimaschutzvorgaben, auf die Ghana sich eingelassen hat, außer Kraft gesetzt werden, weil sie den Einsatz von Kunstdünger beschränken und damit die Ernte verringern. Der Leitzins in Ghana selbst ist inzwischen auf 28 Prozent erhöht worden.

Die westliche Politik hat Ghana aber noch an einem anderen Punkt ausgebremst. Ghana hat Offshore-Ölfelder, die bereits erkundet sind; eines davon ist schon erschlossen. Ein zweites, das Pecan-Feld, sollte eigentlich inzwischen erschlossen sein; erst kam Corona dazwischen, dann setzte der Mehrheitsanteilseigner, die norwegische Aker Energy, die Pläne wegen des niedrigen Ölpreises aus, und im vergangenen Sommer, als der Ölpreis wieder stieg, gab es ein ganz neues Problem. Der nächstgrößte Anteilseigner nach Aker, die 50 Prozent hält, ist die russische Lukoil. Die Folge dessen ist, dass die Erschließung wieder steht, weil das norwegische Unternehmen wegen der Sanktionen nicht mit Lukoil kooperieren darf.

Christian Lindner ist in diesen Tagen nicht der einzige, der durch Afrika reist; mit der Zuspitzung der vom Westen ausgelösten Schuldenkrise ist auch das Ringen um den Einfluss auf Afrika in eine wesentlich aktivere Phase getreten. US-Finanzministerin Janet Yellen war ebenso auf dem Kontinent unterwegs wie eine Woche zuvor Sergei Lawrow, und auch der neue chinesische Außenminister Qin Gang tourte durch Afrika.

Ghana ist für Lindner ein etwas freundlicheres Pflaster als Südafrika, das immerhin demnächst ein gemeinsames Seemanöver mit China und Russland durchführt und auf westliche Avancen mit dem klaren Hinweis antwortet, man wisse sehr wohl noch, wer sich für die schwarze Mehrheitsbevölkerung und wer sich für das Apartheidsregime engagiert habe.

In Ghana sind unter anderem VW mit einem Montagewerk und die Deutsche Bahn bei der Erneuerung von Bahntrassen aktiv. Lindners Aufgabe dort dürfte neben einer weiteren Runde westlicher Buhlschaft und dem Wunsch, Ghana als Vorzeigeland für Klimaprojekte auszugeben, auch der Schutz der Leute aus Frankfurt sein, die in Anspruch genommen werden könnten, wenn sich die chinesische Variante der Umstrukturierung durchsetzt. Wenn es nicht irgendwie zu einer Einigung zwischen den beiden Blöcken bei diesem Thema kommt, sondern zu "ungeordneten Zahlungsausfällen", dann bestünde "selbst für das internationale Finanzsystem in einem solchen Fall Ansteckungsgefahr." Auch das afrikanischen Schuldenspiel ist nicht ohne Risiko.

\* \* \*



*In eigener Sache*

## **"Wir sind im Krieg mit RT, nicht miteinander"**

<https://freeassange.rtde.life/meinung/162075-wir-sind-im-krieg-mit/>

06.02.2023

**Nein, das hat Annalena Baerbock nicht gesagt, zumindest nicht, dass ich wüsste. Aber faktisch fühlt es sich als Journalist so an. RT in Deutschland wurde so lange diffamiert und unter Druck gesetzt, dass nun das erzwungene Ende kam.**

*Von Tom J. Wellbrock*

Was juckt es die Eiche, wenn sich eine Sau an ihr reibt? Nun, offenbar ist da etwas. Denn die "Sau" – um im Bild zu bleiben – ist RT, und gemeinsam mit den dort arbeitenden Journalisten wetzt sich der russische Sender ständig an der "Eiche". Dass die sich so empfindlich zeigt, lässt tief blicken, ist aber keine gute Nachricht.

Ich erspare mir den Hinweis auf das Recht der freien Meinungsäußerung, die Pressefreiheit und das Versprechen, eine Zensur finde nicht statt. Wer immer noch der Meinung ist, diese so wichtigen Errungenschaften hätten Bestand, muss sich längst in eine ferne und surreale Parallelwelt verabschiedet haben. Hoffentlich ist es dort schön.

Warum also ist die "Eiche" so empfindlich? Faktisch wird Deutschland von einer Medienlandschaft beherrscht, die nahezu unbesiegbar ist. Dieses System ist – das muss man neidlos anerkennen – perfekt organisiert und orchestriert. Die Kommunikation ist eine Mischung aus Flurfunk, Gedankenübertragung und karrierebedingter Folgsamkeit, in der Summe für den Bürger nicht zu durchschauen und erst recht nicht zu widerlegen. Der immer wieder genannte Vorwurf der "Gleichschaltung" trifft meiner Meinung aber nicht zu, zumindest nicht so, wie man es sich vorstellen mag:

Redakteur: *"Mein Artikel ist fertig, soll ich noch etwas verändern?"*

Chefredakteur: *"Ja, wir haben gerade einen Anruf aus Berlin bekommen. Die sagen, du sollst den Mittelteil weglassen."*

Eine solche Praxis wäre vielleicht sogar noch entschuldbar. Vom Staat gesteuerte Medien, die keinerlei Souveränität haben und lediglich Befehlsempfänger der Regierung sind. Doch es ist weit schlimmer.

### **Mainstream ohne Druck**

Der Mainstream wird nicht unter Druck gesetzt, es ist überhaupt nicht notwendig. Die Karrieren der gut bezahlten Journalisten in Deutschlands Redaktionsstuben laufen bestens, wenn sie einfach machen, was sie eben machen. Und das ist das Schreiben im Sinne der Regierenden. Sie tun das ohne Not. Anders die weniger gut bezahlten Journalisten in den Redaktionsstuben, die bei ihrem Chefredakteur nachfragen müssen, ob sie dies so oder so schreiben dürfen. Der Chefredakteur muss sich aber nicht den Segen aus Berlin holen, er hat seine Aufgabe, seine Hingabe, seine Berufung, so sehr verinnerlicht, dass Berlin ihm keine weitere Beachtung schenken muss.

Und doch ... das monströse Medienorchester ist nervös. Wegen dieser "alternativen Medien", die

ihre Blogs betreiben, Podcasts machen, Videos, Interviews, all diese Dinge. In der Regel haben diese Medien wenig Reichweite, sie fristen das Dasein einsamer Kämpfer, und bei nicht wenigen stimmt das Bild des Nerds, der Chips essend, rauchend und bei geschlossenem Fenster an seinem Platz sitzt, um die Wahrheit zu verkünden. Oft genug gelingt den Alternativen das auch, nur dass es eben kaum jemand liest.

## **Nicht weit reichende Reichweite**

Immer wieder tauchen aber Formate auf, die mehr Reichweite als ihre alternativen Verwandten erzielen. Wehe ihnen! Sie können unbehelligt tun, was immer sie wollen, schreiben, was immer sie denken, aber – das sollte doch wohl klar sein! – nur in einem gewissen Rahmen. Wird dieser gesprengt, gibt's Stress. Wir kennen das von unterschiedlichen Formaten, die zunächst mit einem "Schatten" belegt werden (Shadow banning), und wenn das nichts nützt, werden Inhalte gesperrt, für einen gewissen Zeitraum. Ist dann noch immer keine Einsicht erkennbar, verschwinden sie einfach. Nicht so wie damals in Chile, still und effizient, nein, hier werden sie laut und öffentlichkeitswirksam so lange durch die Manege getrieben, bis sie die Segel streichen müssen.

Jetzt also RT. Ob man den Sender als alternatives Medium bezeichnen kann, sei dahingestellt. In jedem Fall aber deckt RT ein Meinungsspektrum ab, das der Mainstream nachweislich nicht aufgreift. Und eben das ist das Problem. Wir sind in einer Debatten-"Kultur" angekommen, die Inhalte filtert und selektiert, was sagbar ist und was nicht. Dabei geht es in letzter Konsequenz nicht einmal mehr darum, was das geschriebene oder gesprochene Wort von RT bewirken kann. Wie schon erwähnt, ist unsere Medienlandschaft so orchestriert und organisiert, dass abweichende Meinungen und Berichte über Fakten, die unerwünscht sind, ohnehin faktisch keinen Einfluss haben.

Das macht es nicht besser, im Gegenteil, denn offenkundig ist es so, dass Meinungen auch ohne weitere Auswirkungen auf das funktionierende System nicht mehr willkommen sind und besser ausradiert werden. Es ist also eine optimistische Einschätzung, dass der Mainstream so etwas wie Angst hat, besorgt ist, dass er seine Deutungshoheit verlieren könnte. Meiner Meinung nach gibt es die Sorge nicht oder nur schwach ausgeprägt, das Ziel ist vielmehr, abweichende Erzählungen präventiv auszublenden. Selbst wenn die Beschäftigung mit den Inhalten von RT also nur einen überschaubaren Einfluss hat, reicht das den Meinungs- und Medienwächtern nicht aus. Deren Ziel ist die komplette Eliminierung von Berichten, die ihr Narrativ stören.

Es juckt die Eiche also tatsächlich nicht, wenn sich die Sau an ihr reibt. Es ist ihr aber noch lieber, wenn weit und breit keine Sau zu sehen ist. Also wird jede Sau gejagt und verfolgt – solange, bis sie sich andere Reviere sucht.

*Tom J. Wellbrock ist Journalist, Sprecher, Texter, Podcaster, Moderator und Mitherausgeber des Blogs "neulandrebelln" (<http://www.neulandrebelln.de/>).*

\* \* \*

## **Pressefreiheit in der EU? RT DE Productions muss nach Sanktionspaketen Arbeit einstellen**

<https://freeassange.rtde.life/meinung/162114-pressefreiheit-in-eu-rt-de/>

07.02.2023

**Die RT DE Produktionsgesellschaft muss aufgrund immer massiverer politischer Schikanen ihre Arbeit in Deutschland einstellen. Das ist ein Angriff auf die Pressefreiheit – und ein klassisches Vorgehen einer Kriegspartei mit rassistischer Komponente.**

Von Susan Bonath

Die Verpackung ist alles, heißt es, und jeder weiß: Es nicht immer drin, was draufsteht. "Demokratie" ist die schillerndste Verpackung der Europäischen Union (EU). Doch zusehends verkommt der Begriff zur inhaltsleeren Marketing-Phrase. Die politischen und medialen Chefstrategen des westlichen Imperialismus verkehren seine Bedeutung, nämlich Herrschaft des Volkes, gar ins Gegenteil. Wer nicht ihrer Linie folgt, ist Antidemokrat. Angesagt ist der Kriegskurs der NATO gegen Russland. Widerspruch wird zensiert, Kritikern der Saft abgedreht. Pressefreiheit gilt nur für NATO-Propagandisten, nicht für russische Medien.

## **Massiver Angriff auf die Pressefreiheit**

Die Sanktionspakete der EU gegen Russland, an denen sich die Bundesregierung eifrig beteiligt, treiben nicht nur Millionen Bürger in die Armut, sie sind auch ein beispielloser Angriff auf die Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit in der Nachkriegsära der angeblichen "Musterdemokratien" des Westens. Sie sind ein Verrat an Grund- und Menschenrechten, ein Markenzeichen von Diktaturen. Wo die Bürger nur noch eine Ansicht, nämlich die ihrer eigenen Unterdrücker, erfahren sollen, ist mehr als nur etwas faul.

Gegen *RT DE* fahren die Meinungswächter im Kampf um die Deutungshoheit seit Jahren zunehmend schwerere Geschütze auf. Das neunte Sanktionspaket vom Dezember setzte dem noch eins obendrauf, es macht journalistische Arbeit vor Ort unmöglich und zwingt die Firma *RT DE Productions* zur Aufgabe.

Dabei schlosse eine ernst gemeinte Demokratie die Meinungs- und Pressefreiheit zwingend ein. Das steht so auch im deutschen Grundgesetz. In Anlehnung daran heißt es im Berliner Pressegesetz: "Sondermaßnahmen, die die Pressefreiheit beeinträchtigen, sind verboten." Und dies aus gutem Grund: Autoritäre Regime und faschistische Diktaturen schränkten stets zuerst die Pressefreiheit ein und ließen Kritiker verfolgen, denn sie benötigen vor allem eines: gehorsame Untertanen.

## **Schikanen und Rassismus seit 2014**

Von den eigentlich verbotenen "Sondermaßnahmen, die die Pressefreiheit beeinträchtigen", können Journalisten russischer Medien in der westlichen "Demokratie" allerdings nicht erst seit dem Krieg in der Ukraine ein Lied singen, denn schon im Jahr 2021 verbot die deutsche Medienaufsicht *RT DE* das Senden von Programminhalten.

Aus heiterem Himmel kam auch das nicht: Bereits beim Start des Online-Angebots 2014 schossen viele Leitmedien scharf gegen die russische Konkurrenz. Ohne einen konkreten Beleg zu liefern, unterstellte etwa *Zeit Online* dem Mitbewerber *RT DE*, stets zu "lügen" und "Propaganda" zu verbreiten. "Desinformation" lautet ein beliebter Totschlag-Kampfbegriff gegen russische Medien. Normalerweise sollten Journalisten derlei Vorwürfe mit konkreten Fakten untermauern, doch das blieb regelmäßig aus. Statt Belegen gab es nicht selten echte Verschwörungstheorien. Man könnte meinen, dass so mancher stramm von sich auf andere projizierte.

Die Russen als Feinde, ihre Medien als Feindsender, die stets lügen. Mit Russen spricht man nicht – auch das galt schon im Jahr 2014. Das sind Rassismus und Kriegsrhetorik, wie sie im Bilderbuch stehen. Kommt noch einmal der Tag zurück, an dem im Gefängnis landet, wer heimlich Feindsender hört? Sollten wir *RT DE*-Redakteure und Autoren besser schon mal Deutschland verlassen, um rechtzeitig staatlicher Verfolgung zu entgehen?

## **Leitmediale Verschwörungstheorien**

Ich selbst habe als *RT DE*-Autorin in den vergangenen acht Jahren meiner Arbeit schon die unglaublichsten Dinge erlebt. Es kam zum Beispiel gar nicht selten vor, dass staatliche Behörden mir einfach mal die Auskunft verweigerten, mit der Begründung, dass man nicht mit Vertretern russischer Medien rede. Dass ich im Besitz eines deutschen Presseausweises bin und Behörden verpflichtet sind, Journalisten Auskunft zu erteilen – egal!

Auch hatten Vertreter von Vereinen und Verbänden Angst, mit mir zu reden, weil sie um ihre Reputation fürchteten. Professoren, Ärzte, Pflegekräfte und viele andere Menschen lehnten Gespräche mit mir ab, weil sie ihren Job nicht verlieren wollten. Ich bekam scheinheilige Anfragen von Vertretern öffentlich-rechtlicher Medien, die nur darauf abzielten, meine Aussagen für ihre Propaganda à la "Russenmedien lügen immer" und ihre Journalisten seien "von Putin instruiert" mundgerecht zusammenzuschneiden.

Ich weiß nicht mehr, wie oft mir oder Kollegen schon unterstellt wurde, direkt Anweisungen aus dem Kreml zu empfangen. Das sind wirklich lächerliche Verschwörungstheorien. Ich mache einfach Journalismus, wie vorher auch. Mir hat bei *RT DE* noch keiner vorgeschrieben, was ich zu schreiben habe. Ich schreibe nicht mal über Russland, schon, weil mein Russisch viel zu schlecht ist und ich viel mehr Ahnung von deutscher Politik habe. Ja, auch dieser Beitrag ist auf meinem eigenen Mist gewachsen.

## **Wer betreibt hier Propaganda?**

Um es zu betonen: In einigen deutschen Medien sind mir entsprechende Vorschriften durchaus begegnet, bei *RT DE* war das bisher nicht der Fall. Dass ein russischer Sender auch Reden des russischen Präsidenten Wladimir Putin überträgt, Einschätzungen russischer Minister zitiert oder Stimmungsbilder im seit 2014 von der ukrainischen Regierung bombardierten Donbass auffängt, ist nichts anderes, als das, was die Deutsche Welle im Ausland tut: Die deutsche Sichtweise auf das Weltgeschehen zu übermitteln.

Mit Lügen hat das erst mal wenig zu tun. Welche Medien tatsächlich wie, wann, wo und welche "Desinformationen" streuen und verbreiten, wäre erst noch zu beweisen. Dass die deutsche Leitpresse es mit der Geschichte des Konflikts in der Ukraine nicht so sehr genau nimmt, sie gerne mal verdreht, etwas vergisst oder verschweigt, ist leicht belegbar. Dass die Bundesregierung soziale Plattformen instruiert hat, unliebsame Meinungen massenhaft im Internet zu zensieren, ist inzwischen auch bewiesen. Genau das bezeichnet man als Propaganda.

## **Nur Kriegsparteien verbieten "Feindsender"**

Wer mündige Bürger mit Verboten, Sanktionen und Schikanen daran hindert, sich aus unterschiedlichen Sichtweisen eine eigene Meinung zu bilden, der will keine Demokratie, sondern Deutungshoheit. Der macht keinen Journalismus, sondern betreibt Propaganda für politische Akteure mit ganz bestimmten Absichten.

Wo Kriegspropaganda in Dauerschleife läuft und jeder mediale Widerspruch dagegen ausgehebelt wird, wo Medien aus dem falschen Land zu "Feindsendern" erklärt werden, ist es vorbei mit jeder Neutralität. Das ist ein klassisches Vorgehen von politischen Akteuren im Krieg, von Kriegsparteien. Genau daran sollten sich zumindest Journalisten niemals beteiligen. Tun sie aber – mitten in Deutschland.

\* \* \*

## Das erzwungene Ende von RT DE Productions zeigt die Angst der EU vor alternativen Ansichten

<https://freeassange.rtde.life/meinung/162193-das-erzwungene-ende-von-rt-de-zeigt-die-angst-der-eu-vor-alternativen-ansichten/>

07.02.2023

**RT DE und seine in Berlin ansässige Produktionsfirma RT DE Productions bezogen keine parteipolitische Positionen zu innenpolitischen Themen. Sie informierten ihr Publikum umfassend und gaben auch alternativen Meinungen eine Tribüne. Genau das störte das Propagandamonopol des politischen Establishments der EU.**

*Von Andrew Korybko*

Das neunte antirussische Sanktionspaket der EU hat das Unternehmen *RT DE Productions*, das Inhalte für *RT DE* liefert, gezwungen, seine Aktivitäten in der EU einzustellen. Diese Entwicklung ist ein Schlag für den unabhängigen Journalismus in Deutschland. *RT DE* wird vermutlich weiterhin von Moskau aus operieren, aber das Fehlen einer Präsenz vor Ort in Deutschland wird seine Arbeit erschweren.

In diesem Zusammenhang sollten Beobachter bedenken, dass der deutschsprachige Kanal von *RT* seine englischen und anderen Pendanten ergänzt. Er verbreitet alternative – nicht dem Mainstream entsprechende – Inhalte, die das Publikum dazu bringen sollen, "mehr zu hinterfragen", wie es in seinem Motto heißt. Indem sie *RT DE Productions* zur Schließung zwingt, festigt die EU ihre Kontrolle über die Berichterstattung zu heiklen Themen wie dem Ukraine-Konflikt. Das folgt dem Trend, dass sich der globale Westen unter Führung der USA vor unseren Augen in eine "liberale" Diktatur verwandelt.

Die Rede- und Pressefreiheit, die als einer der wertvollsten westlichen Werte überhaupt gepriesen wird, wird im westlichen Block nur selektiv geschützt, nämlich dann und nur dann, wenn es "politisch opportun" ist. In den Fällen, in denen die geteilten Informationen und Ansichten dem "offiziellen Narrativ" zuwiderlaufen, haben Journalisten es zunehmend schwer, ihre Arbeit zu verrichten. Die Reichweite ihrer Inhalte wird eingeschränkt, und/oder sie werden gezwungen, ganz zu schließen.

Alle, die in Deutschland die Inhalte von *RT DE* konsumieren, machen dies als mündige Bürger und freiwillig, weil sie ihr Spektrum an Quellen zum besseren Verständnis des Ukraine-Konflikts und anderer sensibler Themen erweitern wollen. Niemand zwingt sie je zum Besuch der *RT*-Website oder zum Anschauen von *RT*-Videos. Das neunte EU-Sanktionspaket ist auch eine Strafe für deutsche Freidenker.

Da Deutschland das bei Weitem mächtigste Land der EU ist, hat das deutsche Volk das Potenzial, über seine demokratischen Prozesse bedeutende Veränderungen auf dem gesamten Kontinent herbeizuführen. Es muss dazu Kandidaten wählen, die den die Welt bereits durchdringenden Geist des Wandels verkörpern. Darin liegt der unausgesprochene Grund, warum das deutsche politische Establishment versucht, *RT DE* zum Verstummen zu bringen. Es befürchtet, dass ein gesteigertes Bewusstsein im Volk allmählich zu weitreichenden Veränderungen führen könnte.

Weder *RT DE Productions* noch *RT DE* nahmen parteipolitische Positionen zu innenpolitischen Themen Deutschlands ein. Sie informierten und informieren ihr Publikum der journalistischen Pflicht folgend umfassend und klammern dabei – anders als der mediale Mainstream – alternative Analysen der Ereignisse nicht aus. Das deutsche politische Establishment fühlt sich sehr unwohl

dabei, da vollständige Berichterstattung und eine freie Debatte die Konsolidierung seiner Macht und die angestrebte Verwandlung der EU in eine liberale Diktatur bedroht.

Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock schwor Ende August letzten Jahres:

*"Wenn ich den Menschen in der Ukraine das Versprechen gebe: 'Wir stehen zu euch, solange ihr uns braucht' – dann will ich das auch halten. Egal, was meine deutschen Wähler denken, aber ich will den Menschen in der Ukraine liefern."*

Diese Erklärung war der bisher deutlichste Beweis für die Entwicklung der EU unter deutscher Führung zu einer "liberalen" Diktatur.

Wenige Monate später folgte Bundeskanzler Olaf Scholz mit einem inoffiziellen Manifest in der Zeitschrift *Foreign Affairs*. In seinem Artikel "Die globale Zeitenwende: Wie sich ein neuer Kalter Krieg in der multipolaren Ära vermeiden lässt" schlug der deutsche Regierungschef vor, das Vetorecht der EU-Mitgliedsstaaten bei der Abstimmung außenpolitischer Maßnahmen abzuschaffen. Deutschland führt den Block an, der jeden politischen Widerstand von Ländern wie Ungarn und Polen in der EU neutralisieren will.

Diese Äußerungen von Baerbock und Scholz, die unterschiedliche Ebenen der geplanten Diktatur Deutschlands repräsentieren, fügen der Soft-Power-Konsequenz des neunten Sanktionspakets im Zusammenhang mit der erzwungenen Schließung von *RT DE Productions* einen entscheidenden Kontext hinzu. Indem das deutsche politische Establishment den Betrieb von *RT DE* unmöglich macht, hofft es, den organischen Anstieg der Gegenbewegung zu diesem beunruhigenden Trend zu bremsen.

Die EU hatte zwar immer schon Züge einer "liberalen" Diktatur, aber sie zeigten sich bis vor Kurzem nicht so offen und totalitär. Als Russland im Februar 2022 seine militärische Spezialoperation in der Ukraine begann, nachdem die NATO die Integrität seiner nationalen Sicherheitslinien dort verletzt hatte, begann eine neue Phase des geopolitischen Ukraine-Konflikts. Das hat das diktatorisch orientierte Establishment Deutschlands und der EU opportunistisch ausgenutzt, um sein davon unabhängiges und schon lange erträumtes Szenario beschleunigt umzusetzen.

Die falschen Vorwände der nationalen Sicherheit, die die EU-Anführer angesichts ihrer konsequenten Angstmacherei vor Russland künstlich fabrizierten, dienen dazu, die Massen zu manipulieren. So will man eine stillschweigende Zustimmung des Volkes zu etwas erlangen, dem es sonst nur ungern zugestimmt hätte. Eine zunehmende Zahl von Menschen fing in den letzten Monaten an, dieses Spiel zu durchschauen und zu erkennen, dass sie von den Eliten gegen ihre objektiven gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen an der Nase herumgeführt wird. Die Augen öffneten sich nicht zuletzt dank alternativer Informationsquellen wie *RT DE*.

Die USA haben ihre zuvor schwindende unipolare Hegemonie über die EU auf Kosten des gesamten Blocks erfolgreich restauriert. Die europäische Wirtschaftskrise, die durch die Umsetzung des von Washington vorgeschriebenen antirussischen Sanktionskurses verursacht wurde, hält die Europäer im US-amerikanischen Lager. Die *New York Times* gab es kürzlich zu: Während das Wirtschaftswachstum der USA in den letzten drei Monaten des Jahres 2022 mit 2,9 Prozent höher ausfiel als erwartet, droht der EU 2023 eine schwere Rezession.

Dass die russische und die US-amerikanische Wirtschaft wachsen, während die Hälfte der EU voraussichtlich in eine Rezession abrutschen wird, ist eine objektive Tatsache, die nicht lange verschwiegen werden kann. Ihr Bekanntwerden könnte dazu führen, dass mehr Europäer und

insbesondere Deutsche bei den nächsten Wahlen alternative politische Kräfte unterstützen. Dem versuchen die deutschen und europäischen Machthaber zuvorzukommen, unter anderem, indem sie *RT DE Productions* zur Schließung zwingen.

Sie verrechnen sich jedoch vermutlich: Die Büchse der Pandora haben sie selbst geöffnet, gegen die eigenen Interessen, indem sie den Forderungen aus Washington nach antirussischen Sanktionen nachkamen. Die politischen Trends sind in Gang gesetzt, die Räder des Uhrwerks lassen sich nicht mehr stoppen. Die Schließung von *RT DE Productions* kann allenfalls das Tempo der Prozesse reduzieren, aufhalten kann sie sie jedoch nicht: Die Prozesse sind unumkehrbar und werden unweigerlich zu Veränderungen führen.

*Andrew Korybko ist ein in Moskau ansässiger US-Politologe, der sich auf die US-Strategie in Afrika und Eurasien sowie auf Chinas Belt-and-Road-Initiative, Russlands geopolitischen Balanceakt und hybride Kriegsführung spezialisiert hat. Seine Analysen erscheinen regelmäßig auf RT DE. Die vorliegende, aus dem Englischen übersetzte Stellungnahme zum angekündigten Ende der Produktionsfirma von RT DE ist in seinem Blog (<https://korybko.substack.com/p/the-forced-shuttering-of-rt-de-productions>) erschienen.*

\* \* \*

## **Deutsche Sendelizenz für französischen Staatssender – zweierlei Maß der Medienanstalten**

<https://freeassange.rtde.life/meinung/162326-deutsche-sendelizenz-fuer-staatssender-zweierlei/>  
08.02.2023

**Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg verlängert Sendelizenz für französischen Staatssender. Die gleiche Anstalt hat RT den Betrieb untersagt. Das wirft ein Licht auf deren angebliche Unabhängigkeit. Der Vorgang macht deutlich: In Deutschland wird mit zweierlei Maß gemessen.**

*Von Gert Ewen Ungar*

Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB) hat auf ihrer Website die Radiofrequenz 96,7 MHz ausgeschrieben. Im Prinzip kann sich jeder bewerben, man kann es aber auch sein lassen, denn ein kleiner Zusatz macht darauf aufmerksam, dass die Frequenz eigentlich schon vergeben ist.

In der Ausschreibung heißt es:

*"Zusätzlich beabsichtigt der Medienrat, die sogenannte 'Alliierten-Klausel' nach § 33 Abs. 5 MStV BE-BB bei der Auswahlentscheidung anzuwenden. Diese besagt, dass im Hörfunk Übertragungskapazitäten für Regional- oder Stadtprogramme auch Veranstaltern zugewiesen werden können, deren Rundfunkprogramme sich auf die besonderen Beziehungen Berlins zu seinen ehemaligen Schutzmächten gründen und diese weiterentwickeln."*

Auf der ausgeschrieben Frequenz sendet seit 2012 *Radio France Internationale*. Das wird voraussichtlich auch so bleiben, denn die Ausschreibung ist pro forma. Die Sendelizenz von *Radio France Internationale* läuft aus, also musste die Frequenz formal neu ausgeschrieben werden. Dass die Frequenz nahtlos weiter von *Radio France Internationale* bespielt wird, ist mehr als nur wahrscheinlich. Aber was spricht schon dagegen, jetzt die Lizenz einfach weiterlaufen zu lassen? Warum einen großen Aufriss machen?

Im Prinzip spricht alles dagegen, denn dieser Vorgang bringt die ganze Verlogenheit der deutschen Medienpolitik zum Vorschein. Alle Argumente, die vor zwei Jahren laut Medienanstalt Berlin-Brandenburg gegen die Erteilung einer Sendelizenz für *RT DE* sprachen, werden hier nonchalant vom Tisch gewischt. *Radio France* ist ein Staatssender. In Deutschland bekommen aus historischen Gründen staatliche Medien keine Sendeerlaubnis. *RT* ist ein Sender, der sich überwiegend aus Mitteln des russischen Haushalts finanziert, das ist richtig. Aber *Radio France* eben auch.

Allerdings gibt es im deutschen Medienrecht ebendiese eine Ausnahme, die Alliierten-Klausel. Den Sendern der Alliierten kann auch dann eine Genehmigung erteilt werden, wenn es sich um Staatssender handelt. Von dieser Ausnahmeregelung profitiert *Radio France* und *RT* eben nicht. Und genau das ist Willkür.

Die Bundesregierung hat sich zudem hinter der Entscheidung der MABB versteckt, die angeblich unabhängig und rein auf Basis von Gesetzen und Verwaltungsregeln basiert. Die Politik würde keinen Einfluss nehmen, wurde beteuert. Diese Geschichte, die damals erzählt wurde, das wird nun offenbar, ist in keinerlei Hinsicht stimmig. Regeln die für Frankreich gelten, gelten für Russland nicht. So einfach ist das –, so verlogen ist man in Deutschland.

Mal abgesehen davon – diese Bemerkung sei erlaubt – dass das Konzept der Staatsferne nicht dazu geführt, hat, dass der deutsche Journalismus in Krisenzeiten eine kritische Distanz zur Regierung und zu Informationen der Regierung gezeigt hat. Deutschland ist ein Beispiel dafür, dass dieses System gescheitert ist und es für die Sicherstellung eines wirklich unabhängigen Journalismus mehr bedarf als die bloße institutionelle Regelung.

Was soll man weiter zu der deutschen Willkür sagen? Die Pressefreiheit wurde von der EU-Kommission mit Einverständnis der EU-Länder ohnehin erfolgreich abgeschafft. *RT* und zahlreiche andere Sender sind in der EU verboten. Der Zugang zu ihren Internetpräsenzen wurde eingeschränkt. In Deutschland werden Gesetze verschärft, die unabhängige und freie Berichterstattung, die auch Fakten in den Blick nimmt, die nicht mit dem westlichen Narrativ korrespondieren, immer weiter eingeschränkt.

In Bezug auf die Regulierung von Medien haben sich die EU-Länder in ihrer Russophobie das Heft aus der Hand nehmen lassen, indem sie dem Verbot von *RT* durch Brüssel Folge leisten. Die Medienregulierung ist keine Aufgabe der EU. Nun wurde aber ein Präzedenzfall geschaffen. Man kann sich sicher sein, dass die EU auf dieses Instrument nicht wieder verzichten wird, sondern im Gegenteil künftig regelmäßig die Medien in den Nationalstaaten in ihrem Sinne neu ordnen wird.

Wer aber glaubt, dass die Medien im Westen frei sind, in den Staaten, mit denen man sich in einem Systemkonflikt sieht, jedoch nicht, der macht sich nur noch lächerlich. All diese Vorgänge in Deutschland und der EU machen deutlich, dass die demokratischen Freiheiten schon längst nach Osten weitergewandert sind.

\* \* \*



## Neue EU-Zensurkriterien: Widerspruch ist Majestätsbeleidigung

<https://freeassange.rtde.life/meinung/162303-neue-eu-zensurkriterien-widerspruch-ist-majestaetsbeleidigung/>

08.02.2023

**Das Getöse, mit dem die EU ihre neue Bezeichnung für den Gegenstand ihrer Zensur einführte, lässt Böses ahnen. Es geht längst nicht mehr um Wahrheit oder Lüge, es geht nur noch um die Absichten, die dem unterstellt werden, der Informationen verbreitet.**

*Von Dagmar Henn*

Wer sich mit Geschichte befasst, weiß, dass Ereignisse oft noch nach Jahrzehnten und Jahrhunderten verschieden gedeutet werden und die Ermittlung einer objektiven Wahrheit mühselig bleibt, selbst wenn das Ergebnis keinerlei Auswirkungen auf die Gegenwart mehr hat.

Die einzige Lehre, die sich daraus ziehen ließe, wäre, mit der Zuschreibung von absoluten Wahrheiten äußerst vorsichtig umzugehen und, sofern man selbst zu den politischen Akteuren gehört, immer auch die Möglichkeit eines eigenen Irrtums zu berücksichtigen und darauf zu achten, dass die politische Struktur nicht die Möglichkeit verliert, einen solchen Irrtum zu korrigieren.

Die Meinungsfreiheit ist, in einem funktionellen Zusammenhang gedacht, kein dekoratives Element, damit sich die Plebs ein wenig austoben kann, sondern notwendige Redundanz, die Korrekturen und Anpassungen an veränderte Umstände erst ermöglicht. In dem Augenblick, in dem ein einziger Blickwinkel die Position einer absoluten Wahrheit einnimmt, werden auch die damit verbundenen Fehler absolut, weil nicht korrigierbar, und der entscheidende Vorteil demokratischer Verfahren wird eliminiert.

Nun ist die EU-Kommission keine demokratische Struktur, ihre Mitglieder sind ernannt, nicht gewählt, die meisten derart mit Dünkel getränkt, dass ihnen jedes Verständnis für Demokratie abgeht, und der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell könnte in diesem Zusammenhang geradezu als Ausstellungsstück A gute Dienste leisten, wenn es nicht noch die Konkurrenz durch Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gäbe.

Treu dem Dunning-Kruger-Effekt, nach dem mit sinkender Intelligenz die Überzeugung von der eigenen Unfehlbarkeit steigt, gibt es aus der Sicht von Borrell und der EU-Behörden keinerlei Grund an der offiziellen Erzählung zu zweifeln, und jeder geäußerte Zweifel erhält nun ein neues Etikett: "Foreign Information Manipulation and Interference", ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, abgekürzt FIMI.

Diese Abkürzung dürfte die Insassen der EU noch länger begleiten; sie wurde nämlich geschaffen, um das Problem zu umgehen, dass öfter einmal das, was die Kommission gern als Desinformation brandmarken würde, der Wahrheit entspricht. Darum wird seit Neuestem auch das Verhalten, die Absicht mit bewertet. Wenn ich zum Beispiel völlig faktengetreu schreibe, dass Ursula von der Leyen ihre Handy-Kommunikation mit Pfizer über den Erwerb von Millionen Dosen eines pharmazeutischen Präparats gelöscht hat und das den Verdacht der Korruption doch sehr nahe legt, dann ist das allein deshalb FIMI, weil es auf der Seite eines russischen Senders steht und das Motiv für diese Aussage nicht immerwährende Liebe und Bewunderung für Frau von der Leyen ist.

Man muss den Bericht der EU nicht lesen. Er ist nur ein Beispiel dafür, dass man aus allem pseudowissenschaftliches Geschwätz machen kann. Man muss auch Borrells Rede nicht hören,

dessen Englisch mindestens so schlecht ist wie das der Ursula von der Leyen. Aber man kann anhand einiger Beispiele nachspüren, wie der Wahn konstruiert wird, in dem man in Brüssel so lebt.

"Beinahe alle Desinformationsnarrative, die der Kreml nutzt, um den Einmarsch zu rechtfertigen und heimische Unterstützung zu mobilisieren, können auf 2013 bis 2014 und die Euromaidan-Proteste zurückgeführt werden, in deren Zusammenhang der Kreml versuchte, die Ukraine als 'Nazistaat', als 'gescheiterten Staat' und als 'überhaupt kein Staat' darzustellen. Die Pro-Kreml-Medien haben über Jahre hinweg den Boden für den Einmarsch bereitet."

Das ist ein kleines, einführendes Beispiel. Die Realität zählt nicht, nur ihre Darstellung. Es war die Entscheidung Kiews, die Proteste in der damaligen Südostukraine in einen Bürgerkrieg zu verwandeln. Nicht "Moskau" hat Freikorps mit einer eindeutigen Ideologie aufgebaut, wie Asow und Aidar, und sie losgeschickt, die Bevölkerung des Donbass zu unterwerfen. Tatsächlich war die russische Politik von der Entwicklung im Donbass überrascht. Aber nachdem es diesen ukrainischen Bürgerkrieg nach EU-Lesart inzwischen nie gegeben hat, bald neun Jahre ukrainischen Beschusses nur ein "russisches Narrativ" sind und es selbstverständlich nie einen Aufmarsch ukrainischer Truppen an der Donbass-Front Anfang 2022 gab, sind es selbstverständlich die "Pro-Kreml-Medien", die letztlich schuld sind.

So, wie russische Medien auch "Hasssprache und Aufrufe zum Genozid" regelmäßig veröffentlichen, zumindest nach Überzeugung der EU. Ein konkretes Beispiel dafür wird im Bericht allerdings nicht geliefert. Das würde auch zumindest eine langwierige Suche erfordern; ukrainische und mittlerweile selbst deutsche Exemplare lassen sich allerdings mühelos finden.

Selbst die chinesischen Staatsmedien hätten, so der Bericht, "ausgewählte Pro-Kreml-Verschwörungserzählungen verstärkt, beispielsweise über vermeintliche militärische US-Biolabore in der Ukraine".

Das ist ein hübsches Beispiel, wie man die Wahrheit als Kriterium entsorgt. Diese Labore finden sich nicht nur als Budgetpositionen des US-Verteidigungshaushalts wieder, ein Dokument, über das der Kreml sicher keine Kontrolle ausübt; einzelne Kooperationen, wie die Forschungsprojekte des Bernhard-Nocht-Instituts oder des Friedrich-Löffler-Instituts mit diesen ukrainischen Laboren, finden sich auch auf deren Website, wie auch beim Finanzier dieser Projekte, dem deutschen Verteidigungsministerium. Man muss also festhalten, dass es diese Labore gab, dass sie aus dem Militärhaushalt finanziert wurden und dass die Forschung im Auftrag des Militärs stattfand, und zwar nicht nur im Auftrag des US-amerikanischen. Trotzdem erklärt die EU schon die Existenz der Labore selbst zur "Verschwörungserzählung".

Auch die westliche Beteiligung am Anschlag auf die Brücke von Kertsch im Oktober vergangenen Jahres ist nur FIMI des Kreml, so wie die Verwicklung der USA und Großbritanniens in die Sprengung von Nord Stream. Was natürlich wesentlich einfacher ist, wenn man diesen neuen Begriff nutzt, weil das Kriterium "wahr oder falsch" gar nicht mehr benötigt wird. Es ist eher andersherum. Nachdem das einzige Kriterium für FIMI darin besteht, dass eine bestimmte Information nach Meinung der EU "dem Kreml nützt", kann noch die lauterste Wahrheit, wenn sie der EU nicht genehm ist, zum Gegenstand der Verfolgung werden.

Ein weiteres hübsches Beispiel zum Umgang mit der Wahrheit liefert der Fall der in Polen niedergegangenen Rakete. So schreibt der Bericht darüber:

*"Der 15. November war ein Schlüsseltag, der in den folgenden Tagen opportunistische Vorfälle auslöste. An diesem Tag explodierte eine Rakete bei Prjewowod in Polen. Das russische FIMI-Ökosystem verstärkte Screenshots von einem Facebook-Post, der von einem*

*gelöschten Konto veröffentlicht wurde, das dem ehemaligen Stadtratsvorsitzenden von Lublin gehören sollte, und erklärte, die Explosion der Rakete sei eine ukrainische Provokation."*

Das war damals ein ziemlich dramatischer Moment, da Kiew lautstark behauptete, es handle sich um eine russische Rakete, und nur durch Glück in Polen jemand die Überreste fotografiert hatte, wodurch klar wurde, dass es eine ukrainische Rakete aus einem S-300-Luftabwehrsystem war. Die Rakete war verändert worden, weil Luftabwehrraketen so gebaut sind, dass sie mit Abstand vom Boden explodieren. Außerdem hätte dieses Raketenmodell eine Fernzündung ermöglicht, die nicht stattfand. Es waren also einige Dinge daran eigenartig, auch ohne besagtes Posting und unabhängig von der Frage, ob es vom ehemaligen Stadtratsvorsitzenden von Lublin stammte oder nicht. Den USA jedenfalls war die Nummer zu heiß, sie erklärten sehr schnell, es habe sich um eine ukrainische Rakete gehandelt.

Weitaus weiter verbreitet als das von der EU-Studie zitierte Facebook-Posting war das Foto, durch das man die Rakete identifizieren konnte. Aber dieses Bild kann man nicht erwähnen, wenn man in dem Rahmen einer "Desinformationsgeschichte" bleiben will.

In Zusammenhang mit Protesten unter dem Titel #StopKillingDonbass schreibt das Papier, es sei "fälschlich behauptet worden, dass die Streitkräfte der Ukraine und "paramilitärische Einheiten von Neonazis" Gräueltaten gegen Zivilisten begängen, darunter auch Kinder". Fälschlicherweise? Selbst die Soros-NGO Human Rights Watch hat inzwischen eingestanden, dass die Ukraine Schmetterlingsminen in Donezk verteilt hat, eine geächtete Munition in Wohngebieten ...

Nein, selbst wenn es unzählige Belege gibt, von Fotografien bis hin zu den medizinischen Berichten der Opfer – wahr ist, was die EU für wahr erklärt. Weil es ja, so der Grundgedanke des Übergangs von der "Desinformations"-Beschuldigung zu FIMI, gar nicht darauf ankommt, ob die Aussage wahr ist, sondern nur darauf, dass sie im Gegensatz zur NATO-Erzählung steht.

Dementsprechend wurden fünf Hauptnarrative ausgemacht, mit deren Wahrheitsgehalt man sich nicht näher befasste: 1. Der Westen ist der Aggressor gegen Russland; 2. Die Ukraine ist der Aggressor gegen Russland; 3. Die Sanktionen gegen Russland gingen nach hinten los. 4. Der Westen ist heuchlerisch und 5. Die Ukraine ist ein Staat von Nazis und Terroristen.

Für jedes einzelne dieser Narrative lassen sich Belege auch in westlichen Medien finden. Aber das ist eben der entscheidende Haken, den die EU-Bürokratie mit dieser Studie schlägt:

"Die Information, die von diesen Netzwerken verbreitet wird, muss nicht belegbar falsch oder irreführend sein, um einen FIMI-Vorfall darzustellen, was FIMI breiter anlegt als die klassische Definition von Desinformation."

Offenkundig sind die Institutionen der EU bei ihren Verfolgungsversuchen gelegentlich auf das Hindernis gestoßen, dass die verfolgten Aussagen schlicht der Wahrheit entsprachen. Es ist die ukrainische Armee, die den Donbass und auch das Atomkraftwerk Energodar beschießt. Dieses Problems wünscht man sich zu entledigen. Die Erfindung des neuen Begriffs soll die Verfolgung der Wahrheit absichern:

*"Die Betonung des Verhaltensaspekts des Problems stimmt nicht nur konzeptuell mit den Forschungspraktiken der FIMI-Analysegemeinschaft überein, sondern ermöglicht es uns auch, unseren Werkzeugkasten der Gegenmaßnahmen zusätzlich zum Fokus auf strategische Kommunikation wie der Widerlegung und Vorabwiderlegung irreführender oder falscher Narrative zu erweitern."*

Womit, wird nicht genauer ausgeführt. Aber die vergangenen Monate haben bereits belegt, was alles auf dem Programm steht; begonnen mit der Sanktionierung von Medien über Kontensperrungen und Internetblockaden bis hin zur Strafverfolgung einzelner Autoren. Irgendwie werden sie es schon hinkriegen, aus der neuen Erfindung FIMI einen Straftatbestand zu basteln, der dann EU-weit eingeführt werden soll.

Ob und wie weit das dann gelingt, ist allerdings völlig unerheblich. Denn das ist längst nicht mehr nur eine Einschränkung der Meinungsfreiheit; dieser letzte Schachzug erklärt im Grunde jede Aussage, die der EU/NATO-Erzählung widerspricht, zur Majestätsbeleidigung. Allein die Absicht zu widersprechen, stellt bereits das Vergehen dar. Wenn es noch eines Belegs für die maßlose Überheblichkeit der Brüsseler Eurokraten bedürfte, hier ist er.

\* \* \*

## **Wolfgang Bittner: Wir sind im Kriegsmodus**

<https://freeassange.rtde.life/meinung/162195-wir-sind-im-kriegsmodus/>

08.02.2023

**Der Kanzler schickt bereits Panzer, nun will Kiew Kampfflugzeuge und Langstreckenraketen. Die Weltuntergangsuhr, so der Autor Wolfgang Bittner, steht auf 90 Sekunden vor Mitternacht.**

*Von Wolfgang Bittner*

Als Joseph Biden 2014 davon sprach, der russische Präsident Wladimir Putin müsse die Souveränität der Ukraine respektieren, sonst werde sich Russland zunehmenden Konsequenzen gegenübersehen, war der von den USA lange vorbereitete Staatsstreich in Kiew – unter Missachtung der Souveränität der Ukraine – bereits vollzogen, und der Bürgerkrieg in der Ostukraine hatte begonnen. Kurz darauf nötigte US-Präsident Barack Obama die führenden europäischen Politiker, Russland mit harten Sanktionen zu belegen.

Das war der Beginn einer gewollten Auseinandersetzung, in die Deutschland und die Europäische Union mehr und mehr hineingezogen wurden. Lange vergessen ist das Kooperationsangebot Putins von 2001, als er in seiner denkwürdigen Rede im Deutschen Bundestag für einen gemeinsamen Wirtschaftsraum von Wladiwostok bis Lissabon warb. Die USA haben das verhindert. Sie haben die Ukraine nach dem von ihnen initiierten Putsch auf kaltem Wege übernommen und vor der Haustür Russlands einen Brandherd gelegt, den sie immer wieder anheizten.

Das Minsker Abkommen wurde von Kiew ignoriert, die berechtigten Forderungen Russlands nach Sicherheitsgarantien blieben unbeantwortet und Mitte Februar 2022 eskalierten die Angriffe auf die Volksrepubliken Donezk und Lugansk. Daraufhin marschierten am 24. Februar 2022 russische Truppen in die Ukraine ein. Die Folge war ein Aufschrei des sogenannten Wertewestens mit einer gigantischen Kriegspropaganda, begleitet von umfangreichen Waffenlieferungen an die Ukraine. Die USA und die NATO begannen, mithilfe der instrumentalisierten Ukraine einen verdeckten Krieg gegen Russland zu führen.

## **Ideologisierte Politiker machen alles noch schlimmer**

Inzwischen zeigt die Weltuntergangsuhr 90 Sekunden vor Mitternacht. Dennoch folgen devote, ideologisierte Politiker in der Europäischen Union den Vorgaben aus Washington zum Nachteil ihrer Länder. Sowohl Deutschland als angebliche europäische Führungsmacht als auch die EU mit

der aufgrund von Manipulationen an die Macht gekommenen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen tragen zur Verschärfung der Lage bei und überschreiten damit ständig ihre Befugnisse, indem sie ihren primären Auftrag, Frieden und Sicherheit zu bewahren, verraten. Um es noch deutlicher zu sagen: Die deutsche Regierung und die EU-Kommission missbrauchen ihr Mandat.

Putin hatte den Westen mehrmals davor gewarnt, die Ukraine mit Offensivwaffen auszurüsten und Verhandlungen angeboten. Seine Erklärungen, Moskau sei trotz der westlichen Aggressionspolitik an einer Kooperation mit allen ausländischen Partnern interessiert, wurden als Propaganda abgetan. Auch die Bemühungen des russischen Außenministers Sergei Lawrow, der vor einer hochgefährlichen Ausweitung des Ukraine-Krieges gewarnt hatte, liefen ins Leere. Lawrow hatte schon vor Wochen von einem hybriden Krieg gegen Russland gesprochen, der das Ziel habe, das Land zu ruinieren und einen politischen Umsturz herbeizuführen.

## **Westen: Russland muss verlieren**

Festzustellen ist, dass die von den USA geführte westliche Allianz beabsichtigt, Russland mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu besiegen. Was sich in dieser Konstellation zwischen Deutschland und Russland angebahnt hat, ist eine Tragödie und eine Jahrhundertkatastrophe. Besonders tragisch ist, dass sich Deutschland zum dritten Mal gegen Russland in Stellung bringen lässt. Das war im Ersten und Zweiten Weltkrieg so und ist auch jetzt wieder der Fall. Durch die bedingungslose Kapitulation 1945 geriet Deutschland vollkommen in die Hand der USA, die seit über einem Jahrhundert eine Langzeitstrategie verfolgen, die vor allem der Verhinderung einer Kooperation zwischen Deutschland und Russland als einer wirtschaftlichen und militärischen Konkurrenz dient.

Jetzt wird Deutschland als Speerspitze gegen Russland eingesetzt, Japan und Südkorea stehen gegen China. Die USA wollen mit aller Macht ihren durch nichts begründeten Anspruch auf globale Herrschaft durchsetzen, selbst wenn es dabei zum großen Krieg kommt. Diese Hybris geht von den Neokonservativen in Washington mit den dortigen Finanz- und Wirtschaftseliten und ihrer Galionsfigur Joseph Biden aus, der fast alle Konflikte und Kriege der letzten Jahrzehnte mitzuverantworten hat. Er ist es auch, der Deutschland zur bedingungslosen Unterstützung der Ukraine verpflichtet, zur Teilnahme an einem Abnutzungskrieg, von dem die USA wirtschaftlich außerordentlich profitieren.

Eine nochmalige Zuspitzung in den Beziehungen Russlands mit den Westalliierten ist nach einer bestürzenden Aussage der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel eingetreten. In einem Interview sagte sie im Dezember 2022, das Minsker Abkommen von 2014 sei vom Westen geschlossen worden, um der Ukraine Zeit zu geben, stärker zu werden. Der ehemalige französische Präsident Hollande und der ukrainische Ex-Präsident Poroschenko haben das bestätigt. Demnach war Krieg mit Russland von vornherein die Absicht, die der Westen in und mit der Ukraine verfolgt hat. Was da zutage tritt, ist eine Ungeheuerlichkeit: Die Regierungen von Deutschland, Frankreich, der Ukraine und den USA haben in den Jahren vor dem russischen Einmarsch doppeltes Spiel getrieben, das heißt intrigiert, gelogen und Kriegsvorbereitungen getroffen.

## **Der Panzer-Kanzler und seine Außenministerin**

Putin zeigte sich tief enttäuscht. Er beklagte einen Mangel an Ehrlichkeit und stellte die Frage, ob es überhaupt noch jemanden gebe, mit dem man sich einigen könne und welche Garantien es dann gebe. Nach diesen Enthüllungen sei das Vertrauen fast auf dem Nullpunkt, aber – so fügte er hinzu – letztlich müsse eine Einigung erzielt werden und Russland sei dazu bereit und offen. Anstatt darauf einzugehen, fand ein regelrechtes Kesseltreiben auf die Berliner Regierung statt, Leopard-Kampfpanzer, also schwere Offensivwaffen, an die Ukraine zu liefern, was nun geschehen ist. Jetzt

fordert der ukrainische Machthaber Wladimir Selenskij Kampfflugzeuge und Langstreckenraketen.

Dass die Lieferung solcher Waffen die Situation in der Ukraine nur verschärfen kann, hat sich in den vergangenen Wochen bewiesen. Je mehr der Westen liefert, desto länger wird diese Auseinandersetzung dauern. Die Ukraine geht dabei zugrunde, aber auch Deutschland, das ständig Waffen schickt und Milliarden an Kiew zahlt, wird ruiniert. Dass ein großer Teil der deutschen Bevölkerung Frieden mit Russland will, wird von der eigenen Regierung aufgrund des Drucks aus Washington und einiger Vasallenstaaten missachtet. Selenskij kann die deutsche Regierung beleidigen und beschimpfen, doch Olaf Scholz und Außenministerin Annalena Baerbock versichern ihm weiterhin ihre unbegrenzte Unterstützung. Viele fragen sich, wie die Berliner Politiker dazu kommen, solche Versprechungen abzugeben und warum Deutschland der Ukraine überhaupt irgendetwas schulden sollte.

Einen Paradigmenwechsel in der Einschätzung des Ukraine-Krieges auf westlicher Seite leitete kürzlich der Vorsitzende des Vereinigten Generalstabs der Streitkräfte der USA, General Mark Milley, ein, als er in einem Interview in der *New York Times* – entgegen der Politik Bidens – zu Verhandlungen mit Russland aufrief. Offenbar fürchten hohe Militärs in den USA und Europa inzwischen die Inkompetenz von Politikern wie Biden, Austin, Selenskij oder Baerbock und melden sich allmählich zu Wort.

## **Zwei Atommächte im Stellvertreterkrieg**

Das ficht US-Präsident Biden offenbar nicht an. Er wähnt sich am Ziel seiner jahrzehntelangen Bemühungen, Russland zu ruinieren und den westlichen Begehrlichkeiten wie auch den strategischen Interessen zu unterwerfen. Aber das wird die russische Regierung verhindern. Russland wird nichts übrig bleiben, als sich in dieser Auseinandersetzung, trotz der immensen Waffenlieferungen der westlichen Allianz, durchzusetzen. Etwas anderes ist gar nicht möglich. Russland ist eine Atommacht und wird eine Niederlage, die mit einer Zerstückelung des Landes einherginge, niemals zulassen.

Abgesehen von der akuten atomaren Bedrohung sind die Folgen der von den USA provozierten Auseinandersetzung gravierend. Russland hat schon länger damit begonnen, sich vom Westen abzukoppeln, neue Wege mit neuen Partnern zu gehen und sich gegen die Aggressionspolitik der USA zur Wehr zu setzen. Damit ist Russland nicht allein. Mehr als die Hälfte der Menschheit will sich die Zumutungen und die Unterdrückung durch die USA nicht mehr gefallen lassen.

Zu registrieren ist, dass die BRICS-Organisation und die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit immer mehr Zulauf erhalten. Gearbeitet wird an einem anderen als dem westlichen, von den USA dominierten Wirtschafts- und Finanzsystem. Unter anderem ist die Herrschaft des Dollar als Weltleitwährung infrage gestellt, was allerdings weitere, hochgefährliche Auseinandersetzungen nach sich zieht. Denn die USA werden sich nicht ohne Gegenwehr in den Bankrott treiben lassen. Sie verfügen über die größte Militärmacht der Welt, und das ist bei allem zu berücksichtigen, was künftig in den Bemühungen um eine friedlichere Welt unternommen wird. Zurzeit stehen sich zwei Atommächte in einem Stellvertreterkrieg gegenüber, der jede Minute ausufern kann.

Möge uns das erspart bleiben.

*Dies ist das Manuskript einer Rede (<https://www.youtube.com/watch?v=vbqJetbHmLI>), die Wolfgang Bittner als Teil der Internetkonferenz "Das Zeitalter der Vernunft oder die Auslöschung der Menschheit?" des Schiller Instituts gehalten hat.*

*Von Wolfgang Bittner ist kürzlich im Verlag zeitgeist das Buch "Ausnahmezustand – Geopolitische Einsichten und Analysen unter Berücksichtigung der Ukraine-Krise" erschienen.*

\* \* \*

## **Unfassbare Heuchelei der Ukraine: Kiew tritt Andenken an den Befreier der Stadt mit Füßen**

<https://freeassange.rtde.life/meinung/162609-unfassbare-heuchelei-der-ukraine-kiew-tritt-andenken-an-befreier-der-stadt-mit-fuessen/>

10.02.2023

**Wenn es opportun ist (etwa bei einem Gedenken in Auschwitz), versucht die Ukraine, den Sieg im Zweiten Weltkrieg mit Geschichtsfälschung für sich zu vereinnahmen. Tatsächlich hat sie sich seit 2014 in die Tradition von Hitler-Kollaborateuren gestellt. Das Andenken von Antifaschisten tritt sie – regelmäßig und am Freitag wieder – mit Füßen.**

*Von Marina Achmedowa*

Im Jahr 2020 war der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij in Polen zu Besuch gewesen, um den Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau zu würdigen. Der Präsident Polens Andrzej Duda hatte als Erster das Wort ergriffen und herumgeeiert, ohne ein Wort über die Rote Armee zu verlieren. Doch gerade diese hatte das Lager befreit. Duda hatte behauptet: "Soldaten der Ukrainischen Front haben 7.000 Gefangene befreit ..." Der gehorsame Selenskij war gefolgt und hatte die Rote Armee nicht erwähnt, auch er hatte in einem bewussten Täuschungsversuch nur von der 1. Ukrainischen Front gesprochen. Selenskij hatte erklärt, die Ukrainer und die Polen würden niemals die Soldaten des Stoßtrupps der 100. Lwower Division vergessen, die in das Lager gestürmt waren und es zusammen mit anderen Soldaten der 1. Ukrainischen Front befreit hatten.

Doch die 100. Lwower Division hatte ihren Namen nicht bekommen, weil sie aus Einwohnern Lwows gebildet worden wäre (das war sie nicht), sondern weil sie sich in den Kämpfen um die Befreiung dieser Stadt ausgezeichnet hatte. Auch die 1. Ukrainische Front trägt den Namen nicht, weil sie aus Ukrainern bestanden hätte (tatsächlich war im Jahr 1945 rund ein Viertel der Soldaten und Offiziere dieser taktischen Vereinigung ukrainischer Abstammung gewesen – d. Red.). Sie war lange vor der Befreiung der Ukraine im Gebiet Woronesch gebildet worden und hieß daher zunächst nach dem Ort ihrer Aktivitäten "Woronescher Front". 1943, als sich die Kampfhandlungen in die Ukraine verlagert hatten, war sie umbenannt worden, was den Ort der Kampfhandlungen dokumentieren sollte und nichts anderes. Darin hatten Russen, Weißrussen, Ukrainer, Georgier, Armenier und Vertreter anderer Nationalitäten der Sowjetunion gemeinsam gegen die Faschisten gekämpft.

Sowohl Selenskij als auch Duda wissen das. Sie zählen aber auf den schlecht gebildeten durchschnittlichen Europäer. Was sollte derjenige denken, wenn er von Selenskij über die "1. Ukrainische Front" und die "Lwower Division" hört? Dass in beiden ausschließlich Ukrainer gedient hatten. Dass sie es waren, die den Sieg im Krieg errungen hatten. Und dass Russen mit alldem gar nichts zu tun gehabt hätten.

Hier und dort ziehen Ukrainer die Fahne der 1. Ukrainischen Front aus der Tasche und schwenken sie in der Hoffnung, dass Europäer, durch das Fahnenschwenken geblendet, vergessen, wer das blutige Judenpogrom in Lwow verübt hatte. Und dass sich Polen nicht weiter mit den Aktivitäten der UPA befassen, deren Verbrechen im Rahmen des Wolyn-Massakers sich in diesem Jahr zum 80. Mal jähren. Und dass wir alle vergessen, dass die Post-Maidan-Ukraine das Andenken an die



Soldaten der Antihitlerkoalition längst über Bord geworfen und sich bewusst in die Tradition jener gestellt hat, die den Antifaschisten in den Rücken geschossen hatten, während diese erst auf dem Weg waren, Auschwitz zu befreien.

Der Leser glaubt es nicht? Nun, heute (der Artikel erschien im Original am Freitag – d. Red.) wurde in Kiew das Denkmal für General Nikolai Fjodorowitsch Watutin abgerissen und sein Grab geschändet. Watutin (16. Dezember 1901 – 15. April 1944) war Befehlshaber ebenjener Woronescher Front gewesen, auch nach ihrer Umbenennung in die "1. Ukrainische Front" bis zu seinem Tod von der Hand ukrainischer Nationalisten. Dazwischen hatte er es noch geschafft, Kiew von der deutschen Besatzung zu befreien.

Die Logik der Ukraine ist unfassbar. Vielleicht lohnt es sich nicht, nach ihr zu suchen. Sie rechnen damit, dass ein einfacher Europäer, sobald Selenskij irgendwo in Europa wieder mit der Fahne der 1. Ukrainischen Front wedelt, diese zwei Tatsachen nicht in Verbindung zu bringen vermag: die 1. Ukrainische Front, die laut Lügen der modernen ukrainischen Propaganda ausschließlich aus tapferen Ukrainern bestanden haben soll, und das zerstörte Denkmal für Watutin, den Befehlshaber exakt dieser Front, sein geschändetes Grab. Ermordet von denjenigen, die die Maidan-Ukraine in den Status nationaler Helden erhoben hat.

Leider kann es durchaus passieren, dass Selenskij's Kalkül aufgeht: Der durchschnittliche Europäer unternimmt auch jetzt keinerlei intellektuelle Anstrengung, wenn er Schlussfolgerungen über die Ereignisse in Russland und der Ukraine zieht.

Watutin war seinen ihm von ukrainischen Nationalisten zugefügten Schussverletzungen in einem Kiewer Krankenhaus erlegen. Das abgerissene Denkmal hatte sich über seinem Grab erhoben. Die Ukraine riss heute nicht nur ein Denkmal, sondern einen Grabstein ein. Hieraus ergibt sich eine weitere Frage:

Selenskij's Großvater, Semjon Iwanowitsch Selenskij, hatte im Zweiten Weltkrieg als Kommandant eines Mörserzugs und später als Kommandant einer Schützenkompanie in der Roten Armee gekämpft. Er war, genau wie Watutin, Offizier der Roten Armee gewesen. Begraben ist er in Kriwoi Rog. Weshalb also geht Selenskij nicht gleich heute zu seines Großvaters Grab und reißt dort den Grabstein ein?

*Hinweis der Redaktion: Mit der Fahne der 1. Ukrainischen Front kann Selenskij auch nur im Ausland wedeln. In der Ukraine stehen alle Symbole der Roten Armee und der Sowjetunion seit 2015 unter Strafe, und Menschen werden von Nationalisten verprügelt, wenn sie am 9. Mai auch nur einen sowjetischen Orden mitführen.*

*Übersetzt aus dem Russischen (<https://russian.rt.com/opinion/1109118-ahmedova-istoriya-ukraina-vatutin-pamyatnik-snos>).*

*Marina Achmedowa ist Schriftstellerin, Journalistin und Mitglied des Menschenrechtsrates der Russischen Föderation. Sie schreibt für die Zeitschrift "Der Experte" und seit Neuestem auch für RT. Man kann ihr auch auf ihrem Telegram-Kanal (<https://t.me/Marinaslovo>) folgen.*

\* \* \*

## **Der indiskrete Charme des Faschismus – Nazi-Girls in Augsburg "zu Ehren" von Bert Brecht**

<https://freeassange.rtde.life/meinung/162818-indiskrete-charme-faschismus-nazi-girls/>

14.02.2023



**In Augsburg wird der 125. Geburtstag von Bertolt Brecht begangen. Aufgeboten wird dafür auch eine Gruppe von pro-faschistischen ukrainischen "Performerinnen", die mit ihrer antirussischen Show einerseits die Forderungen westlicher Propaganda bedienen, andererseits das Andenken und Werk Brechts schänden.**

*Von Klaus Hartmann*

"Von 10. Februar bis 19. Februar findet das Brechtfestival 2023 zu Ehren Bert Brechts statt", heißt es auf der Website der Stadt Augsburg: "Die Stadt würdigt den gebürtigen Augsburger, der zu den bedeutendsten, deutschen Schriftstellern des 20. Jahrhunderts zählt, auch in diesem Jahr mit einem zehntägigen Festival."

Von der Installation "The History of Brecht's People" über das Schauspiel "Saunah. Ein Drama in drei Aufgüssen", einem Festbankett, zu dem die Kulturstatsministerin Claudia Roth ihre Erscheinung angedroht hat, einem öffentlichen Dinner bis zum Auftritt des Oberbayerischen Volkstrachtenvereins erwartet die Besucher ein abwechslungsreiches Programm, das mehr oder weniger mit Bertolt Brecht zu tun haben könnte.

Der absolute Knaller des Brechtfestivals ist allerdings der Auftritt der Dakh Daughters aus der Ukraine mit ihrem "Szenischen Konzert: Ukraine Fire" am 12.02.2023. Sie waren schon 2021 bei der "Coronamaßnahmen"-bedingten Digitalausgabe des Festivals zu sehen, "wie Geishas geschminkt", merkte die Süddeutsche Zeitung (01.03.2021) an. Die Website preist sie so an: "Die Dakh Daughters singen von Utopie und politischer Selbstbestimmung, von der vielschichtigen Identität ihres Landes und gegen den imperialistischen Feldzug Putins. Seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine befindet sich die Band im Exil und tourt mit der Produktion 'Ukraine Fire' durch Europa. Eine mitreissend wie ergreifende theatrale, musikalische Performance mit politischer Haltung und Botschaft." (Falsche Schreibung im Original) Die Gruppe selbst nennt ihr Programm "einen Protest gegen das Verbrechen der russischen Truppen" (Kölner Stadtanzeiger, 19.08.2022).

Die politische Haltung und Botschaft haben es in sich: "Auf der Bühne des Euromaidan, das Riesentransparent mit der Aufschrift 'Für eine europäische Ukraine' im Rücken wird die Kiewer Frauen-Band Dakh Daughters landesweit bekannt", schreibt die taz am 07.04.2022 unter dem Titel "Die Gothik-Girls vom Maidan". Ihr Regisseur Vlad Troitsky bekennt kurz danach anlässlich eines Konzerts im Hamburger Thalia-Theater (das für die ukrainische Kriegspartei Geld sammelt), dass es sich um "einen spezifischen Beitrag von Künstler\*innen zu den Kriegsanstrengungen" handelt (taz, 18.04.2022 – fehlerhafte Schreibung im Original). "Eine Art Fronttheater im Kampf gegen Russlands Aggression", nennt es der Tagesspiegel (25.06.2022).

Beim "Euro-Maidan" (eigentlich US-Maidan) standen diese Künstlerinnen auf der Bühne zur Untermalung der Reden von Vertretern des "Rechten Sektors" und der faschistischen Swoboda-Partei. Jetzt klagt die Band "diesen Krieg Russlands zur Zerstörung der Ukraine" als "eine Katastrophe für die ganze demokratische Welt, die ganze Menschheit" an (Rheinische Post, 11.08.2022). "Die seit Monaten allgegenwärtige blau-gelbe Flagge wird ausgerollt, unter 'Slava Ukraini'-Rufen danken die Dakh Daughters dem Publikum für die westliche Solidarität mit ihrer Heimat", schreibt Konrad Kögler (27.01.2023).

Susann Witt-Stahl zitiert in der jungen Welt (10.02.2023) eine "Daughter" namens Solomia Melnyk: "Wir wollen nicht gegen die Traditionen unserer Eltern kämpfen, sondern gegen ihren 'Sowjetismus'. Wir sind die Krieger der Gegenkultur, die das, was wichtig ist, hochhalten und den Leuten den Sowok (Schimpfwort für den Sowjetmenschen) aus der Seele fegen müssen." Die jW-Autorin: "Sie huldigen dem Militär, den 'mächtigsten, stärksten und klügsten Menschen unseres

Landes – unseren Kriegern des Lichts'. Und so begrüßte die Gruppe die Freilassung einiger Kommandeure des Naziregiments Asow im Zuge eines Gefangenenaustauschs mit überbordender Freude: 'Möge Gott ihnen Kraft geben!'. So verwundert es kaum, dass Andrei Bilezki, Mitbegründer der Nazi-Parteien Ukrainische Patrioten und Rechter Sektor sowie des Asow-Regiments, die Damen, die sich selbst als "Banderistinnen" bezeichnen, mit einer Urkunde ausgezeichnet hat – "mit dem von ehemaligen SS-Insignien entlehnten Asow-Wolfsangel-Emblem".

In einer Zeit, in der "Slava Ukraini"-Rufe der ukrainischen Faschisten-Kollaborateure durch den Deutschen Bundestag, den US-Kongress wie durch das EU-Parlament gellen, ist das auf einer Augsburger Festival-Bühne eigentlich keine Besonderheit. Auch mit ihrer Bandera-Verehrung stehen die Pin-Up-Girls des ukrainischen Faschismus bekanntlich nicht allein: Für Andrei Melnyk, den Vize-Außenminister und ehemaligen Botschafter der Ukraine in Deutschland, gilt Stepan Bandera als Vorkämpfer für eine unabhängige Ukraine, während er Banderas Verantwortung für Massenmorde seiner Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) mit hunderttausenden Toten als Hilfstruppe der deutschen Faschisten verneint.

Wer aber bitte soll eigentlich auf diese Weise in Augsburg geehrt werden? Bertolt Brecht war Verfolgter des deutschen Naziregimes, seit 1930 störten SS- und SA-Horden Brecht-Aufführungen, nach dem Reichstagsbrand am 27./28.02.1933 (infolge dessen der Freidenker-Vorsitzende Max Sievers und weitere führende Freidenker-Funktionäre sowie Kommunisten und Sozialdemokraten verhaftet wurden) reiste Brecht mit Familie und Freunden aus Deutschland aus und erhielt nach vielen Exilstationen erst 1941 ein Einreisevisum für die USA – um bereits ab 1942 als "feindlicher Ausländer" vom FBI überwacht zu werden. Schon im Mai 1933 wurden seine Werke in Deutschland Opfer der Bücherverbrennungen, 1935 entzogen ihm die Faschisten die deutsche Staatsbürgerschaft.

Nachdem aber in Deutschland von Politikern und Mainstream-Medien das Nazi-Problem in der Ukraine gelehnet und als "russische Desinformation" abgetan wird, die man als Feindpropaganda zwecks Ruhe an der Heimatfront unterdrücken muss, ist es natürlich auch kein Problem mehr, Bert Brecht mit den Fans seiner vormaligen Bedränger zu "ehren".

*Klaus Hartmann ist stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Freidenker-Verbandes.*

\* \* \*

## **Wagenknecht-Aufruf: Was bleibt, ist Emotion**

<https://freeassange.rtde.life/meinung/162790-wagenknecht-aufruf-was-bleibt-ist/>

14.02.2023

**Die Reaktionen auf den Friedensaufruf von Wagenknecht und Schwarzer sind vor allem von Emotionen geleitet. Was in Deutschland fehlt, sind Rationalität und Analyse. Aus diesem Grund kann Deutschland keinen Beitrag zum Frieden leisten.**

*Von Gert Ewen Ungar*

Für ihr Manifest für Frieden erhalten die beiden Initiatorinnen Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht viel Kritik. Sie seien die 5. Kolonne Putins, wird ihnen vorgeworfen. Es wird mit Vergewaltigungen argumentiert, die russische Soldaten in der Ukraine begehen sollen. Die beiden hätten die Absicht, die Ukrainer schutzlos Putins Bomben auszusetzen, ist ein Argument, mit dem Waffenlieferungen begründet werden sollen. Wagenknecht und Schwarzer begingen Verrat am ukrainischen Volk, meint der ehemalige ukrainische Botschafter in Deutschland und aktuelle Vizeaußenminister Andrej Melnyk.

All diese "Argumente" haben eins gemeinsam: Sie setzen auf Emotionalisierung und verhindern eine rationale Debatte. Dabei stünde bei einer etwas weniger emotionalen Betrachtung nicht infrage, wer das ukrainische Volk tatsächlich verrät: Es ist Melnyk, der die Ukraine zu einem Vasallen der EU und vor allem der USA macht, und bereit ist, seine Nation, sein Volk für die geopolitischen Interessen eines anderen Landes zu opfern.

Melnyk und Selenskij vertreten nicht die vitalen Interessen der Ukrainer, sollte inzwischen jedem klar geworden sein, denn sie machen die Ukraine zum Schlachtfeld, auf dem der Westen, vor allem die USA, seine geopolitischen Interessen verteidigt. Melnyk und Selenskij sind bereit, für die Interessen fremder Mächte die Leben ihrer Landsleute zu zehntausenden zu opfern. Verhandlungen sind ausgeschlossen. Das ist keine gute Politik im Interesse der Ukrainer.

Dass sie nicht die Interessen der Ukraine vertreten, gilt übrigens auch für jene, die meinen, mit weiteren Waffenlieferungen wäre die Ukraine in der Lage, einen Sieg über Russland zu erringen und es Putin heimzuzahlen. Diese Argumentation vertritt ebenfalls nicht die Interessen des ukrainischen Volkes. Aus ihr spricht lediglich der Wunsch nach Rache für eine erlittene Kränkung des deutschen Egos. Man lässt sich zwar von den USA in die Schranken weisen, wie das beredte Schweigen zu Nord Stream zeigt, aber eben nicht von den Russen.

Wagenknecht und Schwarzer fordern einen Stopp von Waffenlieferungen, fordern, eine Verhandlungslösung für die Ukraine und ernten im aufgeheizten Klima von nach allen Regeln der Propaganda aufgehetzten Medienkonsumenten viel Gegenwind. Dabei haben die beiden ihren Aufruf noch züchtig und dem deutschen Narrativ angepasst formuliert, sprechen von vergewaltigten Frauen und verängstigten Kindern. Wagenknecht und Schwarzer setzen ebenfalls auf Emotionalisierung.

Das verweist auf ein großes Problem in der deutschen Diskussion über den Konflikt. Er wird nicht rational, sondern über Gefühle geführt. Deutschland schafft es nicht, sich in die notwendige Distanz zum Gegenstand zu bringen, in der eine klare Analyse möglich wird. Die Fragen, die sich dabei stellen, sind ganz einfach: Wer hat in diesem Konflikt welche Interessen? Welche Interessen hat Deutschland und wie lassen sie sich erreichen? Ist ein Sieg der Ukraine über Russland ein sinnvolles Ziel, das Deutschland fördern sollte? Ist es überhaupt erreichbar und zu welchem Preis? Diese Diskussion wird nicht geführt. Stattdessen geht es um Waffenlieferungen, mit denen die Ukraine in den Stand versetzt werden soll, dem Russen eins auf die Mütze zu geben. Auf diesem Niveau der politischen Diskussion ist man in Deutschland angekommen und fühlt sich obendrein noch moralisch im Recht.

Wer aber diese Fragen und die damit verbundene Rationalität ausklammert, erhält auch keine rationale, vernünftige Lösung, sondern nur eine, die auf Emotionen beruht - auf Wut, auf Hass, dem Wunsch nach Rache, nach Bestrafung. Und wie das mit Reaktionen, die in Emotionen ihre Ursache haben, so ist - vermutlich geht es schief. In diesem geistigen Zustand fällt Deutschland daher für eine Suche nach einer guten Lösung aus.

Das ist nicht weiter schlimm, denn die Entscheidungen, wie und auf welche Weise es in der Ukraine weitergeht, werden ohnehin nicht in Berlin, nicht in Brüssel und nicht in Kiew, sondern in Washington und Moskau entschieden. Es ist allerdings tief zu bedauern, dass man in Deutschland schon von dieser simplen Erkenntnis himmelweit entfernt ist.

Man hält den Konflikt in der Ukraine für den Kampf einer jungen Demokratie gegen eine übermächtige Autokratie, der westliche Freiheit und ein Dorn im Auge ist. Diese erschreckend naive und unterkomplexe Sicht auf den Konflikt findet sich nicht nur am grünen Stammtisch,

sondern auch im politischen Establishment. Das ist das eigentlich Erschreckende.

Was der politischen Diskussion in Deutschland dringend Not täte, wäre, einen Schritt zurückzutreten und die ganze Landschaft in den Blick zu nehmen. Der Ukraine-Konflikt ist schließlich nur ein kleiner Ausschnitt in einem Bild, das von einer Neuordnung der Welt erzählt. Dabei geht es nicht nur um die schon vielfach erwähnte multipolare Weltordnung, sondern auch um eine Neuordnung der Kräfteverhältnisse innerhalb der westlichen Hemisphäre. Deutschland ist von seinen Partnern auserkoren worden, abzusteigen. In Deutschland verweigert man sich dieser Erkenntnis und glaubt, umringt von Freunden zu sein - außer Putins Russland, das will Deutschland nur Böses, weil Deutschland so viel freier ist und Putin was gegen Freiheit hat, glaubt man zwischen Rhein und Oder.

Aufgrund all der Emotionalisierung in Deutschland, der Empörung über Russland, der Wut auf Putin und dem Wunsch nach Rache für eine die erlittene Kränkung, dass Russland das Übergehen seiner Interessen durch den Westen und auch durch Deutschland nicht mehr einfach so hinnehmen wird, bleibt in Deutschland verborgen, dass sich die Entwicklung der tektonischen Verschiebungen in der Geopolitik auch gegen Deutschland und seinen Führungsanspruch in der EU richten.

Natürlich ist der Aufruf von Wagenknecht und Schwarzer richtig. Natürlich braucht es Protest gegen die immer weitergehende Eskalation des Krieges. Was es aber in Deutschland vor allem braucht, ist ein klarer, rationaler Blick auf den Konflikt und die Verwerfungen und Erschütterungen, die er im internationalen Gefüge hervorbringt. Die Reaktionen auf das "Manifest für Frieden" zeigen, dass Deutschland aktuell zu einer klaren Analyse nicht in der Lage ist. Aus diesem Grund vertritt Deutschland seine Interessen schlecht und kann nicht adäquat, sondern nur psychotisch reagieren.

So lange man in Deutschland glaubt, Russland führe einen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine, russische Soldaten würden in barbarischer Weise vergewaltigen und brandschatzen, so lange man an die Mär vom wilden Iwan glaubt, hat man in Deutschland den Konflikt nicht verstanden und kann daher auch nichts zu seiner Lösung beitragen. Deutschland ist damit selbst Teil des Problems. Das ist ie bittere Erkenntnis, die sich aus den Reaktionen auf den Aufruf ziehen lässt.

\* \* \*

## **Pepe Escobar: Der Terroranschlag auf Nord Stream – Die Verschwörung verdichtet sich**

<https://freeassange.rtde.life/meinung/163098-terroranschlag-auf-nord-stream-verschwoerung/>  
17.02.2023

**Nach dem Terroranschlag auf die Nord-Stream-Pipelines bleibt uns allen nur noch übrig, in einen Sumpf einzutauchen, der voll ist mit abservierten Sündenböcken, zwielichtigen Ablenkungsgeschichten und Schrott von den Geheimdiensten.**

*Von Pepe Escobar*

Der Hammer-Bericht von Seymour Hersh darüber, wie die Regierung der Vereinigten Staaten im vergangenen September die Pipelines Nord Stream 1 und 2 in der Ostsee in die Luft gesprengt haben, löst weiterhin heftige geopolitische Wellen im gesamten Spektrum aus. Außer natürlich in der parallelen Blase der US-Mainstream-Medien, die diesen Bericht völlig ignoriert haben – oder sich in einigen ausgewählten Fällen entschieden, auf den Überbringer der Nachricht zu schießen und Hersh als "diskreditierten" Journalisten, "Blogger" und "Verschwörungstheoretiker" zu brandmarken.

Ich habe über diesen Bericht eine erste Analyse angeboten, in der ich auf die zahlreichen Vorzüge dieses scheinbar gründlichen Reports eingegangen bin, aber auch einige schwerwiegende Widersprüche hervorgehoben habe. Der Moskauer Auslandskorrespondent alter Schule, John Helmer, ist sogar noch weiter gegangen und was er aufdeckte, könnte so heiß sein wie der Bericht von Seymour Hersh selbst.

Der Kern von Hershs Report betrifft die Zuschreibung der Verantwortung für einen de facto wirtschaftlichen Terroranschlag – überraschenderweise nicht an die Adresse der CIA. Die Zerstörung der Pipelines falle direkt auf das toxische Planungstrio, bestehend aus Jake Sullivan, Antony Blinken und Victoria Nuland zurück – alle drei neoliberale Neocons und Teil der Biden-Combo. Das ultimative grüne Licht sei dann vom obersten Entscheider geommen: vom senilen, Teleprompter ablesenden Präsidenten höchstselbst. Während die Norweger die Rolle der fleißigen kleinen Helfer besetzten. Das wirft ein erstes ernsthaftes Problem auf: Nirgendwo in seinem Bericht bezieht sich Hersh auf den MI6, auf die Polen mit ihrer russophoben Regierung und ihrer fähigen Marine, auf die Dänen oder sogar auf die deutsche Regierung.

Es wird zwar erwähnt, dass Bundeskanzler Scholz ab Januar 2022 "nach einigem Hadern nun fest im amerikanischen Team stand." Laut der Quelle von Hersh war der Plan zur Zerstörung der Pipelines zu diesem Zeitpunkt bereits seit mindestens ein paar Monaten im Gespräch. Das bedeutet also, dass Scholz bis zum Anschlag selbst, im September 2022, "im amerikanischen Team" geblieben ist. Über die Briten, die Polen und über alle NATO-Übungen, die mehr als ein Jahr vor dem eigentlichen Anschlag vor der dänischen Insel Bornholm abgehalten wurden, war in den russischen Medien – von *Kommersant* bis *RIA Nowosti* – ausführlich berichtet worden.

Die militärische Sonderoperation in der Ukraine (MSO) wurde am 24. Februar vor fast einem Jahr begonnen. Die Zerstörung von Nord Stream 1 und 2 ereignete sich am 26. September 2022. Hersh versichert, dass es "mehr als neun Monate lang eine streng geheime Debatte innerhalb des nationalen Sicherheitsapparates in Washingtons darüber gab, wie man die Pipelines sabotieren könne." Dies bestätigt, dass der Beginn der Anschlagsplanung nicht nur dem Beginn der MSO um Monate vorausging. Sondern vor allem auch dem Schreiben zu Sicherheitsfragen, das Moskau im Dezember 2021 an Washington übergab, wo eine ernsthafte Diskussion über die "Unteilbarkeit der Sicherheit in Europa" gefordert wurde, unter Einbeziehung der NATO, Russlands und des post-sowjetischen Raumes. Dieser Vorstoß wurde bekanntlich durch eine abweisende amerikanische Nicht-Antwort beantwortet.

Während Hersh über die Hintergründe einer terroristischen Aktion als Antwort auf ein ernstes geopolitisches Problem schrieb, mutet es seltsam an, dass ein erstklassiger journalistischer Profi wie Hersh sich nicht einmal die Mühe gemacht hat, den komplexen geopolitischen Hintergrund zu untersuchen: Die Furcht vor einem deutsch-russischen Bündnis, das auf China ausgedehnt wird – in der Tat das ultimative Mackindersche Anathema für die herrschenden Klassen der USA, und das parteiübergreifend. Zumal ein solches Bündnis bedeuten würde, dass die USA in der Folge aus Eurasien vertrieben würden, und dieser Umstand bestimmt alles, was eine amerikanische Regierung denkt und tut mit Hinblick auf die NATO und Russland.

Hersh hätte auch auffallen müssen, dass das Timing der Vorbereitungen zur Sabotage der Pipelines das offizielle Narrativ der US-Regierung völlig zunichtemacht, demzufolge der kollektive Westen eine gemeinsame Anstrengung unternimmt, der Ukraine gegen eine "nicht provozierte russische Aggression" beizustehen.

## Diese undurchsichtige Quelle

Der Bericht lässt keinen Zweifel daran, dass die Quelle von Hersh – wenn nicht sogar der Journalist selbst – das befürwortet, was als geltende US-Politik gilt: "Russlands Bedrohung der westlichen Dominanz in Europa entgegenzutreten."

Wenn das Ganze also nach einer verdeckten Operation der US-Marine aussieht, so könne sie laut Hersh als eine fehlgeleitete bezeichnet werden. Jedoch nicht so sehr wegen der schwerwiegenden geopolitischen Folgen, sondern vielmehr, weil bei den Planungen zu diesem Angriff das US-Gesetz, "dass der US-Kongress im Voraus über solche Operationen informiert werden muss" absichtlich umgangen wurde. Das ist eine extrem engstirnige Interpretation internationaler Beziehungen. Oder, um es deutlicher zu sagen: Es ist eine Rechtfertigung für die "Einzigartigkeit" der USA.

Hersh schreibt von einem "abhörsicheren Raum im obersten Stockwerk des Old Executive Office Building, das auch Sitz des Beirates über ausländische Geheimdienstaufklärung des Präsidenten ist". Angeblich war dies der Ort, an dem die Planung des Terroranschlags jeweils besprochen wurde. Also schauen wir uns doch diesen Beirat einmal genauer an: das President Intelligence Advisory Board (PIAB). Alle Mitglieder werden vom jeweiligen amtierenden Präsidenten, in diesem Fall Joe Biden, ernannt. Wenn wir uns die Liste der derzeitigen Mitglieder des PIAB genauer ansehen, sollten wir theoretisch die Quelle von Hersh finden können.

Hier sind die von Biden ernannten Mitglieder des PIAB: Sandy Winnefeld; Gilman Louie; Janet Napolitano; Richard Verma; Evan Bayh; Anne Finucane; Mark Angelson; Margarete Hamburg; Kim Cobb und Kneeland Youngblood. Zu allen genannten Namen gibt es Wikipedia-Einträge.

Die Quelle von Hersh behauptet laut seiner Erzählung – und ohne jeden Zweifel aufkommen zu lassen –, dass "die russischen Truppen sich stetig und bedrohlich an den Grenzen der Ukraine formierten" und "in Washington die Alarmglocken zunehmend schriller tönten." Es ist schwer zu glauben, dass diese angeblich gut informierte PIAB-Bande nichts von dem Zusammenziehen NATO-geführter ukrainischer Truppen an der ursprünglichen Kontaktlinie wusste, die sich darauf vorbereiteten, einen Blitzkrieg gegen den Donbass loszutreten. Was zu diesem Zeitpunkt bereits jeder wusste, war, dass die Combo hinter Biden fest dazu entschlossen war, die Nord-Stream-Pipelines mit allen erforderlichen Mitteln zu beenden. Nach dem Beginn der MSO fehlte nur noch ein Mechanismus für eine plausible Leugnung der Beteiligung an dieser Tat.

Trotz der akribischen Recherche von Hersh, bleibt das unausweichliche Gefühl, dass das, was er in seinem Bericht anklagt, die Terrorverschwörung der Biden-Combo ist. Und nicht etwa der allgemeine Plan der USA, Russland zu einem Stellvertreterkrieg mit der NATO zu provozieren, wobei die Ukraine als Kanonenfutter geopfert wird.

Darüber hinaus könnte die Quelle von Hersh in höchstem Maße unzuverlässig sein. Er – oder sie – sagte, laut Hersh, Russland habe auf den Terroranschlag auf die Pipelines deshalb "nicht reagiert", weil "sie sich vielleicht die Möglichkeit vorbehalten wollten, dasselbe den USA anzutun." An sich könnte diese Aussage Beweis dafür sein, dass die Quelle nicht einmal Mitglied des PIAB war und den geheimen PIAB-Bericht nie erhalten hat, der Putins entscheidende Rede vom 30. September bewertete, in der er die "verantwortliche Partei" nannte. Wenn das der Fall ist, dann steht die Quelle von Hersh lediglich mit einem PIAB-Mitglied in Verbindung, wurde selbst aber nie zu den Planungstreffen eingeladen und ist sich sicherlich nicht der feineren Details des Krieges bewusst, den die US-Regierung in der Ukraine führt.

In Anbetracht der herausragenden Erfolgsbilanz von Seymour Hersh im investigativen Journalismus

hätte es für ihn ziemlich erfrischend sein können, diese Ungereimtheiten aufzuklären. Das hätte auch den Nebel der Verleumdungen vertrieben, in dem seine Recherche als bloßer Blog-Beitrag verunglimpft wurde.

Wenn man bedenkt, dass es innerhalb der US-Oligarchie mehrere "Zapfsäulen" für Informationen gibt – mit den entsprechenden dazugehörigen Apparaten dahinter –, und dass Hersh mit fast allen von ihnen seit Jahrzehnten seine Kontakte pflegt. Dann steht es außer Frage, dass die angeblich privilegierten Informationen über die Nord-Stream-Saga von einer sehr präzisen Quelle stammen – eine mit einer sehr genauen Agenda.

Wir sollten also betrachten, wen seine Geschichte tatsächlich anklagt: sicherlich die neokonservative und neoliberale Betrüger-Combo hinter Biden, und den tattrigen Präsidenten selbst. Wie ich in meiner Eröffnung betont habe, kommt die CIA in der ganzen Geschichte unbeschadet davon. Zudem sollten wir nicht vergessen, dass sich die großen Narrative derzeit sehr schnell ändern: der neuerliche Bericht der RAND Corporation, der im krassen Gegensatz zu dessen Vorgänger formuliert wurde, die drohende NATO-Demütigung in der Ukraine, die Ballon-Hysterie, und die UFO-Psychosen.

Die eigentliche "Bedrohung" bleibt – wer sonst – China. Und was uns allen übrig bleibt ist, in einen Sumpf einzutauchen, der voll ist mit abservierten Sündenböcken, zwielichtigen Ablenkungsgeschichten und Schrott von den Geheimdiensten. In dem Wissen, dass diejenigen, die wirklich die Fäden ziehen, niemals ihre Hand entblößen.

*Übersetzt aus dem Englischen (<https://strategic-culture.org/news/2023/02/14/nord-stream-terror-attack-the-plot-thickens/>).*

*Pepe Escobar ist ein unabhängiger geopolitischer Analyst und Autor. Sein neuestes Buch heißt "Raging Twenties" (Die wütenden Zwanziger). Er wurde von Facebook und Twitter aus politischen Gründen verbannt, aber man kann ihm auf Telegram (<https://t.me/rocknrollgeopolitics>) folgen.*

\* \* \*

## **Erdoğan's Prüfungen 2023 – Teil 1: Katastrophenhilfe für die Türkei vs. Militärhilfe für die Ukraine**

<https://freeassange.rtde.life/meinung/163103-erdogans-pruefungen-2023-teil-1/>

18.02.2023

**Es gibt langfristige Investitionen und humanitäre Schenkungen. In der Ukraine kämpft der Westen buchstäblich um sein ideologisches Überleben – in der Türkei noch nicht. Deshalb bekommt Kiew 460-mal mehr Geld als Ankara. Obendrein hat Erdoğan mit einer Wiederwahl zu kämpfen.**

*Von Elem Chintsky*

Es gibt kaum einen anschaulicheren Vergleich der westlichen Prioritätensetzung, als die Hilfgelder zu begutachten, die einerseits aus dem Westen nach Kiew flossen und weiter fließen werden und andererseits die, welche Ankara oder Damaskus bisher erreichten.

Ja, das Erdbeben in der Türkei und in Syrien ereignete sich Anfang Februar 2023, wohingegen der Krieg in der Ukraine dem gegenüber einen Vorsprung von einem ganzen Jahr innehat.

Dennoch, die monetäre Katastrophenhilfe aus dem Westen für die Türkei, und in viel kleinerem

Maße für Syrien, ist, im direkten Vergleich zur Fütterung der Kriegsmaschine in der Ukraine, überwältigend.

Allein am Beispiel Großbritanniens – laut Selenskij der wichtigste Verbündete Kiews, nach den USA – könnten die beiden Hilfsbudgets kaum unterschiedlicher sein. London vermachte dem Kiewer Regime im Laufe des Jahres 2022 ganze 2,3 Milliarden Pfund (2,6 Milliarden Euro). Laut den Aussagen des britischen Premierministers Rishi Sunak, als er vom ukrainischen Präsidenten jüngst besucht wurde, soll die neue Summe für 2023 mindestens gleich hoch sein. Das macht London, nach Washington D.C., zum zweitgrößten Geldgeber der Ukraine.

Für Ankara und Damaskus hingegen wurden 5 Millionen Pfund (5,65 Millionen Euro) von London liquide gemacht. Das stellt zum einen das 460-fache dar, zum anderen eine klare politische Bevorzugung.

Die Europäische Kommission stellte Damaskus 3,5 Millionen Euro zur Verfügung, wie viel Ankara im Vergleich bekam, ist aus derselben Quelle nicht ersichtlich. Für das Jahr 2022 schickte die Europäische Kommission 19,7 Milliarden Euro an Kiew – also ein Monatsdurchschnitt von fast 2 Milliarden Euro. Für 2023 sind bereits weitere 18 Milliarden Euro angelegt. Dies sind offiziell "Darlehen zu sehr günstigen Konditionen", was eigentlich Investitionen des Westens darstellen, in der Hoffnung, die Ukraine nach eigenem Ebenbild zu formen, und die Kapitalrenditen und andere Formen der "Rückzahlung" aus dem Mediendiskurs fernzuhalten.

Muslimische Länder aus der Region haben in der Hinsicht in einer ganz anderen Liga gewirkt: Katar sandte Hilfgelder in Höhe von 1,6 Milliarden US-Dollar (1,5 Milliarden Euro) an die Türkei. Pakistan schickte 117 Millionen US-Dollar (109 Millionen Euro). Kuwait entsendete 85 Millionen US-Dollar (79,5 Millionen Euro). Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate haben an Hilfgeldern jeweils ungefähr das 10-fache von Großbritannien oder der EU bereitgestellt – 58 Millionen US-Dollar (54 Millionen Euro) und 53 Millionen US-Dollar (49,5 Millionen Euro). Der Fairness halber sei hier erwähnt, dass die Summen, die vom Kreml bisher an Ankara versendet wurden, nicht öffentlich sind. Die türkischen und syrischen Führungen haben sich aber für die bisherige Hilfe Vorort, vor allem geleistet durch zahlreiche russische Experten der Katastrophenhilfe, die zügig aufgetaucht sind und signifikante materielle Hilfe mitbrachten, bedankt.

Der Westen hat einen signifikanten Propagandavorteil, mit dem es mit dieser Unausgeglichenheit der Hilfgelder-Leistungen bisher davonkommen konnte. Die Menschen der Türkei und Syriens sind "lediglich" Opfer einer Naturkatastrophe geworden. Ein Naturdesaster, das bisher schon über 42.000 Menschenleben eingefordert hat und von dem die Leben von über 7 Millionen Kindern in beiden Ländern betroffen sind.

Die Menschen der Ukraine sind laut offizieller Narrative Opfer einer "unprovozierten", plötzlichen und vermeintlich vollkommen unangekündigten Invasion Russlands geworden. Letzteres wirkt sich in der britischen Zivilgesellschaft so aus, dass die Bürger der Inseln bisher die Ukrainepolitik Londons weitestgehend unterstützt haben.

Wobei die Opferzahlen innerhalb der Zivilbevölkerung in der Ukraine, als auch innerhalb der vom Erdbeben betroffenen Gebiete in der Türkei und in Syrien mittlerweile fast auf Gleichstand sind.

Die Zahlen der gefallenen ukrainischen und russischen Soldaten in der Ukraine sind selbstverständlich andere, viel höhere Zahlen, die bei solchen Vergleichen separat berücksichtigt werden müssten.



Mehr noch, mit solchen direkten Vergleichen fährt man journalistisch entlang der Pietätsgrenze. Aber man kommt nicht umher, die Zahl der zivilen Opfer gegenüberzustellen, um so die starken Unterschiede in der Hilfeleistung und die Art der Hilfeleistung hervorheben zu können. Die Geld-Darlehen für die Ukraine, zum Beispiel, kommen oft in Form von fertigem Kriegsgerät vorort an und erstellen das mittlerweile bekannte Paradoxon der "Panzer, die Leben retten".

## **Der EU-Opportunismus kann schnell nach hinten losgehen**

Was die Brüsseler Entscheider anscheinend nicht genügend realisieren wollen, ist, was für eine organisatorische Pufferrolle die Türkei unter Recep Tayyip Erdoğan in den letzten Jahren beim Verkehr von Flüchtlingen aus Syrien, Afghanistan oder dem Irak einnahm. Die Türkei ist das weltweit größte Aufnahmeland für Flüchtlinge aus dem Nahen Osten geworden.

Alleine letztes Jahr gab Ankara 5,22 Milliarden Euro für humanitäre Flüchtlingshilfe aus. Diese Summe stellt fast 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Türkei dar und macht die Nation zum Anführer dieser Art Hilfe weltweit. Zum Vergleich: die bisherigen wirtschaftlichen Schäden für die Türkei, die das Erdbeben verursacht hat, belaufen sich mittlerweile auf 10 Prozent des eigenen Bruttoinlandsprodukts. Die Überbelastung des Staates ist klar vorhanden.

Der politische Wille Brüssels, nicht mit glänzendem Beispiel voranzugehen und großzügige Ressourcen in die Türkei und Syrien als Unterstützung zu übermitteln, wird einen verheerenden langfristigen Effekt haben, an dem am Ende die EU nur verlieren wird. Die Türkei wird in ihrer Rolle als Aufnahmeland für Flüchtlinge so geschwächt sein, dass Länder der EU – als kontinentale Nachbarn der Türkei – notgedrungen in die Position gedrängt werden, vieles, was Ankara nun nicht schafft zu bewerkstelligen, direkter auf sich nehmen zu müssen. Im Klartext heißt das, noch mehr Geflüchtete, Flüchtlinge und Migranten bei sich aufzunehmen.

Dies wird zu weiteren innereuropäischen Konflikten über "faire Flüchtlingsquoten" führen, wie sie mittlerweile zwischen Italiens rechtskonservativer Premierministerin Giorgia Meloni und dem liberalen Staatspräsidenten Frankreichs, Emmanuel Macron, aufgeflammt sind.

Wer aufmerksam ist, weiß, dass innenpolitisch in Deutschland auch bereits die Zeichen der Zeit klar ausgerufen wurden. Bundesländer und Kommunen appellieren an Berlin um Führungskraft, Hilfen, Lösungen und sprechen klar von einer sich bereits im vollen Gange befindenden, großen Migrations- und Flüchtlingskrise. Jüngste Aussagen des Bundeskanzlers, die von Ratlosigkeit zeugen, lassen dahingehend nur noch Schlimmeres antizipieren. Anderen EU-Ländern geht es nicht anders.

Hinzu kommen die ukrainischen Flüchtlingsströme und die Staatskassenbelastung, die sie verursachen, welche Polen zum Beispiel plant, mit den EU-Haushaltsgeldern zu kompensieren, statt mit dem eigenen Haushaltsbudget. EU-Haushaltsgelder aber, deren größter Nettozahler bisher die Bundesrepublik Deutschland war. Hier schließt sich der Kreis, beziehungsweise: hier droht der sich selbst verzehrende Kreis aus den Fugen zu geraten.

Der EU ist es wichtiger, Erdoğan mit der Naturkatastrophe kontrolliert auf Distanz zu halten, hoffend auf einen politischen Wechsel in Ankara. Dieser mag womöglich auch kommen. Aber das Zögern der Europäer hier wird den erdrückenden Katalog an bisherigen selbstverschuldeten Versäumnissen –, die ohnehin schon zu unerwünschten, weitreichenden politischen Wechseln in der EU selbst beitragen werden – nur noch erweitern.

*Elem Chintsky ist ein deutsch-polnischer Journalist, der zu geopolitischen, historischen, finanziellen und kulturellen Themen schreibt. Die fruchtbare Zusammenarbeit mit RT DE besteht*

*seit 2017. Seit Anfang 2020 lebt und arbeitet der freischaffende Autor im russischen Sankt Petersburg. Der ursprünglich als Filmregisseur und Drehbuchautor ausgebildete Chintsky betreibt außerdem einen eigenen Kanal auf Telegram (<https://t.me/elemread>), wo man noch mehr von ihm lesen kann.*

\* \* \*

## **Verfehlte Sanktionen: Was ist dran an der "lahmgelegten Wirtschaft" Russlands?**

<https://freeassange.rtde.life/meinung/163058-verfehlte-sanktionen-was-ist-dran/>

18.02.2023

**Renten- und Leistungserhöhungen, Überfluss und Stabilität: Irgendetwas im Kalkül der USA und der EU, die russische Wirtschaft mit Sanktionen zu ruinieren, ist eindeutig schief gelaufen – man sollte nur durch russische Geschäfte bummeln oder mit Russen sprechen.**

*Von Dora Werner*

Sanktionen? Na ja, alle Medien – im In- und Ausland – schreiben darüber, aber in Russland fühlt es sich so an, als gäbe es sie gar nicht. Dafür gibt es einen wirtschaftlichen Aufschwung und eine Renaissance der russischen Produzenten – dank des freigewordenen Marktes. Der Premierminister Russlands Michail Mischustin erklärte kürzlich auf einer Regierungssitzung, die Arbeitslosigkeit im Lande habe Ende des Jahres 2022 einen historischen Tiefstand erreicht und das BIP sei trotz aller negativen Prognosen westlicher Experten und "noch nie dagewesener Sanktionen" um nur 2 Prozent gesunken. Zwei Prozent statt einer zweistelligen Zahl. Das klingt nicht gerade nach einer Wirtschaft, die durch westliche Sanktionen unaufhaltsam in Richtung Abgrund getrieben wird, oder?

### **Fatale Fehlkalkulation**

Man muss ehrlich zugeben: Die Beständigkeit der russischen Wirtschaft war nicht nur für ausländische Politiker und Journalisten eine Überraschung. Auch die Russen hatten nicht damit gerechnet, dass es so kommen würde.

Man hatte nicht damit gerechnet, dass die Wirtschaft anstelle eines Zusammenbruchs wie in den neunziger Jahren nicht nur standhalten, sondern sich auf einen neuen Kurs begeben würde. Dass die russischen Städte so komfortabel wie zuvor und die Preise nahezu unverändert bleiben. Dass im Jahr der härtesten Sanktionen gegen Russland die Renten und Sozialleistungen erhöht, Filme und einheimische Unternehmer gefördert, kinderreiche Familien und sozial schwache Bürger weiterhin unterstützt werden.

Eduard Steiner schreibt enttäuscht in *Die Welt*:

*"Es gehört zur Tradition, dass Russen am Ende eines Jahres noch einmal so richtig auf den Putz hauen und keine Ausgaben scheuen. Zu wichtig sind ihnen die Feiertage, die mit dem Weihnachtsbaum, Geschenken – und seit vielen Jahren auch mit teuren Restaurantbesuchen – am 31. Dezember beginnen.*

*Und so ist es nicht weiter verwunderlich, dass auch dieses Jahr eifrig Tische gebucht werden. Verwunderlich ist nur, dass die Nachfrage nach ihnen in Moskau plötzlich sogar höher ist als im vergangenen Jahr. Im Premiumsegment war bereits zur Monatsmitte alles*

*ausgebucht und in den anderen Segmenten zu 70 bis 90 Prozent, wie die Daten der Moskauer Agentur Appetitmarketing zeigen. Kann das ins Bild eines Landes passen, das sich in einer Wirtschaftskrise, einem Krieg und unter westlichen Sanktionen befindet?"*

Freilich, lieber Herr Steiner – denn Russland befindet sich nicht in einer Wirtschaftskrise. Auch wenn es Ihnen nicht so recht passt.

Ganz in der Nähe von meinem Wohnhaus in Moskau gibt es Kaufhäuser und ein großes gastronomisches Zentrum. Dieses Konzept, das in den letzten Jahren in den großen russischen Städten in Mode gekommen ist, hat nun auch die Außenbezirke von Moskau erreicht. Im Sommer ist das Gebäude von Sommerterrassen umgeben, auf denen Steaks und gegrilltes Gemüse zubereitet und Cocktails ausgeschenkt werden, und im Winter wird es fast 24 Stunden lang von Lichtern umhüllt. Im Vergleich zu den Lebensmittelhallen, die in die riesigen historischen Märkte Moskaus wie den Danilowski-Markt integriert sind, ist diese natürlich klein, aber auch hier kann man die Vielfalt des zeitgenössischen russischen Gastro-Lebens genießen.

Bei jedem Wetter und zu jeder Tageszeit kann man über die Straße gehen, sich auf wundersame Weise in Deutschland oder in der Türkei, in Vietnam oder Japan, in Frankreich oder Griechenland, im Libanon oder in Georgien, in Amerika oder in Sibirien wiederfinden und köstliche hausgemachte heiße Pelmeni, aromatische Moussaka, zarte georgische Chatschapuri, deutsche Weißwürste, vietnamesische Pho-Bo-Suppe und Hühnchen nach Hongkong-Art probieren. Oder man nehme eine schöne Schachtel bunter Eclairs zum Tee mit nach Hause, die genauso köstlich sind wie die auf den Pariser Boulevards. Oder das sanfteste türkische Baklava. Oder einfach frisches, handwerklich hergestelltes Brot aus der örtlichen Bäckerei.

Die runde Bar in der Mitte hat eine Barkarte, als gäbe es gar keine Sanktionen – Gewürztraminer aus Deutschland, französischer Champagner von Moët & Chandon, italienischer Chianti, amerikanischer Jim Beam-Whisky, Jägermeister, Becherovka und vieles mehr, was laut westlichen Mainstream-Medien nicht in Moskau sein sollte.

"Wenn es das ist, was die Amerikaner, die Briten und die Deutschen im Sinn haben, wenn sie immer wieder sagen, dass die Sanktionen gegen Russland funktionieren und sogar bald noch besser funktionieren werden, dann sollten sie meiner Meinung nach funktionieren. Das ist nur gut für uns", sagt mir mein Freund aus Moskau und bestellt beim Barkeeper einen Cocktail mit Limoncello, Yuzu-Saft, Aloe-Honig, Prosecco, Mineralwasser und Thymian.

## **Brot und Spiele!**

Die ersten Wochen nach der plötzlichen Verhängung westlicher Sanktionen schockierten: Lebenswichtige Güter wie Zucker, Hygieneartikel und Papierservietten waren plötzlich verschwunden, Säfte und Milch waren nicht mehr zu bekommen, weil die Tetrapak-Verpackungen knapp wurden. Menschen deckten sich verzweifelt mit Medikamenten und ausländischen Waren ein, die bald verschwinden sollten. Die Panik legte sich jedoch schnell – der Regierung und den großen Wirtschaftsakteuren gelang es, die Bürger zu beruhigen und schnell zu reagieren, indem sie in Rekordzeit neue Lieferketten aufbauten.

Seit diesen Wochen hat sich viel getan, und man kann sagen, dass die russische Wirtschaft seitdem völlig neu aufgestellt wurde. Es sind neue Artikel hinzugekommen, etwa aus der Türkei, Zentralasien und den Ländern des Ostens und Lateinamerikas. Einige Marken haben den Besitzer gewechselt. Der finnische Weichkäse *Viola* zum Beispiel, der seit der Sowjetzeit bei den Russen sehr beliebt ist, oder Kaffee *Paulig* – ihre Vermögenswerte, Fabriken und Marken wurden von russischen Unternehmern mit einem hohen Preisnachlass aufgekauft. Nun produzieren die neuen

Eigentümer weiterhin die gleichen Markenprodukte in Spitzenqualität.

Im letzten Jahr wurde klar: Ein Sanktionskrieg gegen Russland nach den Ereignissen auf der Krim kam eindeutig der russischen Wirtschaft zugute. In den frühen 2000er Jahren waren die Konsumgüter in den russischen Geschäften fast zu hundert Prozent importiert – selbst die Kartoffeln kamen aus Israel. Schon nach der Krim und den Sanktionen war die Ernüchterung groß. Das Land kam schließlich zu dem Schluss, dass alles Lebensnotwendige auf heimischem Boden produziert und angebaut werden muss. Nun, in den letzten Monaten, haben die Russen gemerkt, dass all dies nicht umsonst war: Es gab keinen Mangel an Obst und Gemüse und auch nicht an irgendetwas, das Russland wieder selbst herzustellen gelernt hat.

Vor dem Jahr 2014 produzierte Russland zum Beispiel so gut wie keinen eigenen Käse. Und als Mozzarella, Maasdam und Camembert aus den Regalen verschwanden, war dies für viele schockierend. Doch dann entstanden private Käsefabriken, und die großen Molkereien begannen zu lernen, wie man guten Käse herstellt. Auch manche europäische Unternehmer kamen nach Russland und begannen hier mit der Herstellung von Milchprodukten. Zum Beispiel der Deutsche Stefan Dürr, der in Russland eine Milchwirtschaft in einem solchen Umfang aufgebaut hat, dass seine Milch, sein Hüttenkäse und seine Ekoniva-Joghurts nun in jedem Supermarkt des riesigen Landes erhältlich sind. Das Unternehmen expandiert derzeit nach China, in die Vereinigten Arabischen Emirate und in neue russische Regionen im Donbass.

Vielleicht gerade deshalb, weil Russland damals auf vieles aus dem Westen verzichten konnte, hat es nun genug davon. Obwohl es anfangs so aussah, als ob alle ausländischen Hersteller weggingen, stellte sich heraus, dass dies überhaupt nicht der Fall ist.

So zeigt eine Studie der Schweizer Universität St. Gallen zum Beispiel, dass nur 9 Prozent der ausländischen Unternehmen Russland verlassen haben. Trotz der öffentlichen Behauptungen ist der Rest noch im Geschäft. McDonald's, Apple, Sephora, Obi und L'Occitane – einige sind wieder da, andere haben eine "Reinkarnation" durchgemacht und werden nun von neuen russischen Eigentümern betrieben. Ohne Qualitätsverlust, wohlgemerkt. Ich mag den neuen McDonald's, der jetzt "Wkusno – i totsotka" heißt, übrigens viel mehr als den alten. Die neuen Besitzer haben das Angebot deutlich erweitert und dem Geschmack der Russen angenähert.

Apropos Gastro. Generell scheint die Pandemie den Gastronomen mehr geschadet zu haben als die Sanktionen, die nach Beginn der russischen Militäroperation verhängt wurden. Natürlich haben einige Restaurantbesitzer geschlossen und das Land ganz verlassen – aber an ihrer Stelle haben neue eröffnet. Im Laufe des Jahres entwickelten sich auch neue Trends in der Gastronomie. Während früher die europäische Küche der Renner war, wird jetzt die Küche des Nahen Ostens und der asiatischen Länder immer beliebter. Und anstelle europäischer Köche laden die Restaurants Stars der Haute Cuisine aus dem Orient ein, zum Beispiel aus Istanbul.

Das ist die Sache mit dem Brot. Was wiederum die Unterhaltung betrifft, ist es etwas komplizierter. Mit der Verhängung westlicher Sanktionen geriet beispielsweise der russische Filmverleih in eine tiefe Krise, und es ist unklar, wann er sich daraus befreien wird: Westliche Filmkonzerne haben sich aus dem russischen Markt zurückgezogen, und der Anteil des hochwertigen russischen Filmmaterials ist immer noch gering. Das Land hat ein umfangreiches Subventionsprogramm für neue russische Filmproduktionen – sowohl für Erwachsene als auch für Kinder – gestartet, dessen Ergebnisse jedoch erst in der Zukunft zu sehen sein werden.

Allerdings hat man, wenn man heutzutage in Moskau ins Kino geht oder den Fernseher einschaltet, das Gefühl, dass die russische Unterhaltungsbranche in den letzten zwei Jahren ihre Kräfte für einen entscheidenden Vorstoß gebündelt hat. Derzeit bricht zum Beispiel der neue russische Film

*Tscheburaschka* alle Besucher- und Gewinnrekorde. Er hat bereits die erfolgreichsten amerikanischen Blockbuster in allen Zahlen übertroffen – weder Avatar noch Batman haben je so viel in Russland eingespielt. Die Geschichte von einem kauzigen Wesen mit den riesigen Ohren stammt aus der sowjetischen Literatur und Zeichentrickfilmen. Tscheburaschka ist eine Kultikone, eine Legende, ein Liebling vieler Generationen von Russen und das Maskottchen der russischen Olympiamannschaft. Nun ist er mithilfe von Computertechnik à la Hollywood zum Leben erweckt worden, und um ihn herum wurde eine gute Geschichte mit russischen Filmstars gesponnen. Das ist wahrscheinlich der Grund, warum der Film an vielen Wochenenden hintereinander an der Spitze der russischen Kinokassen steht.

Selbstverständlich reicht ein einziger Film, selbst ein sehr erfolgreicher, nicht aus; man braucht eine ganze Industrie – aber der Anfang ist eindeutig gemacht. Genauso sieht es in der Serienbranche aus. Die zweite Staffel der russischen Kultserie "Vampire der Midlands" ist gerade zu Ende gegangen und wurde wegen des großen Erfolgs um eine dritte Staffel verlängert.

"Ich bin schon seit tausend Jahren eine Kreatur. Aber manchmal möchte man einfach nur ein Mensch sein", sagt Großvater Slawa in "Vampire der Midlands". Die Vampirfamilie aus Smolensk, die gar keine Familie ist, sich aber für eine hält, wirkt sehr russisch und sehr modern.

"'Genosse Stalin und ich haben ein blutiges Geheimnis', sagt der Rentner Swjatoslaw Wernidubowitsch, nimmt einen Band aus der Sammlung der Werke des Machthabers aus dem Regal und holt daraus ein Fläschchen. In dem Fläschchen befindet sich Blut, das dem frisch bekehrten Vampir Schenka helfen soll, eine Hungerattacke zu überstehen. Der junge Mann hat sich den ganzen Tag mit einem Messer gestochen und versucht, sich zu erhängen, weil er sich über die Regeneration freut, die er zusammen mit seinen Reißzähnen erhalten hat, aber er hat seine Kräfte nicht richtig eingeschätzt. Swjatoslaw Wernidubowitsch (für die, die ihm nahe stehen Großvater Slawa) scheint es immer wieder zu bereuen, dass er Schenka umgewandelt hat, aber er kann ihn nicht aufgeben – jetzt ist er buchstäblich sein eigenes Blut. Großvater Slawa hat noch weitere Schützlinge: Die Ermittlerin Anna und den Arzt Jean Iwanowitsch. Alle zusammen leben sie im modernen Smolensk, aber belästigen niemanden – sie trinken ausschließlich Blut von Blutspendern", schreibt das Magazin *Moskvich.mag* zu dem Inhalt der Serie.

"Vampire der Midlands" ist eindeutig ein Durchbruch und der Beginn der modernen Kinematographie in Russland. Denn es ist ein kraftvoller Cocktail aus Krimi, Drama, Komödie und Thriller, ein Verweis auf die große russische Literatur, von Dostojewski bis Bulgakow, und eine ironische Entlarvung aller "Vampir"-Klischees. Der russische Filmkritiker Jaroslaw Sabalujew geht in *Moskvich.mag* auf das Phänomen der "Vampire" ein:

*"'Vampire der Midlands' ist natürlich eher wie 'The Addams Family' – in dem Sinne, dass auch er in erster Linie ein Film über eine Familie ist. Dennoch vermeidet die Serie auf charmante Art und Weise offensichtliche Genre-Wendungen. Natürlich gibt es auch hier Witze über regierende Blutsauger und über Stars, die sich für das ewige Leben entschieden haben, aber sie erklingen dezent, halblaut, irgendwo am Rande des Geschehens. Im Zentrum steht ein schlaues Arrangement des provinziellen Vampirlebens, und die Erkenntnis, dass das heruntergekommene Smolensk mit seiner tausendjährigen Geschichte bereits eine hervorragende Kulisse für eine russische Version des Gothic-Genres ist. Sex gibt es hier auch fast keinen. Für die erotische Linie scheint der ehemalige Arzt Napoleons, Jean Iwanowitsch, zuständig zu sein, aber seine sinnlichen Pirouetten sind von einer charmanten Absurdität geprägt. Statt um Sex geht es hier, so lächerlich das auch erscheinen mag, um Fürsorge und Liebe."*

Die Abwanderung westlicher Filmproduzenten war ein schwerer Schlag für die russischen Kinos

und die gesamte Branche – wie von den Architekten der Sanktionen geplant. Aber im Ergebnis hat dies den russischen Filmmarkt gezwungen, sich weiterzuentwickeln. Dies wäre wahrscheinlich nicht geschehen, wenn Disney, Paramount und andere auf dem russischen Markt geblieben wären. Viele in der Branche sehen darin eine einzigartige Chance, die russische Filmproduktion endlich in Gang zu bringen. Anton Maslow, der Regisseur der ersten Staffel von "Vampire der Midlands", prophezeite beispielsweise in einem Interview, dass es in den kommenden Jahren viele gute und hochwertige Filmproduktionen in Russland geben werde. Alles in allem: Geben Sie dem russischen Kino noch ein paar Jahre, dann wird es mit Hollywood gleichziehen. Oder es vielleicht sogar überholen.

## Das Leben "Made in Russia"

Die Aufnahmen zeigen atemberaubende Berglandschaften und gut ausgebaute Autobahnen, Jugendstilvillen und gemütliche Hotels. Während ich das Abendessen koche, läuft im Fernsehen der Sender "Mein Planet". Heute geht es um Kislowodsk und Pjatigorsk, die Thermen des russischen Kaukasus, die von Puschkin, Lermontow, Tolstoi und anderen Stars der russischen Literatur geliebt wurden. Ich schaue mir historische Steinbäder und modernste Thermalpools an und überlege schon, wann ich dorthin fahren kann.

Vor der Pandemie war das Hauptthema von "Mein Planet" das Reisen ins Ausland – Europa, Amerika, Asien, was auch immer. Russland war rar gesät. Die Pandemie, die endlosen Lockdowns und Restriktionen änderten alles – Russen, denen die Möglichkeit genommen wurde, ins Ausland zu reisen, stürmten das eigene Land. Damals war die Infrastruktur noch nicht überall ausreichend, aber die ersten Schritte waren getan – ein Boom im Inlandstourismus begann.

Die 2022 vom Westen verhängten Sanktionen haben diesen Prozess vervollständigt. Jetzt erkunden russische Touristen Teile des Landes, von denen sie nicht einmal wussten, dass es sie gibt, und in den russischen Regionen entsteht eine Infrastruktur, die den Touristenströmen entspricht. Quasi aus dem Nichts. Auch das Regierungsprogramm zur Förderung des Inlandstourismus hat seinen Teil dazu beigetragen: Seit einem Jahr erhalten Inhaber der Karte Mir bei der Buchung von Russlandreisen einen beachtlichen Cashback.

Und "Mein Planet" besteht inzwischen zu 80 Prozent aus Sendungen über Russland. Der Moderator Andrei Ponkratow zum Beispiel stellt in seiner Sendung "Zu Hause lebt es sich besser" Orte in Russland vor, die man leicht mit ihren ausländischen Pendanten verwechseln kann, seien es die Schweizer Alpen, die französische Riviera oder die amerikanischen Canyons.

Russland zu bereisen ist heute trendy und stylisch – so wie es früher trendy war, in österreichische Skigebiete zu fahren und in italienischen Städten spazieren zu gehen. In den Glamour-Magazinen, die noch vor einem Jahr voll von Paris, New York oder London waren, dominieren jetzt die glamourösen Lieblingsorte russischer Touristen: Sankt Petersburg, Sotschi und Kasan.

Die Neujahrsferien haben bereits die Ergebnisse der Sanktionen gezeigt: Laut *Delovoy Peterburg* übertrafen die Touristenströme in russische Regionen in diesem Jahr die des Vorjahres um rekordverdächtige 15 Prozent. Einige Gebiete, wie das Gebiet Wologda, meldeten sogar einen Anstieg der Touristenströme um 61 Prozent.

Dabei waren die Russen nicht nur in den Süden, sondern auch in den Norden des Landes unterwegs. "Frost liegt wieder im Trend", stellt *Delovoy Peterburg* fest und nennt neben dem Gebiet Wologda auch Karelien und Murmansk als weitere Renner unter den russischen Touristen.

Ähnlich sieht es in vielen anderen Branchen aus.

Ein gutes Beispiel ist die Kosmetikindustrie.

Vor einem Jahr dominierten ausländische Marken die Regale der Geschäfte, Apotheken und Online-Marktplätze. Es schien unmöglich, ohne die Cremes und Shampoos europäischer Marken zu leben. Ein Jahr ist vergangen, und das Bild hat sich völlig gewandelt: L'Oréal und Nivea schmachten jetzt irgendwo am Rande, und der Markt wird zunehmend von russischen Marken erobert. Ich habe beispielsweise mindestens 30 russische Projekte gezählt, die in diesem Segment derzeit schnell an Popularität gewinnen.

Einige von ihnen beschäftigen sich mit "sauberer", organischer Kosmetik, andere führen moderne wissenschaftliche Entwicklungen ein – und zwar nicht nur Peptide, die bereits überall beliebt geworden sind. So wird beispielsweise das von MSU-Wissenschaftlern entwickelte Molekül SkQ1 in der Kosmetik verwendet. SkQ1 ist eine einzigartige Anti-Aging-Komponente und ein Antioxidant. Es ist in der Lage, in die Zellen einzudringen und sich direkt am Ort der Bildung reaktiver Sauerstoffspezies und freier Radikale – in den Mitochondrien – anzureichern, was es tausendmal wirksamer macht als Coenzym Q10.

Der Boom guter russischer Kosmetika hat dazu geführt, dass sowohl Schönheitsexperten als auch fortgeschrittene Anwender ausländische Produkte zunehmend durch einheimische ersetzen. Und die ausländischen Firmen müssen enorme Anstrengungen unternehmen, um auf einem Markt zu bleiben, der bis vor kurzem fast ausschließlich ihnen gehörte. So starteten L'Oréal und Nivea vor dem Jahreswechsel eine groß angelegte Werbekampagne im russischen Fernsehen, wie man sie schon lange nicht mehr gesehen hatte – in dem Versuch, die Verbraucher zurückzugewinnen.

Ähnlich sieht es in anderen Branchen aus, von Baumaterialien bis zu Haushaltsgeräten. In ihrem Bestreben, Russland und die Russen zu bestrafen, hat die ausländische Wirtschaft sich selbst bestraft, indem sie einen riesigen Markt verloren hat. Und sie tat den russischen Herstellern einen Gefallen, indem sie dicht besetzte Marktnischen freimachte. Es stellte sich heraus, dass dies genau das war, worauf die einheimischen Unternehmer gewartet hatten, und sie haben die sich bietende Gelegenheit nicht verpasst. Und während die Russen früher lieber ausländische Artikel kauften, ist es jetzt in Mode gekommen, Russisches zu erwerben – und einheimische Artikel mit der Aufschrift "Hergestellt in Russland" genießen auf Internet-Marktplätzen wie Ozon (dem Pendant zu Amazon) besonderes Vertrauen.

"Ich hab's begriffen: Alle, die Russland angreifen, werden bei Smolensk sterben", sagt der Vampir Großvater Slawa in der russischen Erfolgsserie "Vampire des Midlands". Und er weiß, wovon er spricht, denn er hatte in seinem tausendjährigen Vampirleben die Invasion der Tataren, der Litauer, der Franzosen und der Hitlerarmee durchgemacht. Die westlichen Sanktionen sind irgendwo dort – in der Nähe von Smolensk – offenbar gestorben, bevor das Land in Mitleidenschaft gezogen werden konnte.

\* \* \*

## **Friedensmanifeste und die Kriegspropaganda des Westens**

<https://freeassange.rtde.life/meinung/163296-militaerpolitik-oder-medizin-falsche-diagnose/>

19.02.2023

**Was haben Kriegspropaganda und Narrativ gemeinsam? Wie viel Ukraine-Narrativ steckt im Manifest für den Frieden von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht? Eine falsche Diagnose kann verheerende Folgen haben. Am Ende könnte sich Schwarzers und Wagenknechts Manifest sogar als hilfreich für die Kriegstreiber erweisen.**

Von Rainer Rupp

Laut Bundeszentrale für politische Bildung wird Kriegspropaganda wie folgt definiert:

*"Kriege sind vor allem in demokratischen Gesellschaften gegen den Willen der Bevölkerung schwer durchzusetzen. Deshalb müssen Regierungen und Militär sicherstellen, dass die Menschen den Krieg mittragen. Um ihr Ziel zu erreichen, setzen sie bewusst Medien als Mittel der Beeinflussung ein. Es wird ein Bild des Krieges vermittelt, das ihn als NOTWENDIG und UNAUSWEICHLICH darstellt. Die gezielte Beeinflussung der Öffentlichkeit für und während eines Krieges bezeichnet man als Kriegspropaganda."*

Aber heute wird so getan, als ob es keine Kriegspropaganda mehr gebe. Allerdings werden in dem freiheitlichsten und besten Deutschland, das es je gab, alle Stimmen gegen den in der Ukraine wütenden mörderischen Krieg zum Schweigen gebracht. Das Gleiche passiert mit Meinungen, die nicht in den Chor einstimmen, dass die jungfräulich-unschuldige Demokratie Ukraine – in der heldenhafte, faschistische Freiheitskämpfer vom Typ Asow und Rechter Sektor und Kraken usw. unter Führung ihres begnadeten Führers und Präsidentendarstellers Selenskij gegen Putin, die Inkarnation des Bösen, in den Krieg ziehen – einfach gewinnen muss. Eine Alternative dazu ist undenkbar.

Jetzt muss jeder Deutsche verstehen, dass die Russen unberechenbar boshaft sind. Punkt! Und deshalb sollen wir auch keine russischen Nachrichten mehr lesen und am besten auch keine russische Musik mehr hören oder ein russisches Ballett anschauen. Denn das könnte uns auf den Gedanken bringen, dass die Russen ja auch nur Menschen sind wie wir.

Aber halt, das alles hört sich ja wie Kriegspropaganda der Bundesregierung an! Aber nirgendwo im Organigramm des Regierungsapparates finden wird eine Bundes-Propaganda-Abteilung. Früher unter Goebbels gab es so etwas, zum Beispiel die Reichspropaganda-Abteilung, in der hochprofessionell Lügen für die Medien produziert wurden, was heute immer noch passiert, aber unter einem anderen, harmlosen Namen.

Aber was ist eigentlich aus der im Grundgesetz garantierten Presse- und Meinungsfreiheit geworden? Sie sind klammheimlich von einem System aus versteckter Kriegspropaganda "aufgefressen" worden. Versteckt deshalb, weil der Begriff "Propaganda" verschwunden ist. Er ist längst zu einem Synonym für "Lüge" geworden.

Als Alternative zur Propaganda ist das "Narrativ" erfunden worden, das inhaltlich nichts anderes meint, nämlich "die eigene Perspektive gegen die des Feindes durchzusetzen", wie jüngst Frank Lübberding in der Tageszeitung *Die Welt* unter dem Titel "Russia Today": Europas Angst vor "RT" geschrieben hat. Weiter führt Herr Lübberding aus:

*"Innenpolitisch setzt man dabei häufig auf die Dämonisierung und Entmenslichung des Feindes. Wer etwa den Ukrainekrieg als "Vernichtungskrieg" oder "Völkermord" seitens Russlands definiert, lässt keinen Spielraum für Verhandlungen. Der Sieg mit der faktischen militärischen Kapitulation des Feindes bleibt die einzige Handlungsmöglichkeit. Wer will sich schon mit "Völkermördern" an einen Tisch setzen?"*

Das im Westen und vor allem in Deutschland geltende Narrativ erhebt einen Absolutheitsanspruch, der wie die Gesetzestafeln, die Moses als Gottes Wille vom Berg Sinai herunterbrachte, keine andere Meinung neben sich zulässt. Wesentlicher Bestandteil dieses Narrativs ist der angebliche "unprovozierte russische Angriffskrieg", mit dem der blutrünstige Zar Putin vor allem die Zivilbevölkerung in der Ukraine terrorisiert, während die stets so sehr um Demokratie und



Menschenrechte besorgten US/NATO-Regierungen selbstlos alles tun, um der armen Ukraine mit viel Geld und Waffen zu helfen, damit sie gegen Russland gewinnt, womit ganz offen ausgesprochen die Hoffnung auf das Ende Putins und auf einen pro-westlichen Regimewechsel in Moskau verbunden ist.

Erstaunlicherweise hat das jüngst von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer vorgestellte "Manifest für Frieden" fast die gesamte Palette des US/NATO-Narrativs übernommen, mit einer Ausnahme, nämlich dass es ein Ende westlicher Waffenlieferungen und die Einleitung von Friedensverhandlungen fordert. Dabei bleibt in dem Manifest auch leider unerwähnt, dass die Ende März in Istanbul stattgefundenen Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine auch laut damaliger Erklärung des Kremls schon ziemlich weit vorangeschritten waren, als sie von Selenskij auf Geheiß der USA abgebrochen wurden.

Der damalige britische Premier Boris Johnson war damals zwecks Überbringung dieser Anweisung persönlich nach Kiew gekommen. Er machte Selenskij klar, dass die USA und Großbritannien einen Istanbul Friedensvertrag nicht garantieren würden, und stattdessen versprach er im Auftrag Washingtons unbegrenzte Waffenlieferungen und Finanzhilfen der NATO, womit die Ukraine bis zu ihrem Sieg über Russland weiterkämpfen sollte.

Dass die US/NATO-Eliten damals nicht an einem Verhandlungsfrieden interessiert waren, hatte der US-Kriegsminister und vormalige Rüstungslobbyist für den Raketenhersteller Raytheon, Ex-General Lloyd Austin, anlässlich seines Besuches in Warschau am 25. April 2022 deutlich gemacht. In einer öffentlichen Rede erklärte er das eigentliche US-Kriegsziel dieser Menschenschlächtere, der hauptsächlich ukrainische Soldaten massenhaft zum Opfer fielen.

Laut Pentagon-Chef Austin geht es beim Ukraine-Krieg für die USA vor allem darum, "Russland zu schwächen", und zwar für alle Zeiten. Bis heute hat sich an diesem Kriegsziel der menschenfressenden Ungeheuer aus den giftigen Sümpfen der Washingtoner Kriegspolitik nichts geändert.

Die Tatsache, dass das Sterben von Anfang an hauptsächlich die Ukrainer betraf und dass sich dieses Ungleichgewicht in den letzten Monaten zugunsten der Russen vervielfacht hat, ist den Kriegstreibern in Washington egal. Hauptsache, die Ukrainer kämpfen weiter, denn dabei sterben auch Russen, und auch russisches Material wird zerstört. Das Einzige, was die Bestien in der Biden-Regierung aufhalten wird, ist die langsame, aber stetige Kräfteverschiebung in der Ukraine zugunsten Russlands und zum Nachteil der NATO-Staaten und ihres ukrainischen Rammbocks.

Denn inzwischen hat sogar der Generalsekretär der NATO, Jens Stoltenberg, nach der NATO-Ministerratssitzung in Brüssel vor wenigen Tagen vor Reportern bestätigt, dass Lagerbestände an Munition und Raketen in den NATO-Ländern zur Neige gehen und die Ukraine jeden Tag ein vielfach höheres Volumen an Munition verballert, als alle NATO-Länder zusammen produzieren können. Was er nicht gesagt hat, ist, dass die Russen zum Beispiel allein an Artillerie-Granaten im Tagesdurchschnitt 20.000 Stück verschießen, während es auf Seiten der Ukraine nur noch 6.000 sind, begleitet mit der Anweisung, möglichst sparsam mit den noch verbliebenen Beständen umzugehen, da der Nachschub nicht mehr gesichert sei.

Aber zurück zum Manifest für den Frieden von Wagenknecht und Schwarzer, das mit Stand vom Freitag, 17. Februar, 8 Uhr morgens, bereits von über 450.000 Menschen unterzeichnet worden war, und das auch zu einer Friedenskundgebung vor dem Brandenburger Tor am 25. Februar um 14 Uhr aufruft. Das Manifest war sicher gut gemeint, aber "gut gemeint" ist nicht selten das Gegenteil von "gut".

Positiv zu bewerten ist die Tatsache, dass das Manifest so schnell einen solch großen, öffentlichen Zuspruch bekommen hat. Das reflektiert einerseits die Sehnsucht in der Bevölkerung nach Frieden sowie nach einem Ende des Tötens in der Ukraine und andererseits den Widerspruch der Allgemeinheit zur offiziellen Regierungs- und NATO-Politik.

Leider hat das Manifest aber auch seine negativen Seiten. Wenn der Arzt die Krankheit falsch diagnostiziert, dann sind in der Regel auch die verabreichte Medizin und Behandlung falsch, was zu noch schlimmeren Folgen führen kann. In der Politik, vor allem in der Militär-Politik, ist das wie in der Medizin, weshalb besonderer Wert auf die richtige Diagnose gelegt werden muss.

Tatsächlich aber übernimmt das Schwarzer-Wagenknecht-Manifest in weiten Teilen die in den westlichen Medien dominierende "Quacksalber-Diagnose" zur Ukraine. Fast die gesamte Palette des US/NATO-Narrativs ist darin direkt oder durch Andeutungen enthalten. Nur in Bezug auf die verschriebene "Medizin", nämlich mit seiner Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand und einhergehenden Friedensverhandlungen, setzt sich das Manifest von dem geltenden Narrativ, dass "die Ukraine siegen muss", ab.

Aber auch hier gilt: Falsche Diagnose, falsche Medizin, denn genau diese Forderung nach sofortiger Waffenruhe und Friedensverhandlungen dürfte sich letztlich für die US/NATO als nützliches Propaganda-Element zur Rechtfertigung der Fortführung des Krieges gegen Russland erweisen. Aber dazu mehr am Ende dieses Artikels.

Zunächst wollen wir einige der wichtigsten Aspekte beleuchten, wie das Manifest einerseits durch Übernahme und andererseits durch Auslassungen das US/NATO-Narrativ weitgehend übernommen hat.

Prominent ist in dem Manifest zu lesen, dass "die von Russland brutal überfallene ukrainische Bevölkerung unsere Solidarität braucht". Weiter geht es wie bei der Bild-Zeitung: "50.000 Zivilisten wurden bisher getötet", "Frauen wurden vergewaltigt, Kinder verängstigt, ein ganzes Volk traumatisiert. Wenn die Kämpfe so weitergehen, ist die Ukraine bald ein entvölkertes, zerstörtes Land".

### **Daraus ergibt sich eine Reihe ins Auge fallender Fragen:**

Von welchem Teil der ukrainischen Bevölkerung, die "unsere Solidarität braucht", spricht das Manifest? Warum fallen die sechs Millionen Ukrainer, die im dichtbesiedelten Osten des Donbass leben, unter den Tisch? In diesem Teil der Ukraine wurde die Bevölkerung in den letzten neun Jahren, also seit 2014, in ihren Dörfern und Städten von nationalistischen Freiwilligen-Bataillonen der Putschregierung in Kiew tagtäglich mit wahllosem Artilleriefeuer terrorisiert. Dadurch waren laut UN-Angaben mit Stand vom Dezember 2021 bereits 14.000 Menschen ermordet worden. Warum kein Wort darüber im Manifest?

Jeder Krieg hat eine Vorgeschichte. Bei dem Treffen der Verteidigungsminister vor wenigen Tagen in Brüssel hat der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg dies auch im Fall der Ukraine endlich eingeräumt und damit wahrscheinlich zum ersten Mal in seiner Karriere öffentlich die Wahrheit über den bewaffneten Konflikt in der Ukraine gesagt.

In einer Rede vor Reportern sagte er: "Der Krieg hat nicht erst im Februar letzten Jahres begonnen. Der Krieg begann 2014. [...] Die NATO bildet das ukrainische Militär seit 2014 aus, NATO-Partner versorgen die ukrainischen Streitkräfte seit 2014 mit den notwendigen Waffen und Schulungen."

Damit ist das Narrativ der westlichen Spitzenbeamten und ihrer Medien von der unprovokierten,

nackten Aggression des wahnsinnigen Zaren "Putin des Schrecklichen" nicht länger aufrechtzuhalten, was uns zu weiteren Fragen zum Manifest veranlasst:

Warum fällt die Vorgeschichte des Krieges im Manifest unter den Tisch?

Warum werden die jahrelangen Bemühungen der Russen, in Verhandlungen mit dem Westen vertraglich die Sicherheit der russischen Westgrenzen zu garantieren, nicht erwähnt?

Warum wird die höhnische und arrogante Zurückweisung der russischen Bemühungen durch die NATO-Mächte, zuletzt auch noch von Kanzler Scholz bei seinem Besuch in Moskau kurz vor Kriegsbeginn, im Manifest verschwiegen?

Warum wird verschwiegen, dass sich sowohl die ukrainischen Präsidenten Poroschenko und Selenskij als auch Kanzlerin Merkel und der französische Präsident Hollande im vergangenen Jahr damit gebrüstet haben, dass der vom UN-Sicherheitsrat zum völkerrechtlichen Dokument erhobene Minsk-II-Friedensplan für den Donbass eine Finte war? Die Westparteien hatten nämlich nie ernsthaft beabsichtigt, das Friedensabkommen umzusetzen, sondern wollten damit nur Zeit gewinnen, um mit der NATO die ukrainische Armee gegen Russland aufzurüsten.

George Kennan, der Säulenheilige der anti-sowjetischen US-Diplomatie, einer der Gründungsväter der NATO und Chef-Architekt der US/NATO-Eindämmungspolitik des Kalten Krieges gegen die Sowjetunion, hatte in seinen späteren Jahren die US/NATO-Expansionspolitik in Richtung der russischen Grenzen als einen "tragischen Fehler" und als "Beginn eines neuen Kalten Krieges" bezeichnet, wie Thomas Friedman, der bekannte Kommentator der *New York Times*, Kennan am 2. Mai 1998 zitierte.

Das wichtigste Gut in der internationalen Diplomatie, insbesondere zwischen verfeindeten Mächten, ist ein belastbares Fundament gegenseitigen Vertrauens aufzubauen. Das ist sogar damals im Kalten Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion gelungen. Abrüstungsverhandlungen wurden von beiden Seiten hart, aber in ehrlicher Absicht geführt, im Gegensatz zu US/NATO-Verhandlungen mit Russland nach dem Ende des Kalten Krieges. Diese wurden von diplomatischen Winkeladvokaten mit Arglist geführt und unterzeichnet. Man denke nur an das hochheilige Versprechen der deutschen und amerikanischen Regierungen vor dem Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR und Osteuropa, dass die NATO keinen Zentimeter nach Osten nachrücken und expandieren würde.

Minsk II ist ein weiteres abscheuliches Beispiel dafür, wie die USA und ihre europäischen Anhängsel in Russland jegliches Vertrauen verspielt haben, wobei sich Moskau von den Deutschen besonders stark und heimtückisch hintergangen fühlt. Dies wurde am 21. Dezember 2021 bereits mehr als deutlich, als Präsident Putin öffentlich erklärte, dass man dem Westen nicht mehr trauen könne. "Hoffnungen auf ein Sicherheitsabkommen mit Washington zur Begrenzung der NATO-Expansion in Osteuropa sind gering, weil selbst ein unterzeichnetes Abkommen von der amerikanischen Seite jederzeit zerrissen werden könnte", so Putin.

Auf diese für Moskau sicherlich schmerzhaftes Erkenntnis folgte dann wenige Monate später noch der Hohn von Poroschenko, Selenskij, Merkel und Hollande, wie sie die Russen mit Minsk II erfolgreich betrogen hatten. Sie hatten Minsk II insgeheim zerrissen, nicht etwa um Frieden zu schaffen, sondern um die Ukraine für den geplanten Krieg gegen Russland aufzurüsten.

Und jetzt müssen wir zu der bereits oben erwähnten Sorge zurückkehren, dass die im Schwarzer-Wagenknecht-Manifest für den Frieden enthaltene Forderung nach sofortiger Waffenruhe und Friedensverhandlungen letztlich für die US/NATO als nützliches Propaganda-Element zur

Rechtfertigung der Fortführung des Krieges gegen Russland werden könnte. Denn hier müssen wir uns zuerst fragen, mit wem Russland überhaupt verhandeln kann? Wem kann es vertrauen? Alle auf westlicher Seite an diesem Krieg beteiligten Parteien haben wiederholt bewiesen, dass man ihnen nicht über den Weg trauen kann.

Andererseits sollte selbst auf Seiten der hartgesottensten Kriegstreiber in US/NATO-Kreisen das Interesse an einem Waffenstillstand wachsen angesichts weiterer Kräfteverschiebungen auf dem ukrainischen Kriegsschauplatz zugunsten der Russen, begleitet von dem unaufhaltsam zunehmenden Munitionsmangel der Ukrainer und der wachsenden Gefahr, dass die Front der ukrainischen Armee an mehreren Stellen einbricht und die Auflösungserscheinungen innerhalb der ukrainischen Streitkräfte zunehmen.

Und in diesem Moment, wo die russische Armee dem nationalistischen und faschistischen Treiben in der Ukraine ein Ende bereiten könnte, werden dann die Rufe aus Washington und von der NATO nach einem Waffenstillstand kommen, und sie werden sich gemein machen mit den Forderungen im Manifest für den Frieden und anderen Friedensbewegungen. Und wenn Russland infolgedessen Waffenstillstandsverhandlungen ablehnt, was zu erwarten ist, dann sind die Russen wieder an allem schuld, und dann stehen Wagenknecht und Schwarzler mit ihrem Manifest in einer Reihe mit den US- und NATO-Kriegstreibern.

Die Tatsache, dass Russland mit seinen "ehemaligen westlichen Partnern" endgültig gebrochen hat, unterstrich dieser Tage der ständige Vertreter Russlands im UN-Sicherheitsrat, Wassili Nebensja. Er erklärte im Sicherheitsrat, die westlichen Länder hätten gezeigt, dass sie nicht daran interessiert seien, "gemeinsam mit Russland ein System der europäischen und euro-atlantischen Sicherheit aufzubauen", sondern nur eines, das gegen Russland gerichtet sei. Und in Bezug auf Vertrauen sagte er unter Verweis auf Minsk II: "Wir glauben Ihnen nichts mehr."

\* \* \*

## **Sozialinstitut unterstellt Ungeimpften "gesundheitsschädliches Vorverhalten" – muss das sein?**

<https://freeassange.rtde.life/meinung/163412-sozialinstitut-unterstellt-ungeimpften-gesundheitsschaedliches-vorverhalten/>

21.02.2023

**Corona-Aufarbeitung oder Fortführung gesellschaftlicher Spaltung? Ein Institutsblogbeitrag nimmt erneut ungeimpfte Bürger ins Visier und bezeichnet den Grundsatz der Eigenverantwortung als "Baustein des verfassungsrechtlichen Solidarprinzips". Institutsleiter ist der in der Corona-Krise kontrovers wahrgenommene Stefan Huster.**

*Von Bernhard Loya*

Der *Gesundheitsrecht.blog* des Instituts für Sozial- und Gesundheitsrechts an der Ruhr-Universität Bochum veröffentlichte am 20. Februar den Onlinebeitrag zweier Verfassungsrechtlerinnen mit dem Titel: "Mehr Eigenverantwortung in der GKV: Beteiligung Nichtgeimpfter an den Kosten ihrer COVID-19-Behandlung". Der GKV-Spitzenverband ist die zentrale Interessenvertretung der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen in Deutschland.

Laut Eigenauskunft gestaltet die GKV "die Rahmenbedingungen für einen intensiven Wettbewerb um Qualität und Wirtschaftlichkeit in der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung". Die Gesundheit ihrer 73 Millionen Versicherten "stehe dabei im Mittelpunkt des Handelns". Bei den Autorinnen des Blog-Beitrags handelt es sich um Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf, LL.M.,

Inhaberin des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, "insbesondere Verfassungsrecht an der Universität Potsdam" und Nicole Friedlein, "Wissenschaftliche Hilfskraft mit Hochschulabschluss", an der gleichen Einrichtung demnach noch studierend.

Im Rahmen einer vermeintlichen "Debatte über Kostenbeteiligung Nichtgeimpfter zur Reduzierung der Ausgaben der GKV" wird zu Beginn des Beitrags festgestellt, dass "die solidarische Finanzierung der GKV aber zunehmend herausgefordert wird, weil ihre finanzielle Situation seit langem angespannt ist". Für das Jahr 2023 würde durch den "Wegfall der pandemiebedingten Sonderzuzahlungen zum Gesundheitsfonds ein Defizit von 17 Milliarden Euro in der GKV prognostiziert".

"Hintergrund", also Motivation zum Institutsbeitrag sei, "dass trotz zugelassener Impfstoffe 22,1 Prozent der deutschen Bevölkerung nicht gegen COVID-19 geimpft sind". Die Autorinnen behaupten anhand einer gleichlautenden RKI-Quellennennung zu den Themen "Impfschutz" und "Auffrischungsimpfungen" (Quellenziffern 7 und 8) einleitend, dass "Nichtgeimpfte somit insgesamt ein wesentlich höheres Risiko für einen behandlungsbedürftigen Krankheitsverlauf als Geimpfte haben". In der "zitierfähigen PDF-Version" des Artikels heißt es einleitend mehr als provokativ:

*"Im Zuge der Corona-Pandemie ist die alte Debatte über eine stärkere Berücksichtigung von gesundheitsschädlichem Vorverhalten Versicherter neu entflammt. Sollen nichtgeimpfte Versicherte bei einer Erkrankung mit COVID-19 an ihren Behandlungskosten beteiligt werden?"*

Die stationäre Behandlung "einer akuten Corona-Infektion" koste laut der diesbezüglichen Quellennennung "im Fall einer künstlichen Beatmung durchschnittlich 32.000 bis 33.000 Euro". Die im Beitrag der Autorinnen dargelegten Pro-Impfung-Argumente lauten:

- Die Impfung bietet einen sehr guten Schutz vor einer Hospitalisierung, intensivpflichtiger Behandlung und dem Tod.
- Der Schutz vor einer Infektion ohne oder mit milder Symptomatik ist unter den Bedingungen der Omikron-Variante im Vergleich zur Deltavariante zwar geringer und von kürzerer Dauer; er kann jedoch durch eine Auffrischungsimpfung verbessert werden.
- Zudem weisen erste Studienergebnisse darauf hin, dass die Impfung das Risiko für Long-COVID-Symptome reduzieren kann.

Demgegenüber ergebe sich nach Ansicht aus einem rein juristischem Blickwinkel die vermeintlich gesellschaftliche Realität, dass ungeimpfte Bürger – "ohne dass eine Kontraindikation vorlag" – ein demnach "gesundheitsschädliches Vorverhalten" regelrecht provozieren würden. Das sogenannte "Solidarprinzip der GKV" sei "durch den Grundsatz der Eigenverantwortung flankiert (§ 1 S. 2, 3 SGB V)". Die in diesem Gesetz "vorgesehenen Möglichkeiten zur Berücksichtigung von krankheitsursächlichem Vorverhalten der Versicherten mit § 52 und § 52a SGB V" seien laut den Autorinnen "überschaubar". Daher ohne entsprechende "Druckmöglichkeit", nicht ausreichend?

Die zurückliegenden drei Jahre, inklusive einer breiten kontrovers geführten gesellschaftlichen Impfdiskussion, der Situation "wenn Versicherte, die sich gegen eine COVID-19-Impfung entschieden haben und an Corona erkranken", hätten daher nicht abschließend geklärt, ob gesetzliche Voraussetzungen "erfüllt sind". Diese lauten laut dem Beitrag:

*"Gem. § 52 I SGB V kann die Krankenkasse Versicherte an den Kosten der Leistungen in angemessener Höhe beteiligen und das Krankengeld ganz oder teilweise für die Dauer der Krankheit versagen und zurückfordern, wenn sich Versicherte eine Krankheit vorsätzlich*

*oder bei einem von ihnen begangenen Verbrechen oder vorsätzlichen Vergehen zugezogen haben."*

Für den juristischen "erforderlichen Vorsatz" genüge es laut den Autorinnen, wenn "der Versicherte die Nichtimpfung und den Krankheitseintritt billigend in Kauf nimmt". Es genüge demgegenüber nicht, wenn "der Versicherte grob fahrlässig auf das Ausbleiben der Krankheit vertraut". Aufgrund "der breiten Aufklärungs- und Informationskampagnen" lasse sich von "einem allgemeinen Bewusstsein hinsichtlich der Schutzwirkung der Impfung und der Gefahren einer Corona-Infektion" in der Bevölkerung ausgehen. Ob diese überhaupt ihrer so wichtigen aufklärerischen Verantwortung inhaltlich korrekt nachkamen, einen generellen beabsichtigten Effekt bei den Bürgern hervorriefen, wird ohne Quellenangabe von den Autorinnen anscheinend vorausgesetzt. Erneut provokativ formuliert heißt es weiter:

*"Der Versicherte legt zudem mit der Nichtimpfung ein besonders gefährliches Verhalten an den Tag, sodass sich argumentieren lässt, dass er auf das Ausbleiben einer behandlungsbedürftigen Corona-Infektion nicht vertrauen darf."*

Es folgen in dem Beitrag keinerlei situative Vergleichsdarlegungen, anhand von Studienangaben, Statistiken oder zumindest einer Selbsteinschätzung der Autorinnen, bezüglich eines potentiellen "gesundheitsschädlichem Vorverhaltens" und daraus resultierender GKV-Belastung zum Beispiel von Kettenrauchern, Extremsportlern, Alkohol- und Drogenabhängigen oder bei "bewusster" schlechter Ernährung.

Zu der Thematik einer individuellen Entscheidung gegen eine COVID-19-Impfung sei es "schwierig zu beurteilen, ob und inwieweit die Gründe für eine negative Impfentscheidung einer wertenden Betrachtung zugänglich sind". Weiter heißt es:

*"Ist eine gesteigerte Sorge vor Impfnebenwirkungen aufgrund individueller persönlicher Erfahrungen ein weniger solidaritätswidriges Handlungsmotiv als die Motivation, dem gesellschaftlichen Druck nicht nachgeben zu wollen? In jedem Fall bleibt die Schwierigkeit, die Motive für die Impfentscheidung zu ergründen und inhaltlich zu bewerten."*

Diesbezüglich orientierten sich die Autorinnen an einer Forsa-Umfrage aus dem Oktober 2021 mit lediglich 3.048 Teilnehmern (Quelle 28). Durch die Aufnahme einer neuen – noch empfohlenen, nicht eingeforderten – "Kostenbeteiligungsvorschrift in das SGB V gestaltete der Gesetzgeber das Verhältnis zwischen dem Versicherungs- und dem Solidarprinzip in der gesetzlichen Krankenversicherung kompetenzgerecht aus". Bezugnehmend der (noch?) realen Freiheit der Bürger in ihrer Entscheidung heißt es:

*Aus den Freiheitsgrundrechten folgt kein Anspruch von Versicherten, dass sämtliche Krankheitskosten ohne Rücksicht auf Eigenverschulden und Mitverursachung von der Solidaritätsgemeinschaft der GKV bzw. von den Steuerzahlerinnen und -zahlern getragen werden."*

Die "Beteiligung Nichtgeimpfter an ihren Behandlungskosten ist der Schutz der finanziellen Stabilität der GKV" und zudem ein "zulässiges Ziel", so die Argumentation der Verfasserinnen. Daher sei die Kostenbeteiligung "zur Verwirklichung dieser Zielsetzung geeignet". Ein weiteres bizarres, unbelegtes und vollkommen willkürliches Wahrnehmungsbild belegt diese Formulierung:

*"Dadurch würde zum einen die Impfbereitschaft erhöht, sodass deutlich weniger schwere COVID-19-Erkrankungen und Long-COVID-Fälle und somit geringere Kosten für die GKV entstünden."*

Eine Impfbereitschaft aufgrund androhter Zahlungsmodalitäten? Diese fatale Mutmaßung orientiert sich zu 100 Prozent an einem der unzähligen fragwürdigen Statements von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach. Dieser fabulierte anmaßend im Januar 2022:

*"Ich glaube, dass Ärzte jeden impfen sollten. Derjenige, der geimpft werden will, weil er der Impfpflicht nachkommt und denjenigen, der sich ganz freiwillig impfen lassen will. Es wird ja niemand gegen seinen Willen geimpft. Selbst die Impfpflicht führt ja dazu, dass man sich am Schluss freiwillig impfen lässt."*

Unter formulierten "Zumutbarkeitsgesichtspunkten" erscheine eine Kostenbeteiligung nicht geimpfter Versicherter nur dann gerechtfertigt, "wenn sie die tatsächliche Möglichkeit haben, ihren Gesundheitszustand und damit die Gesundheitskosten in der GKV eigenverantwortlich zu beeinflussen". Laut den Autorinnen sei diese Situation in Deutschland gegeben:

*"Für die Zumutbarkeit ist daher maßgeblich, dass geeignete Impfstoffe gegen das COVID-19-Virus zur Verfügung stehen, mit denen Versicherte ihre Gesundheit schützen und eine Kostenbeteiligung bei einer COVID-19-Erkrankung aktiv abwenden können. Das ist bislang der Fall. Die Schutzwirkung der gegenwärtig verfügbaren Impfstoffe ist sehr gut belegt."*

Diesbezügliche Belege, Studien oder Quellenverweise wurden dem Blog-Beitrag nicht beigelegt. Die nachweislich dokumentierte Existenz von Nebenwirkungen bzw. massiven Impfschäden durch mRNA-Wirkstoffverabreichungen scheint den Juristinnen nicht bekannt. Die Hauptautorin ist stellvertretende Verfassungsrichterin in Sachsen. Blogbetreiber und damit verantwortlicher Endredakteur ist Leopoldina-Mitglied und Institutsdirektor Prof. Dr. Stefan Huster. Jener Mann, der auch Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Evaluation der Pandemiemaßnahmen war. Herr Huster kommentierte ihm betreffende Sachkritik im Juni 2022 eher unakademisch:

*"Sachliche Kritik ist immer willkommen. Aber wer hier Fake News verbreitet, mich beleidigt oder üble Unterstellungen ('Pharmalobby' usw.) verbreitet, wird blockiert. Mein Mitgefühl reicht für so viel Dummheit und Niedrigkeit nicht aus."*

Huster war nebenberuflich im Jahr 2019 Moderator bei der "Pharma Networking Night" des Handelsblatts. Das noch junge Jahr versucht sich zaghaft in einer Aufarbeitung der Corona-Krise, auch seitens der mitverantwortlichen Leitmedien (Beispiel 1, Beispiel 2, Beispiel 3), ausgehend einer realexistierenden tiefen – anhaltenden – Spaltung der Gesellschaft. Solche Blogbeiträge eines Instituts für Sozial- und Gesundheitsrechts wirken bei genauerer Betrachtung nicht wirklich bemüht, diesen Status quo zu überwinden. Das Misstrauen eines nicht zu unterschätzenden Teils der Bürger gegenüber verantwortlichen Institutionen und Protagonisten dieser Gesellschaftskrise abzubauen. Rein subjektiv – ein schlimmes kontraproduktives Pamphlet.

\* \* \*

## **Karin Kneissl: Verlogene Diplomatie erreichte das Gegenteil von Vermittlung**

<https://freeassange.rtde.life/meinung/163474-karin-kneissl-verlogene-diplomatie-erreichte/>  
23.02.2023

**Hätte sich das russische Eingreifen in der Ukraine abwenden lassen? Welche Angebote brachten die westlichen Staats- und Regierungschefs mit in den Kreml? Am Ende blieb es bei einer Serie von Fototerminen, hatte aber nichts mit Diplomatie zu tun: der Besuchsreigen vor einem Jahr in Moskau.**

*Von Dr. Karin Kneissl*

Im Rückblick war stets von den westlichen diplomatischen Anstrengungen kurz vor dem 24. Februar, als russische Truppen in der Ukraine einmarschierten, die Rede. Doch die vielen Termine, ob beim russischen Außenminister Sergei Lawrow oder bei Präsident Wladimir Putin, waren zum Scheitern verurteilt. Weder Bundeskanzler Olaf Scholz noch der französische Präsident Emmanuel Macron, die am Morgen des 22. Februar noch trilaterale Gespräche mit Russland ankündigten, eigneten sich als Vermittler, um die russischen Bedingungen vom 18. Dezember, in denen es um die gesamteuropäische Sicherheit ging, auf eine diplomatische Verhandlungsebene zu bringen.

Und dies aus mehreren Gründen:

1. Aus russischer Sicht ging es in erster Linie um Sicherheitsgarantien – Stichwort NATO-Beitritt der Ukraine, wie dieser seit 2008 betrieben wurde – und erst in zweiter Linie um Territorialfragen. An der brisanten Frage der fortgesetzten NATO-Osterweiterung manövrierten sämtliche Gäste in Moskau vorbei. Der Fokus war die territoriale Integrität der Ukraine, und damit wurde die Krim-Frage in den hinlänglich bekannten Gesprächsnotizen vorgebracht.
2. Letztere, im Englischen als "talking points" bezeichnet, wurden sowohl in den politischen Gesprächen hinter verschlossenen Türen als auch bei den Pressekonferenzen gleichsam wiedergekaut, ohne dass auch nur ein westlicher Regierungsvertreter neue Ideen für die russischen Forderungen vorlegte. Lawrow fasste dieses Patt nach dem Treffen mit seiner damaligen britischen Amtskollegin Liz Truss so zusammen: Frau Truss spricht in Tweets.
3. Das Kriegsgeschehen in der Ostukraine seit 2014 und der schwierige Alltag der Menschen interessierte kaum die Staatengemeinschaft. Einzig Ungarn verwies in den EU-Räten konsequent auf die Lage der Minderheiten und die Repressionen durch Kiew. Der Beobachter-Mission der OSZE, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, fehlte es an kluger Führung. Die teils unlesbaren Berichte zirkulierten kaum in den Staatskanzleien.
4. Vertrauen lässt sich nicht in 30 Minuten und nachfolgender Pressekonferenz aufbauen. Diese Termine waren vor allem ein Fotospektakel, ein Monolog reihte sich an den nächsten. Von einer Konsenssuche war keine Spur.
5. Das russische Misstrauen sollte rund zehn Monate später durch die Aussagen der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel bestätigt werden.

Merkels Offenbarungseid zu den Abkommen von Minsk

Vor einigen Tagen fiel nach anderen Prominenten auch Merkel auf den Telefonstreich der russischen Satiriker Wowan und Lexus herein. Indem sie ihren Gesprächspartner am Telefon für den ehemaligen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko hielt, gab die erfahrene Altkanzlerin noch großzügiger Einsichten preis, als sie dies bereits in ihrem Interview mit Die Zeit getan hatte. Die Minsker Vereinbarungen, die im Sommer 2014 zwecks diplomatischer Lösung der Ukraine-Krise verhandelt wurden, waren in erster Linie als Zeitgewinn für Kiew geplant.

Diese Aussage hatte in Moskau im Dezember für große Bestürzung gesorgt, da man sich damit im tiefen Misstrauen und in der Richtigkeit für die militärische Option bestätigt fühlte. Bezeichnenderweise wurde die Bedeutung der Merkel-Zitate weder in Deutschland noch auf EU-Ebene begriffen. Eine mediale Auseinandersetzung fand ebenso wenig statt.

Allein der ehemalige deutsche EU-Kommissar und Minister Günter Verheugen diagnostizierte die Schwere dieser Aussagen in einem Interview mit der Berliner Zeitung, indem er meinte, dass



Deutschland und Frankreich auf lange Sicht wohl nicht mehr als Vermittler infrage kommen.

Als ich im Dezember kurz nach der Veröffentlichung des Merkel-Interviews um meine Sicht gebeten wurde, verwies ich auf den großen Schaden, den Merkel der Diplomatie insgesamt zugefügt hatte. In einem Verhandlungsprozess geht es auch um das kluge Verwalten einer Pattsituation, falls derart eine Eskalation verhindert werden kann. Doch kann ein solcher Zeitgewinn niemals nur einer Seite nützen, um zum Beispiel aufzurüsten. Zeit ist nur zu schinden, um Ideen zu prüfen und derart die Konfliktparteien für einen neuen Zugang zu gewinnen.

Offenbar wurde aber seitens der Staatenvertreter des sogenannten Normandie-Formats, die die Minsker Vereinbarungen entworfen hatten, keine klare Äquidistanz gewahrt. Seit 2014 hatten wir in sämtlichen Gremien und in unseren Treffen mit Russland wie im Ritual stets ein Bekenntnis zu diesen Papieren abgegeben, ohne uns aber ernsthaft mit der Realität der Menschen in der Ostukraine zu befassen. Die Aussagen reduzierten sich immer wieder auf Gesprächsnotizen. Ernsthafte Gespräche mit den Betroffenen fehlten, um die Lebensbedingungen der Menschen in der Ostukraine ernsthaft zu verbessern.

### **Vom Handwerk und der Kunst der Diplomatie**

Alle Kunst kommt von solidem Handwerk – diese Weisheit gilt auch für den diplomatischen Berufsstand. Die hohe Kunst der Verhandlungsführung in aussichtslosen Situationen ist die hohe Disziplin, die von Zeitgenossen kaum mehr erreicht wird. Denn das wesentliche Attribut der diplomatischen Arbeit, die Diskretion, ist uns ebenso abhandengekommen wie die Begegnung auf Augenhöhe.

Das Handwerk scheint daher ebenso verlernt. Es geht um Konsens, um Respekt und die Nichteinmischung in innere Angelegenheit, um Blickkontakt ebenso wie ernsthafte Konversation anstatt vorgekaufter Positionen. All diese handwerkliche Arbeit fehlte vor einem Jahr in Moskau.

Die Bilder, die hängen blieben, waren jene des langen Tisches, an dem Putin die Gäste empfing. Diese offensichtliche Distanz war die Metapher für den Besuchsreigen, bei dem die Regierungschefs einander im Stundentakt die Türklinke reichten. An diesem Tisch war ich zuletzt im Frühjahr 2019 damals noch als Außenministerin Österreichs gesessen, doch führten wir damals Gespräche zum Nahen Osten und redeten nicht aneinander vorbei.

Zukünftige Gespräche werden stattfinden, aber bei solchen werden kaum EU-Vertreter oder der britische Premier auftauchen. Vielmehr könnten Unterhändler aus den diplomatischen Korps der Türkei, Chinas und letztlich der USA die russischen Gesprächspartner aufsuchen. In Rotation zwischen Moskau und so mancher Kapitale weiter östlich werden meines Erachtens die Verhandlungen stattfinden. Die EU hatte ihre Chancen und hat diese mehrfach verpasst.

\* \* \*

### **Leider wahr: Ukrainisches Getreide für spanische Edelschweine – Insekten für EU-Bürger**

<https://freeassange.rtde.life/meinung/163797-ukrainisches-getreide-fuer-spanische-edelschweine/>  
25.02.2023

**Der Mensch ist, was er isst. Es war Ludwig Feuerbach, der diesen philosophischen Satz geprägt hat. Möge er in Frieden ruhen und möglichst bis in alle Ewigkeit unbehelligt von dem bleiben, was der Mensch heute ist. Und isst.**

Von Tom J. Wellbrock

Für Ludwig Feuerbach war das Essen die reinste Sinnlichkeit:

*"Sinnlich ist der berauschende Wein, aber sinnlich ist auch das ernüchternde Wasser, sinnlich ist die Üppigkeit und Schwelgerei ..., ... sinnlich ist die Gänseleberpastete, ..., aber sinnlich sind auch die Gerstenklöße und die schwarze Suppe spartanischer Enthaltbarkeit."*

Es sei durch den Autor dieses Textes ergänzt:

*"Sinnlich ist das köstliche Schwein, sinnlich sei aber auch das ernüchternde Krabbeltier, sinnlich ist die Abstinenz und die Schwelgerei in grünem Größenwahn."*

Und bevor der Leser nun denkt, der Autor hätte beim Schreiben dieser Zeilen zu tief ins Glas geschaut, seien sie an dieser Stelle erläutert.

### **Schwein gehabt, Ukraine!**

Der Europäer hat nichts gegen Afrikaner und Asiaten. Im Gegenteil, er sorgt sich sogar sehr um sie. So sehr, dass er es der Ukraine ermöglicht hat, haufenweise Mais und Weizen verkaufen zu können. Für die gute Sache. Gegen den Hunger.

Und dann kam es anders. Denn ukrainische Lebensmittel können auch für eine andere gute Sache und gegen Hunger verwendet werden. Indem sie an spanische Schweine verfüttert werden, aus denen wiederum der überaus köstliche und sinnliche "Jamón Ibérico de Bellota", der wohl teuerste Schinken, den man für Geld kaufen kann, gemacht wird.

Das müssen die armen Asiaten und Afrikaner dann aber auch verstehen, sie mögen zwar vom Getreide-Kuchen nicht viel bekommen, unterstützen aber indirekt die artgerechte Tierhaltung. Schließlich werden die Schweine, aus denen der sinnliche Schinken wird, in Freilandhaltung verwöhnt und knabbern leckere Eicheln. Nun ja, ein paar jedenfalls, der Rest wird in Massentierhaltung mit Futtermais auf ihr nobles Schicksal namens Ableben vorbereitet.

### **Getreideschimmelkäfer: Einfach köstlich!**

Der Lebensmittelmarkt ist um eine kulinarische Köstlichkeit reicher geworden: die Larve des Getreideschimmelkäfers. Sie gesellt sich zu gewitzt zubereiteten Hausgrillen, fantasievoll kreierten Wanderheuschrecken und dezent ins Hauptgericht integrierte Larven des Mehlkäfers. Bisher werden die nahrhaften Tierchen gefroren, getrocknet oder als Pulver verwendet. Doch sicher wird es künftig auch überbackene oder panierte Variationen geben.

Einer, der bereits Insekten probiert hat, ist der Heizungsbenutzungserklärer Winfried Kretschmann von den grünen Kriegskrabbeln. Er ist der Meinung, dass die Aufnahme von Proteinen in Form von Insekten eine prima Sache ist. Die "hohen kulturellen Schranken" in Europa nimmt der Heizungsman zwar ernst, betrachtet die Ernährungsumstellung aber letztlich als alternativlos.

### **Der Geist ist willig, aber das Fleisch ist teuer**

Apropos alternativlos – womöglich hat der Mann mit den Waschlappentipps bei seinen Überlegungen über Insektennahrung auch einen anderen Aspekt mit einbezogen, der in grünen Kreisen auf große Begeisterung stößt. Jener Aspekt sieht vor, künftig Fleisch so richtig schön teuer zu machen.

Wie das geht? Ganz einfach. Zunächst wurden vier Tierwohlstufen eingeführt. Die dritte und die vierte waren aber nicht sonderlich beliebt, und zwar schlicht, weil die Produkte viel zu teuer sind. In Zeiten steigender Energiepreise und wachsender Inflation sind teure Produkte einfach nicht das, was die Menschen unbedingt brauchen.

Und so begann zunächst Aldi, die ersten beiden Stufen des Tierwohls aus dem Angebot zu entfernen. Lidl agierte parallel dazu in gleicher Weise. Bis 2025 soll billiges Fleisch dann endgültig aus den deutschen Sortimenten verschwunden sein. Und die Supermärkte endlich mal vernünftigen Gewinn mit sauteurem Fleisch machen.

Die Grünen finden das gut, die grünen Medien auch, und wem das nicht passt, der kann ja Insekten essen. Oder Kuchen.

Nun ist die Ernährung ärmerer Menschen ohnehin ein Problem, weil Fette und Kohlenhydrate als Kalorienquellen billiger sind als Proteine. Aber um dieses Problem zu umgehen, gibt es ja jetzt Protein durch das Füttern von Insekten. Das ist eine gute Nachricht, und wer etwas anderes behauptet, lügt und möge für immer schweigen.

Aber wechseln wir noch einmal kurz zur Ukraine und widmen uns dem vegetarischen Getreidehandel, um den Hunger auf der Welt zu bekämpfen. Die Agrarerzeugnisse aus der Ukraine wurden von der EU steuer- und zollfrei gestellt. Dadurch kommt ukrainisches Getreide zwar immer noch nicht nach Afrika und Asien, jedenfalls nicht so, dass es eine echte Hilfe wäre. Dafür können sich Länder wie Polen, Ungarn und Rumänien an den ukrainischen Produkten erfreuen.

Was diese undankbaren Schufte aber einfach nicht tun. Stattdessen beklagen sie sich darüber, mit billigen ukrainischen Waren überschwemmt zu werden und wittern eine bewusst herbeigeführte Wettbewerbsverzerrung.

Dabei geht es doch nur um wirtschaftliche Hilfen, die Bekämpfung des Hungers und politisch korrekte Ernährung. Aber irgendwelche Kakerlaken, die etwas auszusetzen haben, finden sich ja immer.

Schlimm, wirklich schlimm.

*Tom J. Wellbrock ist Journalist, Sprecher, Texter, Podcaster, Moderator und Mitherausgeber des Blogs "neulandrebell" (<http://www.neulandrebell.de/>).*

\* \* \*

## **Die "Tagesschau" kann das Hetzen gegen Demonstranten einfach nicht lassen**

<https://freecassange.rtde.life/meinung/163935-tagesschau-kann-hetzen-gegen-demonstranten-nicht-lassen/>

26.02.2023

**Neutrale Berichterstattung über Proteste gegen Regierungspolitik kennen die deutschen öffentlich-rechtlichen Medien spätestens seit dem zweiten Merkel-Kabinett nicht mehr. Auch gegen die Wagenknecht-Schwarzer-Kundgebung wird gehetzt, was das Zeug hält. Wer aber urteilt und richtet da eigentlich?**

*Von Anton Gentzen*

Dass die öffentlich-rechtlichen Medien in Deutschland spätestens seit dem zweiten Merkel-Kabinett nicht mehr neutral und unbefangen über der Regierung nicht angenehme Proteste und Kundgebungen berichten können, ist nichts Neues. Die von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer organisierte Großdemonstration gegen die deutsche Kriegsbeteiligung am Sonnabend ließ die Galle in den Redaktionsstuben wieder auf giftige Werte steigen: Einfach nur berichten, ist dieser Tage offenbar nicht möglich. Und so liefern die Medien des Mainstreams in ihrer sogenannten "Berichterstattung" über die Berliner Kundgebung wieder einmal zahlreiche Lehrbuchbeispiele für Framing, Verächtlichmachung der Teilnehmer und sonst manipulative "Einordnung".

Ein Beispiel aus der Tagesschau-Sendung, die am Sonnabend um 13.45 Uhr über die Bildschirme flimmerte. Der Moderator fragt den "Reporter" vor Ort, einen altbekannten Hetzer gegen jeden, der sich nicht gehorsam und still der aktuellen Regierungslinie fügt:

*"Nehmen an der Kundgebung auch rechtsextreme Gruppierungen teil?"*

Die Antwort des besagten "Qualitätsjournalisten" Olaf Sundermeyer:

*"Ja, das war tatsächlich eine Einladung de facto, die auch angenommen wurde. Wir haben hier zahlreiche Leute aus dem Querdenker-Milieu, die wir auch bei anderen Demonstrationen der sogenannten Anti-Corona-Proteste hier in Berlin erlebt haben. Beispielsweise hinter mir sind Hunderte Leute aus diesen Milieus, es sind Reichsbürger hier, aber eben auch viele Altlinke aus dem westdeutschen Protestmilieu der Achtzigerjahre. Viele Ostlinke mit so bisschen DDR-Analogien, die hier durchschimmern. Wir haben auch einen Vergleich, einen Hitler-Vergleich mit Bundeskanzler Olaf Scholz und zu Annalena Baerbock hier erlebt. Also die Querfront, die im Vorfeld hier angekündigt wurde, hat sich tatsächlich versammelt, aus ganz Linken und ganz Rechten, die hier heute dem Aufruf von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer gefolgt sind."*

Sundermeyer passt zum grünen Zeitgeist wie die sprichwörtliche Faust aufs Auge: ein Tausendsassa ohne auch nur einen erfolgreichen Berufsabschluss. Nach dem Abitur 1992 in Dortmund war er zunächst Pionier bei der Bundeswehr. Danach studierte er Rechtswissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum und Journalistik an der Universität Dortmund, jeweils ohne Abschluss. Er war unter anderem tätig als Gastwirt in Dortmund, im Tourismus (Tourguide USA), im Bundestag (ein Jahr Mitarbeiter einer sächsischen Abgeordneten), als Radioreporter beim RBB und als "freier Auslandskorrespondent" in Warschau. Warum man ohne Studienabschluss überhaupt eine gut dotierte Anstellung im gehobenen Dienst einer öffentlich-rechtlichen Anstalt findet? Solch erstaunliche Karrieren werfen Fragen auf.

Selbst ein unbedeutender Journalist, ist er – wie bei dieser Art grünen Studienversagern üblich – schnell und unbarmherzig in seinen Urteilen über andere. Wer hat ihn ermächtigt, vor allem aber befähigt, Urteile darüber zu fällen, was "rechtsextrem", "altlink", "Querfront" ist? Über eine ausreichende Expertise und einen halbwegs geeigneten Bildungshintergrund dafür verfügt Sundermeyer nicht, aber offensichtlich über ein unverhältnismäßig aufgeblasenes Ego und die Freiheit, im öffentlich-rechtlichen Rundfunk seinen Gedankenbrei ungehindert auszubreiten und dafür auch noch üppig vergütet zu werden. Aus Beiträgen jener, die er verleumdet.

In der Protest-Szene ist Sundermeyer kein Unbekannter: Er hatte sich bereits im Zuge der Proteste gegen die freiheitsbeschränkenden "Corona-Maßnahmen" einen Namen als Hetzer und regierungstreuer Propagandist gemacht. Auf Twitter wird an seine alten Taten erinnert:

*"Mit der Wahrheit hatte es Olaf übrigens noch nie. Nach dieser Veranstaltung behauptete er, seine Dreharbeiten seien nur unter Polizeischutz möglich gewesen."*

Wie sich der Leser selbst anhand des Videos überzeugen kann, verhalten sich die Demonstranten gegenüber dem Reporterteam, das sie als solches erkennen und auch ansprechen, überaus friedlich, Polizei ist weit und breit keine zu sehen.

Ein anderer Twitter-Nutzer verweist auf die Feststellung der Berliner Polizei, es lägen keine Erkenntnisse über Rechtsextreme auf der Wagenknecht-Schwarzer-Kundgebung vor, und hält lakonisch fest:

*"Mehr muss man nicht wissen."*

\* \* \*

## **Ex-Sicherheitsberater Bolton: China ist die größte Bedrohung für die Ukraine**

<https://freeassange.rtde.life/meinung/164122-absurde-behauptung-john-boltons-china-sei-die-groesste-bedrohung-fuer-die-ukraine/>

28.02.2023

**Die jüngste Behauptung des berüchtigten Neokonservativen John Bolton ist schlicht und ergreifend falsch. China möchte aufrichtig einen Waffenstillstand zwischen den beiden direkten Gegnern im Ukraine-Konflikt vermitteln, zwischen Moskau und Kiew, und zwar aus fünf Gründen, die mit den objektiven nationalen Interessen Pekings zusammenhängen.**

*Eine Analyse Andrew Korybko*

Der berüchtigte Neokonservative John Bolton behauptete als Reaktion auf die Bekanntgabe von Chinas Zwölf-Punkte-Friedensplan für die Ukraine absurderweise, dass die Volksrepublik China die größte Bedrohung für die Ukraine darstelle. In seinen Worten: "Um es klar zu sagen, ich denke, China steht mit beiden Beinen auf der Seite Russlands. Und obwohl ich die Bedrohung, die China für Taiwan und Länder in Ost- und Südasiens darstellt, nicht kleinreden will, würde ich sagen, dass das derzeit von China am stärksten bedrohte Land der Welt die Ukraine ist."

Dies ist schlichtweg Humbug. China möchte aufrichtig einen Waffenstillstand zwischen den beiden direktesten Gegnern im Ukraine-Konflikt vermitteln, zwischen Russland und Kiew, und zwar aus fünf Gründen, die mit den objektiven nationalen Interessen Pekings zusammenhängen.

### **Warum China einen Waffenstillstand möchte**

Erstens ist der anhaltende Stellvertreterkrieg zwischen der NATO und Russland in der Ukraine katastrophal für die Globalisierung, von der Chinas langfristige großen strategische Ziele abhängen. Alles, was die damit verbundenen strukturell-systemischen Störungen reduzieren kann, die durch diesen Konflikt verursacht werden, wird von Peking unterstützt.

Zweitens ist der kollektive Westen darauf aus, diesen Stellvertreterkrieg auf unbestimmte Zeit fortzusetzen, was die oben genannten Störungen zum Nachteil Chinas und des globalen Südens verschärft. Die zweitgenannte Gruppe dieser Entwicklungs- und Schwellenländer schätzt Chinas aufrichtige Bemühungen, die Folgen des von den USA provozierten Krieges für sie abzumildern, wodurch Chinas Ansehen bei der großen Mehrheit der Menschheit steigen wird.

Drittens: Da die Ukraine der Schauplatz dieses Stellvertreterkrieges ist, steht sie durch die eigene, von der NATO unterstützte geplante Offensive sowie jene der Russen bald vor weiteren Zerstörungen. China will dieses Szenario abwenden, und das nicht nur aus den zuvor erläuterten humanitären und strategischen Gründen, sondern auch, weil Peking immer noch beträchtliche Investitionen in dieser ehemaligen Sowjetrepublik hält. Indem China sein Bestes tut, weitere Zerstörungen zu verhindern, versucht es, ebendiese Investitionen zu schützen.

Viertens wurde die Ukraine von China in den vergangenen zehn Jahren als Brücke konzipiert, um seine große strategische Vision der transkontinentalen Konnektivität über die Belt and Road Initiative (BRI) zu ermöglichen. Die Volksrepublik hatte vorgesehen, dass die Ukraine vom chinesisch-europäischen Handel profitiert, der über die eurasische Landbrücke durch ihr Territorium fließen könnte. Aber dies erfordert die Beendigung des Stellvertreterkriegs zwischen der NATO und Russland sowie die Wiederherstellung der Beziehungen zu Moskau. Obwohl dies sehr schwierig sein wird, will China es trotzdem versuchen.

### **Es geht darum, das Schlimmste zu verhindern**

Und schließlich: Falls die NATO aus Verzweiflung massenhaft – gar von "Söldner" bediente – moderne Waffensysteme nach Kiew entsendet, um die militärisch-strategische Dynamik umzukehren, die derzeit zugunsten Russlands tendiert, und damit Erfolg haben wird, dann könnte Moskau in Notwehr dramatisch eskalieren. Die Ukraine bekäme dann offensichtlich die Hauptlast ab, was auch immer als Nächstes geschehen mag. Um dieses schlimmste und möglicherweise sogar nukleare Szenario abzuwenden, will China deshalb dringend einen Waffenstillstand vermitteln.

Die fünf in dieser Analyse geteilten Punkte widerlegen somit die absurde Behauptung Boltons, China stelle die größte Bedrohung für die Ukraine dar. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein, da diese neutrale, multipolare Großmacht alles in ihrer politischen Macht Stehende tut, um die weitere Zerstörung der Ukraine zu verhindern, die bestimmt eintreten wird, wenn nicht bald ein Waffenstillstand erreicht wird. Kiew täte daher gut daran, Pekings Friedensplan ernsthaft zu prüfen und den Druck der USA zurückzuweisen, ihn zu ignorieren.

*Aus dem Englischen (<https://korybko.substack.com/p/debunking-boltons-absurd-claim-that>).*

*Andrew Korybko ist ein in Moskau ansässiger US-Politologe, der sich auf die US-Strategie in Afrika und Eurasien sowie auf Chinas Belt and Road Initiative, Russlands geopolitischen Balanceakt und hybride Kriegsführung spezialisiert hat.*

\* \* \*

Diese Auswahl von Texten, die von RT DE im Februar 2023 veröffentlicht wurden, enthält außer Hyperlinks zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Beitrags vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2023. Alle Rechte vorbehalten.